

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Trendwende

Das Wort Trendwende gehört zu den Lieblingsvokabeln bundesdeutscher Politiker. Nach Wahlen wird es von Siegern, Besiegten und jenen, die sich trotz ihrer Schlappe für Gewinner halten, gleichermaßen strapaziert. Doch mit dem Einzug des forschen CSU-Mannes Horst Köhler in das Bundespräsidentenamt und der fast gleichzeitig durch Schröders Außenminister Joseph Fischer vor der UNO erhobenen Forderung nach einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat ist in der Tat eine Trendwende in der BRD-Politik eingetreten. Der deutsche Imperialismus versucht jetzt einen „Grand mit Vieren“ zu spielen. Bevor der mit ostdeutschen Angelegenheiten genauestens vertraute Herr Köhler seinen hohen Posten hierzulande antrat, hatten wir in einem Leitartikel des RF davor gewarnt, daß mit seiner Wahl zum Staatschef – nach dem handzahmen Johannes Rau – ein Ruck nach rechts und zu autoritärer geprägten Verhältnissen zu befürchten sei. Besonders frühere DDR-Bürger sollten wissen, wer da auf sie zukam. Der neue Präsident hatte sich seine Meriten nicht als Sozialarbeiter verdient, sondern als Nr. 1 des in der Dritten Welt als Würger Nr. 1 empfundenen Internationalen Währungsfonds (IWF). Zuvor war Herr Köhler unter Annexionskanzler Kohl jener Staatssekretär in Waigels Finanzministerium gewesen, dem die berühmte Treuhand unterstand. In dieser Funktion hat er seine Erfahrungen bei der feindlichen Übernahme fremden Volkvermögens gesammelt, die ihn dann für den Aufstieg an die IWF-Spitze besonders empfahlen. Ist es nicht makaber, daß sich ausgerechnet Köhler dafür aussprach, die „Neger“ im kolonial unterworfenen Ost-„Busch“ auf Dauer in der Rolle von Menschen zweiter Klasse zu belassen? Apartheid auf europäisch!

Und Herr Fischer hat im UNO-Hauptquartier am New Yorker East River – abschlußreicherweise im Bunde mit dem Premier Japans, des einstigen Achsenpartners der Hitleristen in Fernost – nicht weniger als einen Freibrief für den Weg der BRD zur Weltmacht verlangt. In manchen Hauptstädten stieß solche Kühnheit auf Befremden. Denn wenn die von Köhler präsidierte Bundesrepublik Deutschland als Veto-Macht am Tisch der ganz Großen Platz nehmen würde, dann tickten die Uhren der internationalen Politik vermutlich anders. Die einstweilen potentielle Gefahr, die von der heute schon in weltweite Militäreinsätze verstrickten BRD

ausgeht, dürfte dann konkretere Gestalt annehmen.

Von einer Trendwende muß auch in der deutschen Innenpolitik gesprochen werden. Sie hat dazu geführt, daß Nazis aus NPD und DVU unterdessen in zwei Landesparlamenten sitzen. Noch wird man sich, da die Macht des Kapitals durch keine entsprechende Gegenkraft bedroht ist, mit offener oder schleichender Faschisierung begnügen und die Hunde nicht vollends von der Kette lassen.

Eine echte Trendwende war der massive Einbruch der CDU bei den jüngsten Landtags- und Kommunalwahlen. Frau Merkels Rechnung, ihre Partei werde 2006 gewissermaßen im Durchmarsch zum Sieg schreiten, da in Massen abwandernde SPD-Wähler dann zu den Schwarzen überlaufen würden, hat sich zumindest in Sachsen und Brandenburg als Fehlkalulation erwiesen. Diesmal hat das Zweiparteiensystem die SPD-Verdrossenen nicht automatisch zur CDU „kanalisiert“. So muß diese wieder bangen, da ihre Zugkraft als Auffanglinie für Enttäuschte deutlich abgenommen hat.

Nachdem auch die SPD in Serie eins aufs Haupt bekommen hatte – in Sachsen wurde sie einseitig, in Brandenburg und im Saarland sackte sie um etliche Prozentpunkte ab –, verstieg sich Chefdemagoge Muntefering dazu, ebenfalls eine „Trendwende“ zu signalisieren. Aber welche Trends haben sich da wie gewendet? Eigentlicher Wahlgewinner war die PDS, die mit einer wirksamen Anti-Hartz-Kampagne antrat. In Brandenburg errang sie statt ihrer bisher 5 jetzt 23 Direktmandate im Landtag. Daß sie in Potsdam nicht um den Preis des Verzichts auf ihre Wahlkampfaußagen in die Koalitionsfalle ging, wird ihr zum Vorteil gereichen. Viele, die im Osten PDS wählten, dürften bei ihrer Stimmabgabe daran gedacht haben, daß die DDR das buchstäbliche Kontrastprogramm zu Hartz gewesen ist. Auch in Nordrhein-Westfalen machte die PDS eine gute Figur. 6 % in der Ruhrgebietsstadt Oberhausen und ähnlich viel in Duisburg sowie eine Verdoppelung der Mandate im Maßstab des Bundeslandes waren ein Durchbruch.

Übrigens hat sich auch die DKP dort, wo sie entweder selbst antrat oder auf Einheitslisten kandidierte, achtbar geschlagen: 6,5 % in Bottrop, 4,4 % in Gladbeck und der erste kommunistische Stadtratsitz seit 1953 in Essen können sich sehen lassen.

Klaus Steiniger



INHALT

Nach Brandenburg und Sachsen: PDS contra „Hartzburger Front“	S. 2
Zur Rolle G. Schabowskis am 9. November 1989	S. 3
Nicht Demarkationslinie, sondern völkerrechtliche Staatsgrenze	S. 4
Über die Russen und über uns	S. 5
Wie Dietmar Bartschs ND dem Zeitgeist hinterherläuft	S. 6
„Fehlverhalten“ eines Theologen	S. 7
Spiel nicht mit den Schmuddelkindern!	S. 8
Der glorreichen SPD	S. 9
Warum wurde die SED 1989 nicht in den Kampf geführt?	S. 10
„Goldener Maulkorb“ verliehen	S. 10
Die Kosmos-„Lupe“ des Herrn Struck	S. 11
Spionage für den Frieden?	S. 11
Jürgen Kuczynski – ein fröhlicher Marxist	S. 12
Er schützte das Karl-Liebknecht-Haus: Max Matern	S. 13
Zum „Dopingopfer-Hilfegesetz“: Erfolgsquote 3 Prozent	S. 14
DDR-Olympiasiegerin Cornelia Klier im RF: Mich dopte niemand	S. 15
Schwerin: Inkompetenz im Dutzend	S. 16
Präsident Hugo Chávez an General Vasco Gonçalves	S. 17
Staatsterrorismus – Wesen des „amerikanischen Jahrhunderts“	S. 18
KP der USA: Bush, Kerry oder keiner?	S. 18
Warum sich der Westen auf Belorussland eingeschossen hat	S. 19
Lukaschenko wurde 50	S. 19
Ukraine: Welches Spiel betreibt Alexandr Moros?	S. 20
Präsidium des ZK der KPRF zu den Ereignissen in Beslan	S. 21
Afghanistan: Wahlfarce am Hindukusch	S. 22
Programm des irakischen Widerstandes	S. 23
Israel: Eine Nation? Was für eine Nation?	S. 24
Beutekunst aus der DDR	S. 25
Eng mit China verbunden: Zum 100. Geburtstag Klara Blums	S. 26
Ein Fernsehfilm von 1973: „Rotfuchs“	S. 27
¡Presente!	
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Ein Slogan, mit dem die PDS einst angetreten war, der danach aber fast in Vergessenheit geraten zu sein schien, hat bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg seine Gültigkeit deutlich gemacht: Verändern beginnt mit Opposition! Als Oppositionspartei gegen „Agenda 2010“ und insbesondere „Hartz IV“ in den Wahlkampf gegangen, erzielten die Demokratischen Sozialisten in Brandenburg ihr bislang bestes Ergebnis bei Landtagswahlen: Gegenüber 1999 legten sie in Sachsen um 1,4 und in Brandenburg gar um 4,7 % zu. Wobei diese relative Verbesserung sogar begleitet war von einer absoluten Zunahme um 69613 Wählerstimmen in Brandenburg und einem Plus von 10 178 in Sachsen.

Dieses Ergebnis bedeutet gewissermaßen auch, daß sich mit dem aktiven Opponieren für die PDS selbst etwas zu verändern

beiden maßgeblichen Erfinder des Sozialkatalogprojekts „Hartz IV“, also SPD und CDU. Sie machen als „Hartzburger Front“ so auch optisch ihre beliebige Austauschbarkeit als politische Willensvollstrecker von Hochfinanz und Konzernmagnaten deutlich.

Für die PDS aber bleibt damit der entschiedene Widerstand gegen soziale Demontage, für soziale Gerechtigkeit die politische Aufgabe. Zutreffend bezeichnete „Neues Deutschland“ es als „geradezu eine Überlebensfrage“ für diese Partei, „bei Hartz IV konsequent und damit glaubwürdig zu bleiben“. Die Potsdamer Entscheidung stelle deshalb den „politischen Normalfall“ dar.

Wie wahr! Doch gilt das bloß für Brandenburg? Gibt es für Berlin und Schwerin ganz andere Regeln?

Nach Brandenburg und Sachsen: PDS contra „Hartzburger Front“

begann. Sie konnte, so Lothar Bisky, Vertrauen zurückgewinnen und sich als politische Kraft konsolidieren.

Um so spannender war die Frage, was die PDS mit diesem Erfolg anfangen, wie sie ihn nach der Wahl politisch nutzen werde.

Was Sachsen angeht, fiel die Antwort leicht. Da nur der Wahlverlierer CDU mit dem Wahlverlierer SPD eine Koalition bilden konnte, blieb den sächsischen Genossen das Oppositionsprivileg ohnehin erhalten.

Wie jedoch würden sich die in Potsdam entscheiden? Es fehlte im Vorfeld angesichts ihres schon vorhergesagten Wahlerfolges ja nicht an Gedankenspielen, in Brandenburg (nach Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) die dritte, farbverfälschend als „rot-rot“ bezeichnete Koalition einzugehen. Und auch unmittelbar nach dem Wahltag verhehlte Führungspersonal der brandenburgischen PDS – so Spitzenkandidatin Enkelmann und Landeschef Christoffers, assistiert von Gregor Gysi – keineswegs die Neigung, mit der SPD eine Regierungsehe einzugehen. Allzu hoch legten sie die Latte ihrer Bedingungen dafür nicht gerade – ein (eher platonischer) „Forderungskatalog an die Bundesregierung zum Thema Sozialreform“ war der härteste Brocken, den die PDS den Sozialdemokraten unterbreitete. Die aber ließen – vermutlich auf des Kanzlers Geheiß – nicht einmal dazu Entgegenkommen erkennen. Die PDS-Führung aber fiel diesmal nicht um. Auf ihren Minimalforderungen beharrend, brach sie die Sondierungsgespräche ab und entschied sich dafür, als Oppositionskraft politisch wirksam zu bleiben.

Die politische Landschaft ist damit übersichtlicher geworden. In diesen beiden Bundesländern koalieren nunmehr die

In der Hauptstadt wie in Mecklenburg-Vorpommern bezieht die PDS natürlich verbal und bei Demonstrationen gleichfalls Anti-Hartz-IV-Positionen. Selbst Teile ihres „mitregierenden“ Personals sieht man hin und wieder bei Protestaktionen hinter Plakaten mit der Aufschrift „Hartz IV – das ist Armut per Gesetz. Weg damit!“ Doch zurückgekehrt in Senatoren- und Ministerbüros widmet man sich der „korrekten Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV“. Dies, so argumentiert die PDS-Elite, sei ihre Pflicht als „Regierungspartei“. Sie biete auch die Möglichkeit, „Schlimmeres zu verhindern“. Das Klischee von der Partei des „kleineren Übels“ soll Kritiker in der eigenen Partei ruhigstellen und zugleich den Wählerstamm erhalten helfen. In bezug auf die eigene Mitgliedschaft funktioniert das bislang auch. Auf dem kürzlichen PDS-Landesparteitag von Mecklenburg-Vorpommern jedenfalls konnte damit die Delegiertenmehrheit gewonnen werden, die massive Kritik aus der Basis – insbesondere vom Jugendverband „solid“ – und deren Forderung nach einem Sonderparteitag zur Frage des Ausstiegs aus der Koalition mit der SPD in den Wind zu schlagen.

In diesem Bundesland wie in Berlin bleibt die PDS damit eine Partei mit zwei Gesichtern. Das ist ihrer Glaubwürdigkeit nicht förderlich. Schon gar nicht, wenn sich immer wieder herausstellt, „daß die PDS, wenn sie einmal im (Regierungs-)Bootsitz, bis zum Ziele alles mitmacht und dem Schlagmann von der SPD folgt“ (Hans Modrow). Siehe das Schweriner Exempel: Dort unterschrieben im Koalitionsvertrag SPD und PDS, daß die Landesregierung eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau ablehnt. Aber genau das erfolgt mit Hartz IV – und durch beide Parteien. Zum hilflosen

Rechtfertigungsversuch, es handle sich eben um ein Bundesgesetz, sei auf Gregor Gysi verwiesen, der (im ND vom 2. 9. 04) erklärte: „Maßstab für eine Landeskoalition ist die mit dem Koalitionspartner verabredete Landespolitik. Die PDS ist nicht genötigt, sich zur Bundespolitik solidarisch zu verhalten.“ Nur: Wo bleibt die praktische Konsequenz aus solch richtiger Erkenntnis?

In diesem Zusammenhang erweist es sich als notwendig, einige Zahlen aus den Wahlbilanzen von Brandenburg und Sachsen zu hinterfragen.

Die beunruhigendste liefert zweifelsohne das alarmierende Abschneiden der Faschisten in beiden Bundesländern. Mit verharmlosenden Erklärungen, die Stimmen für NPD und DVU seien nicht gleichbedeutend mit braunem ideologischem Potential, sondern überwiegend „bloßer Ausdruck von Protest“, dürfen sich Nazi-Gegner keinesfalls begnügen. Und die PDS ist eine antifaschistische Partei; ihr Spitzenpolitiker Gysi hatte es als das wichtigste Wahlziel bezeichnet, den Einzug der Hitler-Anbeter in diese Landesparlamente zu verhindern! Das ist leider nicht gelungen. Sicher trifft zu, daß viele von dieser Gesellschaft Enttäuschte, an den Rand Gedrängte und perspektivlos Gemachte ihre Wut in einer Weise äußerten, mit der sie glaubten, Protest besonders wirkungsvoll, weil „extrem“ artikulieren zu können. Die primitive Demagogie der Schnauze-voll-Parolen erwies sich nicht zuletzt deswegen als verführerisch, weil viele die eindeutige Alternative eben nicht in der PDS zu sehen vermochten, da sie diese sowohl als Protestpartei als auch in der Rolle einer Erfüllungsgehilfin Schröderscher Regierungspolitik erleben. Welch enormes Potential Sozialisten als konsequente Opposition aber erschließen könnten (und müßten!), zeigt sich unter anderem daran: Die PDS gewann bei diesen beiden Landtagswahlen etwa 50000 Stimmen von Wählern, die 1999 den Wahlurnen ferngelieben waren. Aber: Aus dem Nichtwählerlager wanderten rund 65000 allein zur sächsischen NPD! Und nach wie vor bleibt die „Partei der Nichtwähler“ am stärksten. Sie rekrutiert sich überwiegend aus Menschen, denen jegliches Vertrauen zum bestehenden Gesellschaftssystem abhanden gekommen ist. Diese politisch zu aktivieren kann nur gelingen, wenn eine Partei wie die PDS den Kampf für die Alltagsinteressen der „einfachen Leute“ mit dem Eintreten für eine Perspektive verbindet, die über das bestehende System hinausweist – also auf den Sozialismus zielt.

In dem vom Parteivorstand dem Potsdamer PDS-Parteitag vorgelegten Leitansatz „Für eine starke PDS: Sozial, und mit voller Kraft“ fanden sich in dem als „strategisches Dreieck“ bezeichneten Konzept zumindest richtige Ansätze, die die Partei in diese Richtung orientieren könnten. Es gilt aufmerksam zu beobachten, ob und in welchem Maße sie ihre künftige Politik tatsächlich bestimmen werden.

Wolfgang Clausner

Zur Rolle G. Schabowskis am 9. November 1989

In einer für die DDR sehr ernsten Situation und unter dem Druck dringend zu lösender Probleme fand vom 8. bis 10. November 1989 die 10. Tagung des ZK der SED statt. Die Ereignisse überschlugen sich. Für die entstandene Lage hatte das Politbüro die volle Verantwortung übernommen und trat zurück. Es erfolgte die Wahl eines neuen Politbüros und Sekretariats. Egon Krenz wurde Generalsekretär des ZK der SED. In seiner Rede analysierte er Ursachen, die zur tiefen Krise der Partei und des Staates geführt hatten. Er begründete den Entwurf eines Aktionsprogramms. Das ZK beschloß darüber hinaus, der SED-Fraktion in der Volkskammer zu empfehlen, bei der Neubildung der Regierung Hans Modrow für die Wahl zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vorzuschlagen. Wie ersichtlich, ging es um Grundfragen der Sicherung der Machtverhältnisse und des Bestandes der DDR als sozialistischer deutscher Staat. Ausgehend von der Situation, die sich durch den Ausreisestrom aus der DDR in Ungarn und der CSSR sowie durch die Öffnung der Grenze Ungarns zu Österreich (in der Nacht vom 9. zum 10. September) ergeben hatte, war vom Politbüro auf seiner turnusmäßigen Sitzung am 7. November beschlossen worden, aus dem bereits 1988 fertiggestellten, aber erst am 6. November 1989 veröffentlichten neuen Reisegesetz der DDR den sogenannten Ausreiseteil gesondert als Verordnung des Ministerrates vorzeitig in Kraft zu setzen. Mit der Ausarbeitung dieser Verordnung wurden das Ministerium des Innern und das MfS beauftragt. Am frühen Nachmittag des 9. November lag der Text vor. Er enthielt neben Regelungen für die ständige Ausreise auch sehr weitgehende Erleichterungen für Besuchsreisen, die von den Bürgern der DDR erwartet, ja gefordert wurden. Sie waren schon seit längerem vorbereitet, kamen jedoch auf Grund politischer Fehleinschätzungen sowie aus finanziellen und ökonomischen Gründen nicht zur Entscheidung. Abweichend von der Tagesordnung informierte Egon Krenz am 9. November gegen 16.00 Uhr das ZK der SED über diese durch den Ministerrat zu erlassende Verordnung zum Reisegesetz, die ab 10. November 1989 in Kraft treten sollte. Die dazu erarbeitete Presseerklärung hatte eine Sperrfrist bis 04.00 Uhr des 10. November. Die leitenden Genossen des MfS (Minister, zwei Stellvertreter, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS) nahmen an der ZK-Tagung teil. Ich war in meiner damaligen Funktion als Stellvertreter des Ministers – gemeinsam mit mir unterstellten Mitarbeitern – im Dienst. Wir führten die Lage, verfolgten die sich entwickelnde Situation, um auskunftsfähig zu bleiben und reagieren zu können. Wir alle waren natürlich auch besonders an Informationen und Orientierungen aus der ZK-Sitzung interessiert. So verfolgten wir auch die Pressekonferenz von G. Schabowski über den Verlauf des 2. Tages der ZK-Sitzung am 9. November, die live vom DDR-Fern-

sehen übertragen wurde. Gegen Ende der Pressekonferenz erkundigte sich ein Korrespondent nach dem Reisegesetz. Bei seiner Antwort teilte Schabowski gegen 19.00 Uhr beiläufig mit: „... allerdings ist heute, soviel ich weiß, eine Entscheidung getroffen worden ... Also Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe, Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Und weiter: „Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen zur BRD erfolgen.“ Auf die Frage, ab wann diese Regelung gelte, antwortete Schabowski, der als erfahrener Journalist mit Sperrfristen genauestens vertraut war: „Nach meiner Kenntnis sofort, unverzüglich!“ Er ergänzte noch, daß die ständige Ausreise auch über die Grenzübergangsstellen zu Westberlin erfolgen könne.

Wir, die wir im Dienst waren und über die Bildschirme diese falsche und stümperhafte Verkündung der neuen Reiseordnung und das dilettantische Verhalten des Politbüro-Mitglieds Schabowski erlebten, waren geschockt, nahezu sprachlos. Mit dieser offiziellen Mitteilung aus der ZK-Sitzung über das Fernsehen war doch zu erwarten, daß die Antragsteller auf Ausreise und viele Bürger, die ins Ausland reisen wollten, sich sofort in Marsch setzen oder zumindest prüfen würden, ob das, was gesagt wurde, auch zuträfe. Es war abzusehen, daß schnell eine Massenbewegung in Richtung Staatsgrenze, vorwiegend zu Westberlin, und damit ein ungeheurer Druck auf die Grenzübergangsstellen (GÜST), entstehen würde. Alle für den 10. November vorgesehenen Maßnahmen zur gesicherten Durchführung der neuen Reiseordnung wurden durch die Nichteinhaltung der zu ihrer Veröffentlichung festgelegten Sperrfrist hinfällig. Es entstand schlagartig eine völlig neue Situation. Eine solche zeitlich überraschende Öffnung der GÜST in Berlin war weder geplant noch beabsichtigt. Wir waren von einer Vorbereitungszeit von acht bis zehn Stunden ausgegangen, die auch ausgereicht hätte, um einen ordnungsgemäßen Ablauf bei der Umsetzung der Reiseordnung zu gewährleisten.

Mir wurden die möglichen Folgen und die sich daraus ableitenden Gefahren im Zusammenhang mit der Gesamtlage für den weiteren Bestand der DDR bewußt. Mein Bestreben war, den sich abzeichnenden Schaden für unsere Republik zu begrenzen. Die verantwortlichen Leiter der Dienststellen im MfS, insbesondere der HA I, III, VI, VII, VIII, ZKG sowie Leiter und Diensthabende der Organe des Zusammenwirkens (MdI, DVP, NVA, GT, Zollverwaltung) wurden von mir kontaktiert, informiert bzw. dazu konsultiert, was zu erwarten sei und getan werden könne, um Provokationen zu verhindern und trotz der eingetretenen Situation die Sicherheit zu gewährleisten. Eine wichtige Frage war dabei, die Waffen verstärkt zu sichern, damit keine Unberechtigten

in deren Besitz kämen, und daß im Sinne der schon länger geltenden Weisung unter keinen Umständen mit Waffengewalt vorgegangen werde. Die GÜST zu Westberlin wurden personell verstärkt. Die Präsenz der Deutschen Volkspolizei im Vorfeld wurde erhöht. Auch eine Kanalisierung möglicher Menschenströme wurde überlegt. Eine militärische Variante wurde nicht in Erwägung gezogen.

Die Lage entwickelte sich wie erwartet. Schabowski hatte mit seiner Antwort „sofort, unverzüglich“, gewollt oder ungewollt, die Bürger veranlaßt, die GÜST, vor allem in Berlin, spontan aufzusuchen, um frei und ungehindert, unter Berufung auf ihn und die „Aktuelle Kamera“ nach Westberlin zu gelangen. Bekanntlich kam es zu großen Menschenansammlungen zu Fuß und mit Fahrzeugen. Die sofortige Öffnung der Grenze wurde mit Nachdruck unter Bezug auf Schabowski gefordert. Unter Berücksichtigung des Möglichen, bei Vermeidung von Blutvergießen, Gewalt und weiterer Eskalation von Provokationen sowie weitgehender Wahrung der staatlichen Souveränität mußte unter Beachtung des noch vorhandenen Handlungsspielraumes mit den verantwortlichen Offizieren der GÜST vor Ort entschieden werden. Sie konnten am besten einschätzen, was getan werden konnte. Mit der Bestätigung ihrer Vorschläge bzw. Handlungen und der Erteilung von Vollmachten wurde gemeinsam, übereinstimmend und zentral entschieden. Diese Konzentration des Drucks auf nur wenige GÜST, vor allem in Berlin, von den westlichen Medien stark beeinflusst, führte dazu, daß die Verantwortlichen der DDR-Grenztruppen und der Paßkontrollen des MfS an den betroffenen Grenzübergängen nach Abstimmung mit ihren vorgesetzten Stäben, Lagezentren und den amtierenden Leitern das einzig Richtige taten: Sie öffneten die Schlagbäume. Es war eine folgenschwere, aber notwendige Entscheidung. Diese sich innerhalb weniger Stunden (knapp 2 bis 3 Stunden) entwickelnde Situation überraschte die Verantwortlichen in den zuständigen Organen. Die Führung war auf eine derartige Lageentwicklung in diesem Augenblick nicht vorbereitet. Die Minister waren noch in der ZK-Sitzung bzw. auf dem Weg zu ihren Ministerien oder nach Hause. Sie wußten offensichtlich nicht, was Schabowski auf der Pressekonferenz gesagt und mit seinem „sofort, unverzüglich“ ausgelöst hatte.

Daß die GÜST schließlich unter dem Druck der Massen und ohne Blutvergießen geöffnet wurden, ist ein Verdienst aller beteiligten bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR. Sie handelten angesichts der eingetretenen Lage besonnen und verantwortungsbewußt.

**Generalleutnant a. D.
Dr. Gerhard Neiber,
ehem. Stellvertreter des Ministers für
Staatssicherheit der DDR**

Nicht innerdeutsche Demarkationslinie, sondern völkerrechtliche Staatsgrenze

„Die Grenzen der DDR“. Unter diesem Titel haben Klaus-Dieter Baumgarten und Peter Freitag unter Mitwirkung kompetenter Autoren ein umfangreiches Sachbuch herausgebracht, welches die deutsche Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart unter dem Aspekt der Beziehungen beider deutscher Staaten zueinander und des sich daraus ergebenden Grenzregimes faktenreich beleuchtet. Es ist die erste zusammenfassende Darstellung des Grenzschutzes der DDR überhaupt, die sich u. a. auch dadurch auszeichnet, daß keine Fragen, auch der zur Kriminalisierung der Grenztruppen durch die BRD-Justiz herangezogene Gebrauch von Schußwaffen und Minenfeldern, ausgeklammert werden.

Eingangs wird die Staatsgrenze als die Markierung eines Territoriums definiert, in dem die völkerrechtlich geschützten Hoheitsrechte eines souveränen Staates ausschließlich und unabhängig von anderen Staaten ausgeübt werden. Sie sind eine Trennlinie zwischen Staaten. Die Androhung der einseitigen Überwindung oder gewaltsamen Veränderung führen zu einer brisanten und friedensgefährdenden Situation.

Nachfolgend wird die Entwicklung der Demarkationslinie zwischen den Besatzungszonen in Deutschland nach der Bildung der BRD und folgend der DDR zur Staatsgrenze und nach Einbeziehung der BRD in die NATO und der DDR in den Warschauer Pakt zur Frontlinie zwischen den mächtigsten Militärallianzen der Geschichte beschrieben. Mit vielen wissenswerten Details werden fünf unterscheidbare Phasen des Kalten Krieges nachgezeichnet. Waren anfangs polizeiliche Aufgaben zur Bekämpfung von Schmuggel und Schieberei zu bewältigen, ging es später um die militärische Sicherung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze und entsprechende Vorkehrungen zur Abwehr einer NATO-Aggression. Da es sich um die Trennlinie zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO handelte, wurde das Regime an

dieser Grenze vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte bestimmt. Es ist verständlich, daß es so gestaltet wurde, daß sich die leidvollen Erfahrungen der UdSSR nach dem 22. Juni 1941 nicht wiederholen konnten.

In den weiteren Kapiteln wird die sich verschärfende Konfrontation im Kalten Krieg lebendig, die Veränderungen in der Organisierung des Grenzschutzes zur Folge hatten, was sich in einer Verstärkung hinsichtlich des Personalbestandes, der Bewaffnung und Ausrüstung, der Zentralisierung der Befehlsstruktur und des sukzessiven pioniermäßigen Ausbaus der Grenzbefestigung einschließlich des Einsatzes gekennzeichnete Minenfelder niederschlug.

In einem speziellen Abschnitt wird auf die militärische Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze zu Westberlin am 13. August 1961 eingegangen, in dem interessante, allgemein nicht bekannte Details zu erfahren sind.

Ausführlich werden Probleme der militärischen und politischen Führung der Grenztruppen und ihrer politisch-moralischen wie psychologischen Vorbereitung auf den Einsatz behandelt. Die Grenzsoldaten fühlten sich den bewaffneten Formationen des Warschauer Vertrages zugehörig, die durch die Sicherung des militärischen Gleichgewichts zur Erhaltung des Friedens beitrugen. Sie wünschten niemals die Verwundung oder Tötung von Menschen, auch nicht von Grenzverletzern.

Ein Abschnitt ist den Opfern im Kalten Krieg, darunter 27 Grenzsoldaten, gewidmet, deren Todesumstände geschildert werden.

Von aktueller Bedeutung sind die von Erich Buchholz und Frank Osterloh verfaßten Kapitel zur Strafverfolgung von ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR durch die bundesdeutsche Strafjustiz. Sie war, wie auch die Freisprüche und Verurteilungen zu Bagatelldelikten für Morde an DDR-Grenzsoldaten

zeigen, Ausdruck des in der BRD als Staatsdoktrin herrschenden Antikommunismus. Sie folgte dem vom damaligen Bundesjustizminister Kinkel auf dem 15. Richtertag 1991 erteilten politischen Auftrag, die DDR zu delegitimieren. Diesen erfüllte u. a. Richter Föhrig, der Klaus-Dieter Baumgarten als Chef der Grenztruppen zu 6 1/2 Jahren Freiheitsentzug verurteilte und in seiner Urteilsbegründung ausführte: „Wir wollten verurteilen und wir haben verurteilt.“

Akribisch demontieren die Autoren die haltlosen juristischen Konstruktionen, mit denen der Bruch internationaler Rechtsnormen (Aufhebung des Rückwirkungsverbot, des 2 + 4-Vertrages, des Einigungsvertrages (Nichtanwendung des DDR-Rechts) u. a. internationaler vertraglicher Verpflichtungen der BRD erfolgte. Sie weisen nach, daß die Grenzsoldaten legitim den ihnen durch Artikel 7 der DDR-Verfassung erteilten Auftrag zur Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze und der auch in der BRD gültigen Bestimmungen über den Schußwaffengebrauch erfüllten. Der unterstellte Tötungsvorsatz wie auch der angebliche Schießbefehl konnten in keinem einzigen Prozeß nachgewiesen werden.

Was würden diese Juristen wohl zu ihrer Rechtfertigung sagen, wenn sie sich – staatlicher Machtfülle entkleidet – eines Tages wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung im besonders schweren Fall persönlich zu verantworten hätten? Der juristische Umgang mit DDR-Bürgern findet seine Entsprechung in der nach dem Anschluß betriebenen Vernichtung der DDR-Wirtschaft. Diese fiel nach den Worten Christa Lufts vollständiger aus als die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg. Es folgte ein sozialer und kultureller Kahlschlag. Uns davor 40 Jahre lang bewahrt zu haben, ist das bleibende Verdienst der DDR-Grenzsoldaten. Dafür ist ihnen zu danken. Das vorliegende Buch setzt ihnen das verdiente Denkmal.

Die Lesbarkeit dieses seriösen, sich durch hohe Sachkenntnis der Autoren auszeichnenden Werkes, dem wegen der Vermittlung faktenreich belegter Zeitgeschichte ein breiter Leserkreis zu wünschen ist, muß hervorgehoben werden. Sie geht manch anderen offiziellen Darstellungen ab. Negativ macht sich eine große Anzahl orthographischer und stilistischer Fehler bemerkbar. Eine sorgfältigere Lektorierung hätte diesen Mangel sicher beheben können. **Dr. Hartwig Strohschein**

Klaus-Dieter Baumgarten/Peter Freitag (Hg.): Die Grenzen der DDR. Fakten, Geschichte, Hintergründe, edition ost, Berlin 2004, 448 Seiten, geb., 17,50 Euro, ISBN 3-360-01057-4

Am 13. November um 10.30 Uhr

stellt Generaloberst a. D. Klaus-Dieter Baumgarten

in einer Veranstaltung der

Regionalgruppe Neubrandenburg das Buch

Die Grenzen der DDR

vor.

Lokal: **VS - Begegnungsstätte Südstadt**

„Wenn die Fortsetzung des Krieges überhaupt noch einen Sinn haben konnte“, urteilte General von Tippelskirch Ende Januar 1945, „so nur den, die rote Flut im Osten zum Stehen zu bringen und wenn möglich zurückzuwerfen.“

In Millionen Köpfen hatte die Propaganda über Jahre ein Feindbild geschaffen.

17. März 1937: Aus dem Protokoll einer Lehrerkonferenz (140. Volksschule Berlin-Wedding) zum Thema „Führerpersönlichkeit“:

„In mitreißendem Schwunge umriß hier Koll. Haferkorn Adolf Hitlers große geschichtliche Tat durch seinen Kampf gegen Bolschewismus und Rassenmischmasch, die – wenn auch vom Ausland noch nicht gewürdigt – doch die Rettung Deutschlands und Europas bedeutet.“

Joseph Goebbels erklärte in einer Rede am 19. Juli 1942:

„Der Arbeiter und der Bauer in der Sowjetunion gleichen einem in einen dunklen Keller Eingesperreten, dem man nach 25-jähriger Haft mit Leichtigkeit weismachen kann, daß eine brennende Petroleumlampe die Sonne sei. Es ist nicht unsere Art, den Gegner zu unterschätzen. Aber wir sind nach wie vor von der Überzeugung durchdrungen, daß auch hier die höhere Rasse über die niedere triumphieren wird, gleichgültig, welcher infernalischen Mittel sie sich bedient, um ihrem verdienten Schicksal zu entgehen.“

Nun jedoch siegte unter hohen Opfern die „niedere Rasse“ über die höhere und alenthalben waberte die Angst: „Der Russe kommt!“

Vertreter der faschistischen Reichsregierung veranschlagten noch am 19. Februar 1945 die Zahl von 8 500 000 Volksgenossen, die zwischen Ostpreußen und Sudetland dem Feind nicht in die Hände fallen und ins „Reichsinnere“ evakuiert werden sollten, allein aus Schlesien 500 000.

Uns – das waren drei Familien im Dorf Zibelle (heute Niwica) – schreckte die Propaganda nicht. Wir zählten nach Goebbels' Worten zu den „Volksfeinden“, hörten regelmäßig Radio Moskau und BBC London:

„Und wenn Herr Bramsig und Frau Knöterich nicht so viel Gehirn im Kopfe haben, um einzusehen, daß man im Kriege nicht auf den Feind hören darf, dann müssen sie durch exemplarische Strafen dazu angehalten werden“, verkündete Goebbels.

Am 21. Februar 1945 erreichten Spitzen der Roten Armee unser Dorf, 11 Kilometer von der Lausitzer Neiße, Bad Muskau, entfernt.

Neugierig beobachteten wir am 10. März 1945, wie eine Spezialeinheit sich an unserem Dorfteich zu schaffen machte. Letztlich stiegen vier Fesselballons auf.

Tags darauf, am Sonntag, hieß der Kommandant uns alle, das Dorf zu verlassen und uns in Richtung der 24 Kilometer östlich entfernten Stadt Sorau zu bewegen. Rückevakuierung.

Der Treck in Richtung Sorau vermehrte sich zunehmend, denn die Rote Armee bereitete sich auf die „Berliner Operation“ vor, evakuierte alle deutschen Bewohner

aus dem möglichen Kampfgebiet östlich der Neiße.

Was planten die Faschisten westlich der Neiße?

„Die Stadt Weißwasser wurde zur Festung erklärt und entsprechend der Verteidigung eingerichtet. Stadtkommandant von Weißwasser war der Besitzer der Guts herrschaft Kromlau, Standartenführer der SA Graf von und zu Egloffstein. Im Rahmen des Aufbaus neuer Sperrstellungen wurde Muskau als Verteidigungsknoten befestigt“, hieß es in einer zeitgenössischen Publikation.

Tatsächlich eröffnete die Rote Armee am 16. April 1945 die „Berliner Operation“:

„Nach der Artillerie- und Luftwaffenvorbereitung begannen um 06.55 Uhr die vorgeschobenen Infanterietruppententeile auf Sturmbrücken und behelfsmäßigen Übersetzmitteln hinter einem Nebelvorhang die Neiße zu überwinden. Der In-

fanterie folgte die Begleitartillerie, deren Geschütze mit Seilen auf dem Flußgrund herübergezogen wurden. Nachdem Brückenköpfe auf dem Westufer des Flusses gebildet worden waren, errichteten unsere Truppen eilig Pontonbrücken und danach feste Brücken. Dadurch konnte bereits um 08.40 Uhr begonnen werden, den Hauptverteidigungsstreifen am Westufer der Neiße sowohl mit den Truppen der Haupt- als auch der Nebengruppierungen zu durchbrechen“, schrieb Oberst P. A. Shilin.

Nicht alle, die mit einem winzigen Teil ihrer Habe gen Sorau zogen, hatten Eile. Immer wieder kam das Gerücht von den Wunderwaffen Hitlers auf, die „den Russen endgültig kaputt machen“ würden.

Uns scherte das nicht. Schließlich erreichten wir am 19. März die Tuchstadt, erhielten im Rathaus Wohnraum und alle Arbeitsfähigen einen Arbeitsplatz in einer Weberei zugewiesen. In seinen Erinnerungen schrieb Generalleutnant Antipenko, seinerzeit Chef der „Rückwärtigen Dienste“:

„Wir interessierten uns außerdem für die vielen stillgelegten Industriebetriebe, in erster Linie für Mühlen, Großbäckereien und Teigwarenfabriken, nutzten aber auch jede Möglichkeit, in Textil- und Lederfabriken die Produktion wieder in Gang zu bringen, denn die Front brauchte Uniformen, Fußbekleidung und anderes mehr.“

Eine deutsche Vorarbeiterin stellte uns an die Webstühle. Für unsere Arbeit erhielten wir ausreichend Lebensmittel. Ein vergilbtes Dokument hält fest: „Ich bescheinige hierdurch, daß die Frau Cilli Horn, geboren am 15. 12. 1911, und ihr Sohn Hans Horn, geboren am 30. 10. 1929, in dem Betriebe der Firma Otto Fliegel, Sorau, Seifersdorf, vom 20. März bis

6. Mai 1945 als Arbeiter gearbeitet haben. Der Betrieb steht unter Leitung der russischen Armee. Sorau-Seifersdorf, den 7. Mai 1945. Stempel (Otto Fliegel), Unterschrift (S. Hähnel) Betriebsführer.“

Anordnungen der Roten Armee hinderten niemanden daran, unvermittelt am „Tag der Befreiung“ wieder in die heimatlichen Dörfer zurückzukehren.

Ein unvergeßlicher Akt der Humanität der Offiziere und Soldaten der 1. Ukrainischen Front, uns vor möglichen Kriegsgefahren geschützt zu haben. Hätten sie nicht allen Grund gehabt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten?

Von den Deutschen wurden während des Krieges ganz oder teilweise 1 710 Städte, über 70 000 Dörfer und Ansiedlungen und 6 Millionen Häuser zerstört und 25 Millionen sowjetische Bürger obdachlos gemacht.

Über „die Russen“ und über uns

Die Kollektivwirtschaften wurden aufgelöst. Der Boden wurde deutschen Offizieren und Soldaten übergeben. Die Kollektivbauern wurden zu Sklaven der neuen deutschen Grundbesitzer gemacht oder zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Das einst von den Richtung Westen flüchtenden Deutschen herrenlos zurückgelassene Vieh sammelten Rotarmisten und endlich aus der deutschen Knechtschaft befreite „Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen“ in den größten Stallungen unseres Dorfes.

Und wieder trat der Kommandant in Zibelle an uns heran. Es wurde eine Herde von 150 Milchkühen zusammengestellt. Unsere Aufgabe: Kühe treiben, pro Tag maximal 15 Kilometer, damit der Milchverlust möglichst gering blieb. Ziel: Berlin.

Daß wir allerdings in die Ausführung eines Beschlusses des Kriegsrates der Front eingebunden worden waren, für die Versorgung von Kindern und Kranken in Berlin 5000 Milchkühe der Stadt zuzuführen, diese tiefe Bedeutung blieb uns damals verborgen. **Hans Horn**

**Kommunist kann
einer nur dann werden,
wenn er sein Gedächtnis
um alle die Schätze
bereichert, die von der
Menschheit gehoben
worden sind.**

LENIN (LW, Bd. 31, S. 277)

Wie Dietmar Bartschs ND dem Zeitgeist hinterherläuft

Unter dem neuen Geschäftsführer Dietmar Bartsch nimmt die Zahl antikommunistisch eingefärbter Beiträge im ND deutlich zu. In letzter Zeit haben vor allem zwei Veröffentlichungen bei Lesern Unwillen hervorgerufen. Das war erstens der aus der bürgerlichen Presse abgekupferte Artikel eines gewissen W. Neiße zum „plötzlichen Verschwinden“ des Potsdamer Lenin-Denkmal, das sich gegenüber dem „Haus der Offiziere“ befand. Es wurde über Nacht – angeblich durch den Besitzer des Grundstücks – „entsorgt“. Der Beitrag erschien in der Ausgabe vom 28. September.

Nur einen Tag später inszenierte das ND auf seiner Feuilleton-Seite den zweiten Skandal. Dort brachte man eine als Ehrung verkaufte Schmäherung des sowjetischen Schriftstellers Nikolai Ostrowski, dessen 100. Geburtstag am 29. September begangen wurde.

Wir drucken zunächst Auszüge aus einem Brief unseres Potsdamer Lesers, des PDS-Genossen **Horst Jäkel**, an die Geschäftsführung und Chefredaktion des ND ab, den uns der Verfasser in Kopie zur Verfügung stellte.

„Da geben sich viele Menschen Mühe, dem ND neue Leser und Abonnenten zuzuführen. Und nun fallen uns wieder einmal Antikommunisten in den Rücken. Wenn man in Zeitungen wie unserem bürgerlichen Provinzblatt – der Märkischen Allgemeinen (MAZ) – Lenin in den Dreck zu ziehen versucht, dann müssen sich Sozialisten darüber nicht wundern. Von dieser Seite ist nur solches zu erwarten. Wenn aber die sozialistische Tageszeitung diesen Text zu mehr als 60 % wortwörtlich übernimmt, dann ist daran etwas faul. ND-Autor W. Neiße war offensichtlich zu träge, eigene Recherchen anzustellen. Er



Neue CD der KP Australiens

hat einen vorgegebenen Wortlaut einfach kopiert. Offensichtlich identifiziert er sich damit. Ob das die Mehrzahl der ND-Abonnenten aber schluckt? Ich bezweifle das. Lenin reckte nicht, wie es dort heißt, „seinen Spitzbart in die Höhe“. Er vermittelte nicht wenig, sondern viel revolutionäre Energie. Nicht die „PDS-Ortsgruppe“ zog mit Eimer und Lappen los, um das Denkmal von Zeit zu Zeit zu reinigen, sondern

„Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, von dem der Autor nur das erste Drittel erleben durfte (oder mußte?), erscheint es mir absurd, Freund und Feind, Gut und Böse in Stein zu meißeln, in Stahl zu gießen. Viel mehr als Bewunderung spüre ich Mitleid für diesen fragwürdigen Abenteurer, den eine Zeit wie die unsere nicht hervorbringen kann.“

M. Hatzius im ND vom 29. 9. 2004

Kommunisten und Sozialisten machten das gemeinsam. Lenin ist nicht, wie behauptet wird, ein „Künstlername“. Das Potsdamer Lenin-Denkmal störte auch keine Baufreiheit, sondern die Einheitsfront der Antikommunisten. Kein halbwegs fair denkender Mensch wird Lenin als „Gevatter“ herabwürdigend.

Und was passierte 1989 ff.? Doch beileibe keine Revolution! Revolutionen bringen etwas voran. 1989 wurde die Vergangenheit zurückgeholt. Die Potsdamer Leninallee wurde in Zeppelinstraße umbenannt. Daß der Stadtkonservator mehr für Preußenmief übrig hat als für Lenin, ist auch nicht aufregend. Wer Lenin vergessen machen möchte – das ist für Sozialisten kein Geheimnis. Er wurde nicht nur in der DDR beachtet. Seine Schriften gehören zu denen, die in der Welt am meisten verbreitet worden sind. Kein noch so übler Schwätzer kann Lenins Namen aus dem Gedächtnis der fortschrittlichen Menschheit löschen. Auch die Vokabel „Ikone“ vermag Lenin nichts anzuhaben.

„gerade jung genug“ gewesen, „um an der Schullektüre in der DDR vorbeigekommen zu sein“. Heute gelesen, habe Ostrowskis Roman „die erzieherische Funktion vollständig eingebüßt“, behauptet er. Selten habe ihn ein Buch „gleichzeitig so fasziniert und abgestoßen“. Abstoßend sei „die Ignoranz gegenüber anderen Wahrheiten“. „Die uneingeschränkte Hinwendung zu ihrer Klasse, zu ihren Genossen, macht Held und Autor nicht nur stahlhart, sondern gleichzeitig erschreckend blind – nicht nur auf den Augen.“ Eine grobe Geschmacklosigkeit gegenüber dem infolge einer schweren Verwundung erblindeten Budjonny-Reiter.

Das Fazit des ND-Schreibers: Es handle sich um „rote Schwarz-weiß-Logik“. Und noch einmal Hatzius: Er sei „irgendwie froh darüber, daß es eine zweite Oktoberrevolution nicht geben“ werde. Wie man sieht, mehrt sich im ND jene Logik, die aus Schwarz und Weiß, aber nicht mehr aus Rot gespeist wird.

Am 29. November 2004

begeht der ehemalige
Buchenwaldhäftling

Herbert Thomas

zuletzt Pressechef
der DDR-Volkskammer,
in Berlin seinen
92. Geburtstag.

Eine herzliche Umarmung
der RF-Genossen!

Gespräch mit Prof. Gert Wendelborn

„Fehlverhalten“ eines Theologen

Prof. Dr. theol. habil. Gert Wendelborn, evangelischer Theologe und Kirchenhistoriker, gehört zum „RotFuchs“-Kessel in Rostock. 1935 dort geboren, hat er seiner Vaterstadt stets und ihrer Universität, solange diese ihn wollte, die Treue gehalten: Seit 1977 war er Professor, zuletzt mit Lehrstuhl. 1992 wurde er aus dem Amt gejagt. Im Urteil der sogenannten Ehrenkommission heißt es dazu, seine „Funktionen im nationalen Rang“ stellen ein „schweres Fehlverhalten“ dar und führten „zur Abberufung als Hochschullehrer für alle Zeit“. Gert Wendelborn war Mitglied des Hauptvorstandes der CDU der DDR, bis 1990 Abgeordneter der Volkskammer, seit 1982 Vizepräsident des Friedensrates. Heute ist Gert Wendelborn parteilos, aber nicht ohne Parteimitgliedschaft. Jüngste Verdienste erwarb er sich um die Volkssolidarität.

Genosse Wendelborn, was ist für Sie wichtig am „RotFuchs“, und was verbindet Sie besonders mit ihm?

Seit 2003 lese ich regelmäßig den „RotFuchs“, und ich lese ihn gern. Beeindruckt hat mich eine Leserversammlung im April dieses Jahres in Rostock, auch wegen der großen Teilnehmerzahl. Ich fühle mich beim „RotFuchs“ unter guten Freunden. Von besonderem Interesse sind für mich die Beiträge zur Grundfrage „Wie stehe ich zur DDR?“ und diejenigen, in denen es um den politischen Standort heute geht. Ich bekenne mich zu meiner politischen Mitarbeit in der DDR und habe nichts zurückzunehmen.

Wichtig ist für mich, daß die DDR keine durchgestrichene Fußnote der Geschichte ist. 40 Jahre DDR und 70 Jahre Sowjetunion haben so viele positive Erfahrungen vermittelt. Sie gilt es zu bewahren, damit sie ausgewertet werden können, um sie dann zu verwerten, wenn sie gebraucht werden. Dazu leistet der „RotFuchs“ einen wichtigen Beitrag. Eine sozialistische Gesellschaft der Zukunft wird sicher in vielem ganz anders sein, aber den Erfahrungsschatz des realen Sozialismus wird man bei ihrer Gestaltung berücksichtigen müssen, natürlich auch mit Für und Wider. Dabei will ich im besonderen auch auf die Schrittmachererfahrungen verweisen, die wir in der CDU der DDR bei der aktiven politischen Mitarbeit von Christen im Sozialismus gesammelt haben, für die es große Möglichkeiten gab. Das politische Engagement christlicher Bürger in der sozialistischen DDR wird auch kirchengeschichtlich noch vorurteilsfrei aufzuarbeiten sein, denn Christen und Kirchen wird es auch in einer neuen sozialistischen Gesellschaft geben.

Der intensiv mit dem Verhältnis zwischen Christentum und Marxismus beschäftigte Westberliner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer (1908–1993) vertrat die Auffassung, ein Sozialist könne Christ sein, aber ein Christ müsse Sozialist sein. Wie würden Sie diesen Satz kommentieren?

Das ist gar nicht ganz einfach. Diesen anspruchsvollen Imperativ kann man sicher nicht derart absolut zur Norm erheben, zumal ja auch nicht jeder, der von Sozialismus spricht, damit absolut gleiche Begriffsinhalte verbindet. Für mich ist aber unstrittig, daß der Sozialismus, wie wir ihn definieren, besser zum christlichen Glauben paßt als jede Gesellschaftsordnung vorher. Der Auftrag des Christen zu Friedfertigkeit und Nächstenliebe findet im politischen Raum seine Entsprechungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit und in sozialistischer Friedenspolitik. Also sind eigentlich gute Voraussetzungen dafür gegeben, daß der einzelne vom christlichen Glauben zum sozialistischen Engagement findet. Und Christen sollten offen sein für jede wissenschaftliche Erkenntnis, auch im gesellschaftlichen Bereich. Solche Positionen waren in der CDU der DDR fest verankert.

Sie verweisen auf die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Kommunisten und Christen. Peter Franz, auch ein ev.-luth. Theologe, bittet im Rahmen eines Disputs zum Thema „Religion und Atheismus“ in RF-Nr. 75 darum, anzuerkennen, daß es neben den atheistischen Kommunisten auch solche mit religiöser Motivation geben kann. Wie stehen Sie zu dieser Position?

Ich unterstütze die Auffassung von Peter Franz. Zentrales Ziel der Kommunisten ist eine qualitativ neue Gesellschaftsformation, die auch meiner Meinung nach nicht objektiv atheistisch ist. Viel wichtiger als eine solche Differenzierung ist doch die auf Lebenszeit mögliche Bundesgenossenschaft zwischen beiden mit dem gemeinsamen Ziel der befreiten Menschheit. Ein freier Dialog kann helfen, eventuelle Mißverständnisse auf diesem Weg zu klären. Ich bin davon überzeugt, daß die Säkularisierung des öffentlichen Lebens weitergehen wird, daß es daneben aber auch wahrhaftige und lebendige Kirche geben wird. Diese Kirchen werden anders sein als heute. Und der atheistische Marxist darf mit gutem Recht davon ausgehen, daß er auch dann christliche Partner neben sich haben wird. Heute befürchten die Kirchen, im Sozialismus in ihrer herkömmlichen Konstitution als privilegierte Staats- oder Volkskirchen nicht zu überleben, zumal sie in den Ausbeuterordnungen jeweils fest verwurzelt waren. Es gibt für sie die Alternative, aus dem Glauben heraus das Richtige zu unterstützen, ohne dabei auf den eigenen Vorteil zu setzen. Und schließlich haben wir erleben müssen, daß mit der sogenannten Wende leider Atheisten und Christen der revolutionären Sache untreu geworden und aus beiden Gruppen nur Minderheiten da sind, die den Kampf fortsetzen. Auch letzteres verbindet.

Im „RotFuchs“ gibt es gegenwärtig eine Debatte über den Charakter der „Wende“ von 1989/90. Wie beurteilen Sie das, was damals passierte? War das eine Konterrevolution?

Die sozialistischen Errungenschaften der DDR wurden wie in der Sowjetunion und anderen Ländern beseitigt; an deren Stelle wurde der friedensunfähige Kapitalismus restauriert. Damit hat zweifellos eine Gegenrevolution stattgefunden, ein Prozeß entgegen den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen. Die DDR war auf einem guten Weg. Sicher, es gab auch berechtigte Unzufriedenheit. Aber wo gibt es die nicht? Ich denke, viele Bürger der DDR haben sich sehr naiv verhalten. Sie hätten es besser wissen müssen. Sie haben sich das, was sie täglich erlebten, als Propaganda weismachen lassen und sind dabei selbst auf die Propaganda der anderen Seite hereingefallen. Sie verfielen dem Irrtum, daß Glanz und Flitter des Kapitalismus zu dem hinzukämen, was sie in der DDR hatten. Die Quittung bekommen sie jetzt. Ob sie damit auch Schuld auf sich geladen haben, vermag ich nicht schlüssig zu beurteilen.

Interview: Wolfgang Mäder

**Die Herren machen
das selber, daß
ihnen der arme
Mann feind wird.
Die Ursache des
Aufruhrs wollen sie
nicht wegtun.
Wie kann es die
Länge gut werden?
So ich das sage, muß
ich aufrührerisch
sein! Wohlhin!**

THOMAS MÜNTZER (1524)

„Spiel nicht mit den Schmuddelkindern, sing nicht ihre Lieder ...“ heißt es in einem bekannten Song des westdeutschen Kommunisten Franz-Joseph Degenhardt.

Es geht bekanntlich nicht zimperlich zu, wenn sich Volkes Stimme lautstark Gehör verschafft, wie bei den landesweiten Anti-Hartz-IV-Demonstrationen. „Clement in die Produktion, aber nur für Billiglohn!“ wurde in Gera verlangt. Das Volk skandiert, die Regierung manövriert, und das Kapital akkumuliert. Und was macht die kapitalgepolsterte Schreibzunft? Sie

Seit 1990 hat man den „Nichtabgehauenen“ ihr Bleiben in der Heimat nicht verziehen! „Soziale Marktwirtschaft“ und „Rheinischer Kapitalismus“ schicken sich an, ihren Offenbarungseid zu leisten. Sie waren die konkrete Erscheinungsform des Kapitalismus unter den Bedingungen der globalen Systemauseinandersetzung. Beide haben das Ende des Sozialismus in Europa nur kurz überdauert. Die „soziale Bändigung“ des Kapitalismus entsprach dem SPD-Konzept einer „evolutionären Veränderung des Kapitalismus“. Mit moderner Lohnsklaverei zu Dumpinglöhnen wird der „sozialdemokratisierte

chen. Wenn die Kaschmirfraktion an die Seite der Demonstranten rückt, sich für die Schwachen engagiert und sogar den Schulteranschlag mit den Laubenpiepern wagt, um die Eigentumswohnungen Bedürftiger zu verteidigen, übersteigt das zwar noch nicht das gewohnte Maß an Heuchelei ...“ (FAZ)

Hohe Sparbucheinlagen und Eigentumswohnungen sind wahrlich nicht das Problem der „kleinen Leute“.

Das Parteiergreifen für die in „Not Geratene“ macht aber stutzig.

Doziert hier ein Blinder über Farben? Nein. Hier geht es um etwas anderes: Mit der Präzision eines Uhrwerks hat die „Liberalisierung“ die Mittelschichten erreicht. Die Erfahrungen mit den als „Reaganismus“ und „Thatcherismus“ bekannten Spielarten des Neoliberalismus sind eindeutig: Er führt neben einer weiteren Verarmung der untersten sozialen Schichten zu einer zunehmenden Polarisierung der Mittelschichten. Weite Teile, vor allem ältere Angestellte, werden allmählich „proletarisert“, wenige steigen wirtschaftlich auf. Der Wohlstandssockel der Mittelschichten bröckelt.

Cui bono – Wem nützt es, das Spiel ohne Grenzen? Denen, die bei Strafe ihres Unterganges den antagonistischen Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft verdecken müssen: Den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung des Mehrprodukts. Sie treibt die Angst vor dem „großen Bündnis“ um.

Und für vermeintlich was wird protestiert? „Für das Recht, dauerhaft auf Kosten anderer leben zu dürfen. 15 Jahre des westlichen, des weichen, und 40 Jahre des östlichen, des harten Sozialismus haben die Menschen vergessen lassen, daß es vielleicht ein Recht auf Arbeit gibt, ein Recht auf einen festen Arbeitsplatz jedoch nicht. Es kann dies Recht deshalb nicht geben, weil es sein Gegenstück, die Verpflichtung, einen anderen mit Arbeit zu versorgen, auch nicht gibt.“ (Die Welt) Recht auf Arbeit – „vielleicht“, als Belohnung für Wohlgefallen, Duckmäuserei und Kriecherei, sprich „Mobbing“ und Entsolidarisierung! In keiner anderen Gesellschaft wurde das „Recht, auf Kosten anderer leben zu dürfen“, so kultiviert, die Asozialität so zur Daseinsform der herrschenden Klasse erhoben wie in der kapitalistischen Gesellschaft.

„Um das Recht auf Arbeit nicht immer nur zu beschwören, sondern auch einzulösen, braucht die Regierung andere, die nicht zu Unrecht so genannten Arbeitgeber. In diese Rolle kann man keinen zwingen; dazu kann man bestenfalls ermuntern, und das geschieht am sichersten, indem man ihnen Freiheit läßt. Ob es das ist, für was die Leipziger Demonstranten unter Führers Führung auf die Straße gehen wollen: für die Freiheit des Unternehmers?“, schrieb Die Welt. Dem Bellen nach zu urteilen, haben die Anti-Hartz-IV-Demonstrationen jedenfalls die richtigen Hunde getroffen.

Dr. Erhard Kegel

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern!

analysiert! Aus der seinerzeit zugunsten der neuen Unordnung ausgelegten Losung „Wir sind das Volk!“ wurde plötzlich laut Springers Welt (16. 8.) „der bespöttelte Slogan von damals“.

Der durch die Bourgeoisie ausgelegte Köder des westdeutschen „Sozialstaates“ erscheint nach Aufforderung dieses Blattes heute in einem eher unfreundlichen Licht:

„15 Jahre Vollalimentation nach westlichem Muster haben die DDR-typische Versorgungsmentalität zwar überlagert, jedoch nicht eigentlich verändert. Die Montagsdemonstrationen verteidigen das Produkt aus beidem, sie wollen östliche Staatsfürsorge auf westlichem Niveau.“

„In diesem Schutzraum entstand im vergangenen Jahrzehnt neben einer bescheidenen realen Wirtschaft eine virtuelle Beschäftigungswelt. In ihrem sozialtherapeutischen Klima, mit unzähligen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und fragwürdigen Fortbildungskursen der Gewerkschaftsbildungskonzerne, sind nicht nur Eigensinn und Selbstvertrauen erstickt worden. Persönlicher Erfolg steht immer noch im Verdacht, sich aus vermeintlicher Gleichheit herausstehlen zu wollen.“

Und weil Erfolg eher verpönt ist, gibt es auch keinen Umgang mit dem Scheitern ... Wer es nicht aushielt, packte die Koffer: „Abwanderung Ost als Flucht aus einer Zwangsgemeinschaft vermeintlich Zukurzgekommener“ höhnte die FAZ am selben Tag.

Gesellschaftsvertrag“ aufgekündigt. Er ist nicht mehr im Interesse des Kapitals. Expansion nach außen und Erhöhung der Repression nach innen sind die Fortsetzung der „friedlichen Revolution“ mit anderen, nämlich kapitalistischen Mitteln. Die zynischen und entwürdigenden Attacken gegen die „Kollateralschäden“ der Freiheit, gegen den sogenannten Bodensatz der Gesellschaft, gegen das immer weiter wachsende Heer von Sozialhilfempfängern, Obdachlosen, Gestrauchelten, sozial Entwurzelten usw. sind hinreichend bekannt. Schon hört man aber auch neue Töne. Einer der Hauptangriffspunkte ist das „Maskottchen der deutschen Versorgungsindustrie, der dynamische Frührentner“. (Die Welt) „Wohlgenährt, die Trillerpfeife zwischen den welken Lippen und die Kappe des großen Bruders Gewerkschaft auf dem Kopf, beschwört er eine Tradition, die es nicht gibt.“ Wiedererwachende Solidarität macht auch vor „Frührentnern“ nicht halt. Und gegen was wird angeblich protestiert? Gegen „etwas Abstraktes, den sogenannten Sozialabbau“, gegen das, „was dabei herauskommt, wenn man Begriffe wie Selbstverantwortung und Eigenvorsorge ernst nimmt“.

Aber auch die sogenannte Kaschmirfraktion kriegt ihr Fett weg: „Manch einer, der von kargem Lohn Steuern zahlt, mit denen die Hilfe für in Not Geratene finanziert wird, mag sich nämlich wundern, daß er auf seinem Sparbuch noch nie so viel Geld zu deponieren vermochte, wie es jene für sich in Anspruch nehmen, die jetzt von Grausamkeiten durch Hartz IV spre-

Der glorreichen SPD

Sie waren mal rot mit edlen Gedanken,
sie wollten politisch die ganze Macht,
doch leider haben Konzerne und Banken
den Marx nicht gemocht und Bebel verlacht.

Sie waren mal rot in Sozi-Noblesse
mit roten Liedern und roter Moral.
Den Linken gaben sie eins in die Fresse
und zogen vom Leder im Wahlkampfssaal.

Sie starben gefaßt in Hitlers Verliesen,
sie waren im Unglück wieder vereint.
Doch „Brüder zur Sonne“ in Nachkriegskrisen,
ein schöner Traum, wenn die Sonne nicht scheint.

Sie waren mal rot, sie wollten Reformen
mit linkem Profil und linkem Verstand,
doch die verkündeten rettenden Normen,
die nützten Daimler, sonst niemand im Land.

Sie waren mal rot und aufrecht vor Thronen,
sie zählten die Opfer, doch niemals das Geld,
doch heute sind sie beim Spiel um Millionen
die Hasardeure der westlichen Welt.

Was sollen sie wählen, die Arbeitslosen,
die lasche Partei, den Kanzler, der prahlt?
Statt Nelken schenken die Herren sich Rosen,
und die sind auch noch vom Bürger bezahlt.

Wie rechnet sich Armut, wer zahlt Kredite?
Das Auto, die Kita, das Krankenhaus?
Die Insolvenz, das ist leider so Sitte,
ist nur das letzte Wort vor dem Aus!

Was nun, SPD, du solltest dich färben,
denn im Grunde bist du doch rabenschwarz.
Du könntest Bismarck und Wilhelm beerben
mit deiner Version vom menschlichen Hartz.

Gerhard Schmidt



Grafik, Karlheinz Effenberger

Warum wurde die SED 1989 nicht in den Kampf geführt?

Je nachdem, auf welcher Seite der Barrikade man 1989/90 stand, wird man die Frage nach der Konterrevolution so oder so beantworten.

SED-Mitglieder und parteilose, in ihrem Staat fest verwurzelte Menschen, die um dessen Bestand 1990 auch noch ohne Parteiführung gekämpft haben, bis ihnen die Contras die Beine wegschlugen, vertreten dazu sicher eine andere Auffassung als jene, die die Vernichtung des Sozialismus in der DDR angestrebt haben. Ich meine dabei Leute, die im Verein mit denen handelten, welche rechtzeitig ihr SED-Mitgliedsbuch abgaben und sich aus den gewählten Gremien fortstahlen, weil sie nicht mehr für das neue, bessere Deutschland eintreten wollten. Vorher hatten viele von ihnen mit glühenden, salbungsvollen Worten bei jeder Gelegenheit geheuchelt, sie stünden selbstverständlich fest auf dem Boden der Partei und des Marxismus-Leninismus.

Für mich gibt es keine Frage. Die Ereignisse von 1989/90 waren eine Konterrevolution.

Daß alles so friedlich ablief, hing nur damit zusammen, daß die „alte Macht“ die angeblichen Revolutionäre nicht zur bewaffneten Auseinandersetzung zwang, wie es die Bourgeoisie gegenüber der kämpfenden Arbeiterklasse stets getan hatte.

Wäre die „Wende“ tatsächlich eine Revolution gewesen, wie es die gegnerische Propaganda behauptet, dann hätte sie ja zu einer neuen Qualität führen müssen. Aus der DDR wäre eine modernere Gesellschaft auf einer höheren Stufe des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln hervorgegangen. Herausgekommen ist aber die Restauration des Monopolkapitalismus, der Sieg der alten Klassen über die fortschrittlichere, dem Jugenalder gerade entwachsende Gesellschaft.

Das Ziel des internationalen Kapitals, namentlich des amerikanischen und des deutschen, die seit der Oktoberrevolution in der Welt eingetretenen Veränderungen zugunsten des Sozialismus und der antiimperialistischen Kräfte rückgängig zu machen, wurde – was Europa betrifft – vollständig erreicht. Ein Blick auf die heutige Landkarte zeigt das.

Die letzte Führung der KPdSU und der UdSSR unter Gorbatschow hat drei entscheidende Schläge gegen die Grundpfeiler der Macht des sozialistischen Weltsystems geführt:

Der erste Schlag richtete sich gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und der KPdSU. Dafür stand bereits 1985 die von Gorbatschow in Leningrad gehaltene Rede mit schlimmen Ausfällen gegen die Partei, ihre Strukturen und ihre Funktionäre. Dem folgte bald die weitgehende Auswechslung erfahrener Kader des regionalen und zentralen Apparates.

Der zweite Schlag richtete sich gegen die Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Staatengemeinschaft. In Reykjavik machte Gorbatschow weitgehende Zugeständnisse in Abrüstungsfragen an den amerikanischen Präsidenten Reagan, für die die Gegenleistungen der USA-Seite bis heute nicht erbracht worden sind.

Der dritte Schlag richtete sich gegen die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft. Das Prinzip der uneingeschränkten eigenen Entscheidungshoheit aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, das schon früher in Belgrad formuliert worden war, führte zur Handlungsunfähigkeit. Es bildete das Gegenstück zum zuvor verfolgten Hegemoniestreben der UdSSR, das eine Demokratisierung der Leitungs- und Führungsgremien und damit eine weitere Festigung der Beziehungen der Staatengemeinschaft verhindert hatte.

Die DDR war in jeder Hinsicht – von der Rohstoffversorgung bis zur Landesverteidigung – schicksalhaft mit der Sowjetunion verbunden. Sie hätte niemals ohne

diese und die Staatengemeinschaft in kapitalistischer Umklammerung existieren können.

Daraus ergibt sich, daß die politischen Konflikte in der DDR nicht nur hausgemacht waren, sondern zu jeder Zeit unmittelbar mit der Gesamtlage und Entwicklung in der UdSSR zusammenhingen. So ist es aller Ehren wert, daß die DDR trotz Mangelwirtschaft und Versorgungsengpässen unter komplizierten Entwicklungsbedingungen bei garantierter Vollbeschäftigung die höchste Arbeitsproduktivität der sozialistischen Länder, die höchste Industrieproduktion pro Einwohner erzielte und ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erwirtschaftete, das 1989 höher war als das Spaniens, Griechenlands oder Portugals.

Der Führung meiner Partei kann ich nicht verzeihen, daß sie, die diese Fakten kannte und das negative Ende der „unverbrüchlichen Freundschaft“ voraussehen mußte, sich wie das Kaninchen vor der Schlange verkroch, statt den standhaften Teil einer nominell 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten zählenden „marxistisch-leninistischen Kampfpartei“ rechtzeitig zur Verteidigung des Sozialismus zu mobilisieren und das Heft des Handelns nicht freiwillig aus der Hand zu geben.

Dr. Adolf Eser

„Goldener Maulkorb“ verliehen

Ein Ministerialdirigent im Bauministerium des Landes Brandenburg, aus Bayern zugezogen, hat das Sporthaus Ziegenhals, in dem sich die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte befindet, billig ersteigert und will auf dem Ufergrundstück teure Wohnungen bauen und verkaufen. Das ist in unserem Wirtschaftssystem nicht verboten. Aber die Gedenkstätte ist nun versperrt und mit Abriß bedroht, das finden viele Menschen illegal, geschmacklos und geschichtsfeindlich. Das Gemeine ist, daß der betreffende Herr Ministerialdirigent G. Zeitungen und Personen mit strafbewehrten Unterlassungs-Erklärungen überzieht, die sein Vorhaben kritisieren und dabei seinen Namen nennen. Herr G. ist der Meinung, daß die politische Schweinerei, die er da betreibt, seine

Privatsache sei und in der Öffentlichkeit nichts zu suchen habe.

Dieser Meinung bin ich nicht, und ich freue mich deswegen sehr, an Herrn G. den „Goldenen Maulkorb“ der zu ver.di gehörenden Journalistengewerkschaft verleihen zu dürfen, als Preis für die versuchte Einschüchterung der Medien, als Preis für die Ungeheuerlichkeit, ein anerkanntes antifaschistisches Denkmal zu beseitigen, als Preis für dieses Vorbild an reaktionärer Geschichtsentsorgung und um die Person und das Vorhaben des Herrn G. der öffentlichen Kritik auszusetzen. Er täuscht sich: Ob Thälmann oder nicht, ist nicht seine Privatsache; wir mischen uns da ein bißchen ein!

Dr. Seltsam bei der hohen Ehrung



**„Ich habe ständig den Alptraum, daß ich einer meiner eigenen Angestellten bin.“
Aus:
„The Guardian“,
Sydney**

Die Kosmos-„Lupe“ des Herrn Struck

Die Bundeswehr ist nicht mehr zur überflüssig gewordenen Landesverteidigung, sondern zur weltweiten „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ aufgestellt. So kann man es den aktuellen „Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)“ aus dem Jahre 2003 entnehmen. Dabei verpflichtet „Verteidigungsminister“ Struck (SPD) die Streitkräfte zur Unterstützung von Bündnispartnern „auch über das Bündnisgebiet hinaus“.

Diese Ziele werden im Interesse der BRD-Rüstungsindustrie konsequent verfolgt. Für das erste Halbjahr 2004 meldete Rheinmetall eine Steigerung des operativen Gewinns auf 89 Millionen Euro, 30 Millionen mehr als vor einem Jahr. Und Daimler, ebenfalls zuerst eine Rüstungsschmiede, konnte den Gewinn um 36 % steigern. Richtig, das ist der „Autobauer“, der aus „Wettbewerbsgründen“ jährlich die Kosten um 500 Millionen Euro senken muß, weil ihm sonst nichts anderes übrigbleibt, als die Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlagern. Sozialabbau und Rüstungsgewinne sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Bundeswehr hilft der Quisling-Regierung in Irak „uneigennützig“ bei der Ausbildung und Ausrüstung „eigener“ Streitkräfte. 100 Fünf-Tonnen-LKW aus Bundeswehrbeständen werden in die Vereinigten Arabischen Emirate verschifft und dort an Irak übergeben. Als Zugabe trainieren deutsche Ausbilder vor Ort Hunderte irakische Soldaten im Umgang mit diesen Fahrzeugen.

Aber auch im eigenen Land wird kräftig an der Rüstungsspirale gedreht. Am 30. 7. 2004 brachte das Erste um 21.39 Uhr das Programm „ARD exclusiv: U 31 ... streng geheim“. Der Werbetext in der Programmzeitschrift TV 14 lautete: „Das Superboot der Deutschen Marine hat die im nicht-nuklearen Bereich weltweit fortschrittlichste Technologie. Eines kostet 500 Mio. Euro.“

Die Sendung war aufschlußreich. Gezeigt wurde ein in Kiel entwickeltes und gebautes U-Boot mit Brennstoffzellenantrieb. Es kann wochenlang ohne Verbindung zur Außenluft tauchen, hat einen nicht zu erfassenden Geräuschpegel und ist fast nicht zu orten. Alles Eigenschaften, die für einen Angreifer vorteilhaft sind. Und so wurden als Einsatzgründe auch Aufklärung, Spionage aller Art und das unbemerkte Absetzen von „Spezialkräften“ hervorgehoben.

Passend dazu fand ich in einer Zeitung des folgenden Tages die Meldung „SAR-Lupe“: eigenes Satelliten-Aufklärungssystem“. Hierbei handelt es sich um ein speziell für die Bundeswehr entwickeltes System aus fünf Spionagesatelliten. Man möchte selbst und unabhängig von anderen Staaten „aufklären“, heißt es. Das Bremer Raumfahrtunternehmen OHB-System AG als Hauptauftragnehmer hat in Gelsdorf bei Bonn die Bodenstation zur Kontrolle der Satelliten und zur Auswertung ihrer Daten fertiggestellt und übergeben.

Natürlich steht dort in Wahrheit nur die Antenne der Station. Den ersten Raumflugkörper wird eine russische Kosmos-Trägerrakete 2005 ins All bringen; bis 2007 soll das System komplett sein. Relativ kleine Satelliten, nur 3 Meter hoch und lediglich 800 kg schwer, sollen die Gesamtkosten bei kaum glaubhaften 300 Millionen Euro halten.

Ziel ist es, mittels der „SAR-Lupe“ auf Anforderung von jedem beliebigen Punkt der Erde Radarbilder in hoher Auflösung anzufertigen, die Objekte noch unter einem Meter deutlich darstellen. Einzelne Menschen zum Beispiel ...

Demagogie ist immer im Spiel. Der Name „SAR-Lupe“ ist ein Paradebeispiel. „SAR“, die Abkürzung des englischen Search and Rescue, kennen wir hierzulande von Rettungshubschraubern. Hier wird die Bezeichnung für ein Spionagesystem mißbraucht. Und so werden die von der Rüstungsindustrie abgeseigneten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ zur materiellen Gewalt in den Händen gewissenloser Politiker. Schauen wir ihnen im Interesse des Friedens genau auf den zynischen Mund und noch genauer auf die Finger!
Richard Georg Richter

Spionage für den Frieden?

Das Buch ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Es ist das Ergebnis einer Konferenz, die am 7. Mai 2004 in einer Kirche in Kreuzberg stattgefunden hat.

Referenten und Teilnehmer waren Historiker und Spionagechefs, Geheimdienstexperten aus Ost und West, von denen einige noch im Dienst sind. Zu den 17 Beteiligten gehören u. a. Prof. Stefan Doernberg, Markus Wolf, Rainer Rupp, Milton Bearden, Gabriele Gast, Werner Großmann, Wolfgang Schwanitz und Erich Schmidt-Eenboom. Jeder von ihnen hat Gewichtiges aus seinen Erfahrungen zu sagen, wenn er zum Thema „Spionage für den Frieden“ spricht. Ob allerdings Siegfried Prokop Recht hat, wenn er in seinen Schlußbemerkungen postuliert „Jawohl, die Spionage hat der Sicherung des Friedens gedient, und es ist ja auch irgendwie ein Wunder, daß es nicht zum Kriege kam“, sollte jeder selbst prüfen. Mit gutem Grund betonen mehrere Redner aus Ost und West, daß die Spionage Teil der Blockkonfrontation war, und da ist es wohl doch ein Unterschied, ob eins der Systeme die friedliche Koexistenz als günstige Bedingung für seine Entwicklung anstrebt und die andere Seite Rollback-Politik betreibt.

Nur auf dem historischen Hintergrund und mit dem Wissen um die bitteren Erfahrungen der UdSSR 1941 wird erklärbar, warum – dargelegt von Oberst a. D. Korotkow, Generalmajor a. D. Alexander Karin, Rainer Rupp und Gabriele Gast – die sowjetische wie auch die DDR-Aufklärung als obersten Auftrag betrachten, zur Verhütung eines heißen Krieges beizutragen.

So wie Spione im Dienste der NATO in ihren Regierungen durch nüchterne Analysen die Falken „gezügelt“ haben mögen, kann der eine oder andere im Detail auch objektiv zur Friedenssicherung beigetragen haben, aber das war und ist nicht imperialistische Politik. Gerade die Geheimdienste der USA und Israels beweisen das in ihrer Rolle beim Krieg gegen Irak und die Palästinenser vor aller Welt. Wolfgang Schwanitz erinnerte eindrucksvoll an die berühmte „Kampfgruppe

gegen Unmenschlichkeit“ und daran, daß der „Wandel durch Annäherung von außen und Wandel durch Widerstand von innen sich gegenseitig ergänzen“ sollten und Teil der aggressiven NATO-Politik waren.

Erich Schmidt-Eenboom verwies darauf, daß der Krieg gegen Irak ebenso mit einer geheimdienstlichen Operation begann wie der zweite Weltkrieg mit dem fingierten Angriff angeblich polnischer Soldaten auf den Sender Gleiwitz. Seine Analyse erlaubt den Schluß, daß CIA und BND eine Gefahr für den Frieden sind: „Neu scheint allenfalls die Dreistigkeit, mit der Regierungen Geheimdienstinformationen frisieren, ignorieren oder uminterpretieren, neu vor allem die Nonchalance, mit der sie zur politischen Tagesordnung übergehen, wenn sie der Lüge überführt wurden. Neu ist ebenfalls – zumindest in diesem Umfang –, daß sich hohe Geheimdienstler auch öffentlich gegen die vorsätzliche Verfälschung ihrer Berichte wehren. Das hat die Nachrichtendienste allerdings nicht gehindert, auf den üblichen Aufgabenfeldern zu tun, was ihnen als ihre Pflicht erschien.“ Das Buch verdient unsere Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Horst Schneider

Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hg.): Spionage für den Frieden. Eine Konferenz ... Alle Referate und Beiträge. edition ost, Berlin 2004, 184 Seiten, 10 Euro

Die Regionalgruppe
Chemnitz-Zwickau-Plauen

lädt für den **6. November,**
10.00 Uhr, nach Zwickau,
Schlobigplatz 23, ein.

Prof. Dr. Werner Roß
spricht über das Thema

**Die Oktoberrevolution –
der versunkene rote Stern?**

Mitglieder, Leser und Interessenten
sind herzlich eingeladen.

Jürgen Kuczynski – ein fröhlicher Marxist

Vor 100 Jahren – am 17. 9. 1904 – wurde Jürgen Kuczynski in Berlin geboren. Nach dem Studium der Philosophie, Politökonomie und Statistik in Heidelberg, Erlangen und Berlin folgte ein dreijähriger Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten. 1929 kehrte er nach Deutschland zurück und trat ein Jahr später der KPD bei. Dort sammelte er ab 1933 Erfahrungen in der illegalen Arbeit. Seit 1936 lebte er im englischen Exil. Bei Kriegsende kehrte er nach Berlin zurück. 1947 wurde er Präsident der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (später Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft), was er als eine „wundervolle Aufgabe“ empfand. Von dieser Funktion entband man ihn 1950 völlig überraschend. Gern hätte J. K. eine Funktion in der Regierung der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik übernommen. Nach seiner eigenen Schilderung sei in der Partei gewissermaßen „klar“ gewesen, daß er „nach der Revolution“ Wirtschaftsminister werden sollte. Diese Hoffnung erfüllte sich allerdings nicht. Dafür gründete er an der Berliner Humboldt-Universität ein einzigartiges Institut für Wirtschaftsgeschichte und machte bald durch zahlreiche Publikationen auf sich aufmerksam. Bis zu seinem Tode dürften es weit über 3000 Veröffentlichungen geworden sein. Hervorzuheben ist hierbei die 40bändige „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“, der Jahre später die 10bändigen „Studien zur Geschichte der



Bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes stellte ich in meinen Unterlagen fest, daß uns fast zwei Jahrzehnte Briefwechsel bis zu seinem Tode verbanden. Nie werde ich vergessen, wie ich nach einem berufsbedingten Aufenthalt im Stadtbezirksgericht Berlin Weißensee sein in der gleichen Straße gelegenes Haus spontan

selbst bei solchen Zeitgenossen – insbesondere auch jungen Menschen – große Beachtung, die bisher mit seinem Namen nichts anzufangen gewußt hatten. In dem Buch setzte sich J. K. kritisch mit bestimmten Vorgängen in der DDR auseinander, allerdings mit einem nicht zu übersehenden positiven Grundtenor. Dennoch dauerte es einige Jahre, bis es erscheinen konnte. ZK-Sekretär Kurt Hager hatte im Vorfeld einige Passagen ändern lassen.

Dessenungeachtet bezeichnete es der seinerzeitige 1. Bezirkssekretär von Berlin, Konrad Naumann, in Verkennung dessen, was Kuczynski damit bewirken wollte, als das „republikfeindlichste Buch“.

Der Titel erschien jedenfalls in mehreren Auflagen, fand großen Absatz, und alsbald meldeten sich die „Enkel“ zu Wort. Der Herbst 1989 nahte heran. Auch Kuczynski war der Überzeugung, daß es Veränderungen bei der Gestaltung des Sozialismus bedürfte und die DDR „verbesserungswürdig“ sei. Eine Einladung der Partei- und Staatsführung zum 40. Jahrestag der DDR schlug er aus und äußerte gegenüber seiner Frau, daß man auf einem Vulkan nicht tanzen solle. Noch im Februar 1990 nahm J. K. an einer Tagung der evangelischen Akademie Tutzing teil, die unter dem Motto stand „Neue Antworten auf die deutsche Frage“. Seine Vorredner waren unter anderem Hans Dietrich Genscher und Willy Brandt. Die weitere zeitgeschichtliche Entwicklung ist bekannt. Wenige Monate darauf wurde die DDR der Bundesrepublik einverleibt.

Auch fortan beteiligte sich der Professor aktiv am gesellschaftlichen Leben, unter anderem im Ältestenrat der PDS. Seine Memoiren, die zunächst nur den Zeitraum bis 1945 umfaßten, wurden um 2 Bände erweitert. Daneben erschienen die Broschüren „Ein Leben in der Wissenschaft der DDR“, „Schwierige Jahre 1987 bis 1989“, „Letzte Gedanken?“ und „Was wird aus unserer Welt?“. In dieser Arbeit offenbarte J. K. nochmals seine Vision: „Es fragt sich also: Wer soll den völligen Verfall des Kapitalismus in die Barbarei aufhalten? Wer soll den Lauf der Geschichte ändern und ihn auf eine sozialistische Gesellschaft richten? Ich glaube an den letztlich richtigen Instinkt von Arbeitern, Angestellten und Intelligenz. Es wird das ausgebeutete Volk, das zu stets wachsender Arbeitslosigkeit, ob Arbeiter oder Angestellter, verdammt ist, im Bündnis mit der linken und humanitären Intelligenz sein, das die Wendung bringen, das uns vor dem Verfall in völlige Barbarei retten wird. Es wird das Volk sein, das eine sozialistische Gesellschaft aufbauen wird, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und in wunderbarer materieller und geistiger Blüte.“

Der „Nestor der Gesellschaftswissenschaften in der DDR“ starb am 6. August 1997 im Alter von fast 93 Jahren.

„Vor 70 Jahren begann ich mein erstes Buch zu schreiben. Es hatte den Titel ‚Zurück zu Marx‘ und enthielt den Satz: ‚Zurück zu Marx heißt vorwärts mit Lenin.‘ Dieser Meinung bin ich auch heute noch.“

JÜRGEN KUCZYNSKI in „Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus? Memoiren 1989–1994“

Gesellschaftswissenschaften“ und die aus 5 Bänden bestehende „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“ folgten. Im Mittelpunkt seines Forschens stand die Analyse der kapitalistischen Weltwirtschaft. Auf diesem Gebiet war er stets ein nützlicher Berater seiner Partei, verfaßte Texte und Analysen für deren Generalsekretär. Dennoch betrachtete der Professor die Entwicklung des Sozialismus in der DDR zugleich auch kritisch. Dies brachte ihm nicht immer Wohlwollen durch die Führung der SED ein. Später hat er öfter ein wenig damit kokettiert, daß er ebenso viele Parteistrafen wie Auszeichnungen erhalten habe. Bei alledem verlor er niemals seine Grundüberzeugung, daß der Sozialismus/Kommunismus die einzig vernünftige Alternative zur kapitalistischen Welt ist. Gern zitierte er Lenin, auch um seine eigene Überzeugungsbildung wissenschaftlich zu belegen.

aufsuchte, um ihn zu besuchen. Nach meinem Klingeln öffnete er mir die Tür und empfing mich mit frohen Worten. Gemeinsam gingen wir zu seinem Arbeitszimmer, vorbei an zig Regalen, die mit Büchern und Zeitschriften bis unter die Decke überladen waren. So saß er mir in seinem Ohrensessel gegenüber, und ich trug mein Anliegen an ihn heran. Mit wachen hellen Augen sah er mich an und hörte zu, kommentierte das eine oder andere, stimmte mir zu oder machte Bedenken geltend. Nach einiger Zeit waren wir uns einig, und er brachte mich zur Tür. Beim Abschied gab er mir dann allerdings doch mit auf den Weg: „Mach das nie wieder, ruf mich vorher an! Es war nur senile Gutmütigkeit, daß ich Dich heute empfangen habe.“ Selbstverständlich habe ich seinen Hinweis künftig beherzigt.

Wenige Monate zuvor war der „Dialog mit meinem Urenkel“ erschienen und fand

Max Matern – Er schützte das Karl-Liebknecht-Haus



Sommer 1932. Die Nazis wurden immer dreister und brutaler. Ihrer sogenannten Sturmabteilung, der SA, fallen in der ersten Junihälfte siebzehn Arbeiter zum Opfer, im Juli sind es 86. Die Polizei sieht diesem verbrecherischen Treiben nicht nur tatenlos zu. Die Polizisten, oftmals von SPD-Funktionären geführt, schützen die Faschisten, wenn sich die Angegriffenen zur Wehr setzen. Und nicht nur das, die uniformierten Staatsdiener prügeln auf die Proleten, auf die Antifaschisten ein, wo immer sie dazu eine Gelegenheit sehen, verhaften sie sie und bringen sie vor Gericht. Die Nazi-Banditen dagegen bleiben weitgehend unbehelligt. „Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser; in den Gefängnissen schmachten unsere Genossen, die den wehrhaften Kampf gegen das faschistische Verbrechen führen.“ So kennzeichnet am 8. Juli Ernst Thälmann die Lage. In Berlin richten sich die Angriffe der vom deutschen Kapital finanzierten SA-Schläger zunehmend auch gegen das Karl-Liebknecht-Haus am Bülow-Platz. Hier hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands seinen Sitz. Aber so oft die Nazis vorstoßen, so oft müssen sie unverrichteter Dinge wieder abziehen. Wenn den Verteidigern als Abwehrwaffen auch nur handfeste Knüppel und der kräftige Wasserstrahl aus einem Hydranten zur Verfügung stehen – die Angreifer kommen kein einziges Mal zum Ziel, das Gebäude zu stürmen. Sie scheitern immer wieder an der Entschlossenheit, der Disziplin und Einsatzbereitschaft der Genossen des Parteiselbstschutzes. Dazu zählen auch Gruppen aus dem roten Wedding, und einer der sie anführt, spricht das Platt eines Mecklenburgers; er heißt Max Matern. Dieser kräftige und furchtlose junge Mann ist gerade 30 Jahre alt. Er wurde am 19. Januar 1902 in Berndshof bei Uekermünde geboren. Sein Vater arbeitet in der Ziegelei des Junkers von Quitzdorf,

die Mutter schuftet auf dessen Feldern. Obwohl die Arbeitszeit an jedem Tag zwölf Stunden dauert, reicht der Verdienst der Eltern nicht aus, vier Kinder zu ernähren und zu kleiden. Und so müssen auch diese nach der „Schule“ – das war ein einziger schäbiger Raum, in dem alle Klassen gleichzeitig ein paar Stunden „unterrichtet“ wurden – zu ihrer „Schicht“: zum Ausmisten in die Ställe des Gutes, das auch denen von Quitzdorf gehört. 1916 beginnt Max die Lehre als Former in den Hallerwerken in Torgelow. Der Besitzer und die Meister betrachten die Jungen als billige Arbeitskräfte. Aber Max ist kein Duckmäuser, er widersetzt sich Antrieberei und Schikanen, verlangt für alle Lehrlinge feste Arbeitszeiten und Entlohnung. In Gesprächen mit älteren Kollegen zeigt er Interesse an politischen Themen. Schließlich tobt der Erste Weltkrieg. Willi Pahl, einer seiner Freunde, erinnert sich an den energischen und gradlinigen Bur-schen, an die damalige Zeit: „Wir diskutierten im Kreis der Jungen und der heimgekehrten verwundeten Soldaten über die Ereignisse in Rußland. Obwohl wir die Oktoberrevolution in ihrer historischen Tragweite damals noch nicht begriffen, gelangten wir zu der Auffassung, daß man zum Frieden bei uns einen ähnlichen Weg gehen muß.“

In den Morgenstunden des 13. März 1920 unternehmen reaktionäre Kräfte den Versuch, die seit 1918 bestehende bürgerlich-demokratische Republik mit Waffengewalt zu beseitigen und eine Militärdiktatur zu errichten. Ihre Anführer sind der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Kapp, die Generale von Lüttwitz und Ludendorff, der ehemalige Berliner Polizeipräsident von Jagow, der Liebknecht-Mörder Pabst. Landesweit treten Arbeiter in den Generalstreik, greifen zu den Waffen. Heftige Kämpfe entwickeln sich in Mecklenburg, denn auf den Gütern der Junker hat die Reaktion Waffen gehortet und Kampfeinheiten formiert. Deshalb ertönen am 16. März Alarmrufe. Bewaffnete Putschisten rücken gegen die Stadt vor. An die vierhundert Arbeiter bewaffnen sich, schlagen den Feind am Bahnhof Jatznick zurück. Hier erlebt Max Matern seine Feuertaufe, gewinnt er nachhaltige Eindrücke vom Klassenkampf. Weitere Erfahrungen sammelt er im Juni 1922. Mehrere tausend Angehörige von monarchistischen Kriegervereinen marschieren mit Orden, Fahnen und Marschmusik in Eggesin auf, um dem Generalfeldmarschall von Mackensen, einem jener Kriegsverbrecher, zu huldigen, die gewissenlos Millionen junger Männer, darunter Max Materns ältesten Bruder, für den Profit der Krupp und Thyssen, aber auch für den Tod getrieben haben. Die Mecklenburger Arbeiter lassen sich das nicht gefallen.

Hunderte eilen nach Eggesin, darunter Max Matern und seine Brüder. Mit blanken Fäusten und Knüppeln treiben sie die Militaristen auseinander und jagen sie samt ihrem Feldmarschall davon.

Das Leben in seiner abgelegenen Heimatregion ist besonders schwer. Inflation, Hungerlohn und Arbeitslosigkeit veranlassen Max, sich Anfang 1925 in der Hoffnung auf den Weg nach Berlin zu machen, dort ein etwas besseres Leben beginnen zu können. Er bekommt tatsächlich Arbeit in der Eisengießerei Kailing & Thomas im Wedding, wo er in der Burgstraße auch ein möbliertes Zimmer beziehen kann. Und er findet dort noch mehr: klassenbewußte Arbeiter, Kommunisten. Schnell gewinnt er Freunde, und im Dezember 1925 wird er ihr Genosse. Jetzt beginnt die Zeit des Lernens und der politischen Arbeit. Er studiert die „Elementarbücher des Kommunismus“, dann das „Manifest“ und weitere Schriften, die von der Partei herausgegeben werden. Er tritt der Buchgemeinschaft „Universum-Bücherei“ bei, liest Emile Zola, Henri Barbusse, Maxim Gorki und andere Werke. In der militärpolitischen Zeitschrift der KPD „Oktober“ und in der „Roten Fahne“ erhält er Anleitung für seine politische Arbeit. In der Betriebszelle der Partei und in der Gewerkschaft, aber ebenso als Organisationsleiter der Straßenzelle im Wedding leistet er eine umfangreiche Arbeit. 1930 wird er Mitglied des Schutz- und Sicherheitsdienstes der KPD. Dort zieht er auf Wache am Karl-Liebknecht-Haus, geht auf Streife, um die Faschisten zu beobachten, deren Provokationen und Angriffe rechtzeitig zu erkennen. Aber die Partei setzt ihn auch als Personenschützer für den Vorsitzenden Ernst Thälmann, für Clara Zetkin und weitere Genossen des Zentralkomitees ein. Man schätzt seinen Mut, seine Disziplin, Einsatzbereitschaft und Verschwiegenheit. Als im Januar 1933 Wilhelm Pieck und der Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei, Maurice Thorez, an den Gräbern der Revolutionsopfer in Friedrichsfelde sprechen, bringt Max Matern mit seiner Gruppe den ausländischen Gast vor dem Zugriff der Polizei in Sicherheit.

Max gehört zu den ersten Kommunisten, auf die die Faschisten 1933 Jagd machen. Zu oft und entschieden hat er sich ihnen entgegengestellt, hat er ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Am 25. März 1933 verhaftet, wird er vor Gericht gestellt. Er soll Polizisten getötet haben, behauptet man, ohne Beweise dafür vorzulegen. Die bürgerlich-kapitalistische Klassenjustiz, die sich völlig in den Dienst der Nazis gestellt hat, verurteilt ihn zum Tode. Zwei Jahre lebt er noch, die meiste Zeit gefesselt in einer Einzelzelle. Am 22. Mai 1935 wird Max Matern mit dem Handbeil ermordet. **Günter Freyer**

Am 14. Juni 2002 hat der Deutsche Bundestag in großer Eile ein „Dopingopfer-Hilfegesetz“ gegen drei Stimmen von PDS-Abgeordneten (die anderen Mitglieder der damaligen Fraktion enthielten sich wohl) verabschiedet.

In den entsprechenden Fonds sind zwei Millionen Euro (aus Steuergeldern) geflossen, denn die erwartete Zahl von „DDR-Dopingopfern“ belief sich auf ca. 10 000 Antragsteller. Jedenfalls sahen es die Vertreter der CDU/CSU und auch der SPD so. Es ist schon richtig, daß geschädigte Sportlerinnen und Sportler, ganz gleich mit welcher Verletzungsart, für nachweisliche Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit eine finanzielle Kompensation erhalten. Aber dieses Gesetz ist eine eindeutige Fortsetzung der Kampagne gegen

Hans Hartleb, Herbert Jäger, Eberhard Kohl, Gerhard Grimmer und Thomas Pfüller (heute als Sportdirektor des Deutschen Skilaufverbandes tätig) gerieten ins Visier. In das gleiche Horn tüteten auch der „Deutschlandfunk“ Köln, die „Frankfurter Rundschau“ und der WDR. Nach Ablauf der Meldefrist am 31. März 2003 trat vorerst Funkstille ein. Hatte man ca. 10000 Antragsteller erwartet, so waren es tatsächlich nur 306 (gerade mal 3 Prozent). Obwohl zuletzt noch einmal mächtig getrommelt und Briefe versandt wurden, erhöhte sich die Zahl der Antragsteller, darunter viele Trittbrettfahrer, nicht. Bis zum 31. Januar 2004 wurden 185 positive Bescheide zugestellt, die dann per Überweisung je 6000 bis 9000 Euro erhielten. Das waren knapp zwei Prozent

gebung und Gesetzesauslegung wurden aber vor der Beschlußfassung gestellt. So als u. a. der Sportausschuß des Deutschen Bundestages zur „Meinungsbildung“ über das Gesetz eine öffentliche Anhörung organisierte. Sieben der insgesamt 16 geladenen „Sachverständigen“ gehörten zur Kernmannschaft kompromißloser Gegner des DDR-Sports und waren als Verfechter großzügiger Zuwendungen einzuordnen. Keiner von ihnen stammte aus der DDR. Hinzu kam das „Dopingopfer“ Birgit Boese. Eine ehrliche Aufarbeitung konnte von diesem Personenkreis nicht erwartet werden.

Der Ehrenvorsitzende der Gemeinschaft Deutscher Olympiateilnehmer und Fahnenträger der BRD-Olympiamannschaft von 1952 in Helsinki, Friedel Schirmer, schrieb an den Sportausschuß u. a.: „Voraussetzung (sollte) sein, daß der Kreis der Sachverständigen ausgewogen zusammengesetzt ist. Derzeit besteht Anlaß daran zu zweifeln, weil die Mehrheit der uns bekannt gewordenen ‚Sachverständigen‘ nicht aus eigenem Erleben den Leistungssport der DDR kennt oder als befangen angesehen werden muß. Zur Erforschung der Wahrheit gehört vielmehr, daß auch frühere Spitzensportlerinnen und Spitzensportler der DDR zu Wort kommen.“ Aber auch diese Anhörung des Sportausschusses diente als Zustimmung zum „Dopingopfer-Hilfegesetz“.

Der von Karen König angestrebte Prozeß gegen das NOK Deutschlands auf Zahlung einer Entschädigung ist sicher der Anfang einer möglichen Prozeßlawine. Das Oberlandesgericht in Frankfurt/Main hat die Klage der DDR-Schwimmerin angenommen und den Prozeß eröffnet. In diesem Rechtsstreit fordert Karen König ein „Schmerzensgeld“ von mindestens 10000 Euro, da sie nach ihrer Aussage einen „Dopingschaden“ erlitten haben will. Als Mitglied des TSC Berlin gehörte sie 1985 der 4 x 100-m-Freistilstaffel an und erhielt für einen Medaillengewinn am 30. März 1990 ein Preisgeld von 30 000 Mark durch das Amt für Jugend und Sport beim Ministerrat der DDR. Jetzt, fast 20 Jahre später, fordert sie vom NOK erneut Geld. Eine zweite Klägerin, Cornelia Jeske, geb. Reichhelm, verlangt vom NOK sogar den Betrag von 33000 Euro. Hierzu muß man wissen, daß sie zu keiner Zeit in das Blickfeld von Verbandstrainern des Deutschen Ruderverbandes der DDR geraten war, also nie zu einer Auswahlmannschaft gehörte. Sie beklagt einen Wirbelschaden (!). Dies auf Doping zurückzuführen, hält selbst NOK-Präsident Dr. Klaus Steinbach, renommierter Orthopäde, für absurd.

Es sei, wie es sei. Ein lang anhaltender Feldzug gegen den Sport der DDR ist das politische Ziel, es geht um Revanche an der erfolgreichen Sportorganisation der DDR. In den Stadien, Schwimmhallen oder anderen Sportarenen erlittene Niederlagen schmerzen noch immer und rufen „Dopingfahnder“, Journalisten und Politiker auf den Plan. Neben der Stasi-keule wird wohl auch die Dopingkeule noch einige Jahre geschwungen werden.

Erhard Richter

Das „Dopingopfer-Hilfegesetz“ des Deutschen Bundestages: Erfolgsquote 3 Prozent

den Sport der DDR, gegen die Trainer (so weit man sie nicht für Medaillen benötigt), gegen Ärzte und Funktionäre. Die Worte Gustav-Adolf Schurs treffen den Kern. Er sagte im Bundestag: „Die PDS war vom ersten Tag an für einen Gesetzentwurf, wenn er denn vom Bodensee bis zum Stralsunder Bodden gilt.“

Doch Antragsteller aus den alten Bundesländern wurden sofort abgewiesen. Es ging ja um das „flächendeckende Doping“ im „Unrechtsstaat DDR“. Nachweisliche Körperschäden durch Doping, sogar Todesfälle wie der der Siebenkämpferin Birgit Dressel aus Mainz, fielen unter den Tisch. Die Leiterin der Berliner Beratungsstelle für „DDR-Dopingopfer“ Birgit Boese, die sich selbst als Betroffene ausgibt, obwohl sie zu keiner Zeit zu einem Olympia- oder Nationalmannschaftskaderkreis gehörte, erklärte im Bundestagsportausschuß, daß sich bei ihr auch Sportler gemeldet hätten, die in der BRD gedopt worden seien. Sie hätten jedoch keine Chance gehabt, in den Kreis der „Geschädigten“ aufgenommen zu werden.

Jahrelang gab es zur Gesetzgebungsfrage lautstarke Dispute. Die Medien verbreiten noch heute Greuelmärchen, Halbwahrheiten und Lügen. „Der Spiegel“ stand dabei mit an vorderster Front. In seiner Ausgabe 52/2003 wurden zur Vorbereitung auf die Biathlon-Weltmeisterschaften in Oberhof fast alle dortigen Wintersportfunktionäre zur Zielscheibe. Für Goldmedaillen war Bundestrainer Frank Ullrich gut, aber ein Kübel Dreck wurde auch über ihn ausgeschüttet. Karl-Heinz Wolf,

der Erwarteten. 111 Anträge wurden trotz der Großzügigkeit bei der Bearbeitung abgelehnt.

Paragraph 6, Absatz 2 des Gesetzes ließ übrigens auch Antragsteller zu, die keinen medizinischen Nachweis eines Schadens erbrachten. Im Gesetz heißt es: „Zur Anerkennung eines erheblichen Gesundheitschadens genügt die Wahrscheinlichkeit eines ursächlichen Zusammenhanges mit der Verabreichung von Dopingsubstanzen.“ Bis zum heutigen Tag liegen keine gerichtsmedizinischen Gutachten und kaum Beweise vor. Es genügt die Wahrscheinlichkeit! Eine einmalige Großzügigkeit, und dies bei leeren Staatskassen. Ausreichend war die Formel: Unterstützende Mittel = Doping = Körperschaden. So wurden Urteile gesprochen und Strafbescheide gegen Trainer, Ärzte und Funktionäre des DDR-Sports erlassen. In Abkehr von den im Sozialwesen üblichen Normen der Antragstellung auf Zuwendungen wurde hier geradezu händeringend um Antragsteller gebettelt.

Der ehemalige Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, Friedhelm Julius Beucher (SPD), bemerkte zu dem Dilemma: „Die Frage, ob es ein flächendeckendes DDR-Doping gegeben hat, muß neu gestellt werden ... Ich erwarte, daß die wissenschaftlichen Untersuchungen, die Anhörungen und Befragungen im Interesse von Klarheit und Wahrheit überprüft werden.“ Dem sollten sich in ehrlicher Aufarbeitung (für beide deutsche Staaten) die Sportführung des DSB und das NOK stellen. Die Weichen für Gesetz-

DDR-Olympiasiegerin Cornelia Klier im RF: Mich dopte niemand

Die Olympischen Spiele des Jahres 2004 sind vorbei. In meinen Augen waren sie ein Desaster. Die Reserven der „alten DDR“ sind fast aufgebraucht. Die Sportförderung wurde in allen Bereichen gekürzt und weggespart. Dafür gibt dieses Land Millionen Euro für Aufrüstung und Militär, für Drogenberatungsstellen, Selbsthilfegruppen, Sorgentelefone und ähnliches aus.

Die kleine arme Schwester DDR konnte sich ein Sportsystem leisten (soviel ich weiß, für 0,35 % des Nationaleinkommens), das gut und richtig war. Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Breiten- und Leistungssport wurden „gesehen und ausgewählt, gefördert und gefordert“. Die schulische und berufliche Ausbildung wurde koordiniert. Und das Beste daran: Der Sport, das Sporttreiben selbst war auch für einkommensschwache Familien bezahlbar.

Ich war Ruderin beim SC DHfK in Leipzig, wurde mit 16 Jahren durch Heinz Quermann und seine Sendung „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“ auf diese Sportart aufmerksam, bewarb mich und wurde angenommen. Drei Jahre später war ich bei den Olympischen Spielen in Montreal dabei!

Als Lehrling zahlte ich monatlich 80 Pfennig Mitgliedsbeitrag im DTSB. Da ich das fünfte von sieben Geschwistern war, hätten meine Eltern kaum eine Möglichkeit gehabt, mich in dieser Zeit finanziell zu unterstützen. Während meiner leistungssportlichen Laufbahn und auch noch danach wurde über den Sportclub meine Ausbildung zur Physiotherapeutin organisiert. Ich mußte nie Sorge haben, daß ich auf Grund der vielen Trainingslager und Wettkämpfe meinen Job verliere. Ich konnte mich voll und ganz auf mein Training konzentrieren.

Wir haben als Sportler nach der sogenannten Wende mit Trauer festgestellt, daß ausgerechnet das System, das nach unserer Meinung funktionierte, als schlecht und nicht nachahmenswert abgewickelt wurde. Der ganze Bereich der

Trainingswissenschaftler und Trainingsmethodiker, die Einsatzbereitschaft aller Beteiligten, ob Trainer, Sportler, ehrenamtliche Übungsleiter und Betreuer wurde auf Doping und Stasi reduziert. Was so nicht stimmte! Wir konnten auch im kapitalistischen Ausland unbewacht in den Wettkampforten bummeln und einkaufen gehen.

Ich habe während der ganzen Jahre meines Sports keine Dopingmittel verabreicht bekommen und wurde dreimal Weltmeisterin und einmal Olympiasiegerin, war bei zwei Olympischen Spielen und vielen, vielen internationalen Regatten am Start!

Die DHfK und das dazugehörige Forschungsinstitut für Körperkultur und Sport wurden als mißliebige Konkurrenz zur Sporthochschule Köln geschlossen, viele Trainer aus ihren Clubs entlassen. In der DDR gab es nicht so viel Kriminalität, eine Drogenszene entstand erst nach der „Wiedervereinigung“.

Die BRD will drittstärkste Sportnation der Welt sein. Dafür gäbe es viel zu tun. Sportschulen und Internate, gute Trainer und ausgefeilte Methodik sind die beste Basis für sportliche Leistungen auf Weltniveau. Dieses reiche Land hätte alle Möglichkeiten, den Sport wieder voranzubringen, wenn es auf die Erfahrungen der vielen bereits genannten Komponenten, vor allem auf die Erfahrungen unseres gut ausgebildeten Trainerpotentials zurückgreifen und das Sportsystem gründlich „reformieren“ würde. Allein mir fehlt der Glaube, daß das gelingen könnte.



Birgit Fischer (Brandenburg).
Die vielfache Kanu-Weltmeisterin aus der DDR errang in Athen ihr achtens Olympiagold.

Grafik: Arno Fleischer

Fest des politischen Liedes 27.11., ab 19 Uhr

Aus Anlaß der 30. Geburtstage der Singclubs „Ernesto Che Guevara e. V.“, und „Die Marbacher“ findet am Sonnabend, dem 27. November, im **Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur, Berlin, Friedrichstraße 176-179**, das „Fest des politischen Liedes“ statt.

Mitwirkende u. a.:
Gruppe „Rotdorn“, Hamburg
„Quijote“, Chemnitz
„Tiempo Nuevo“, Potsdam,
„Die Marbacher“, Heilbronn
„Ernst-Busch-Chor“, Berlin
„Singclub Ernesto Che Guevara e. V.“, Dresden

Der „RotFuchs“-Förderverein ist einer der Mitveranstalter.

Kartenvorbestellungen unter:
Telefon 0351-268 53 40.



Schwerin: Inkompetenz im Dutzend

Ach, was waren das für glückliche Zeiten unter den Großherzögen von Mecklenburg! Da durfte das gemeine Volk im Schloßgarten spazieren gehen. Jetzt, unter der „Demokratie“, kommt die Herrschaft – nicht das Volk – auf die Idee, einen Zaun um den Schloßgarten zu ziehen. Wegen der Schweriner Bundesgartenschau; denn nur so könne man im Jahre 2009 Eintrittsgelder kassieren. Die Einheimischen müßten sich preiswerte Dauer-Billetts (für 60 Euro, das weiß man heute schon!) besorgen oder – eine neue „Idee“ – mit einer Fähre um Schloß und Schloßgarten herumschippeln. Und dann sollte der Zaun ja auch anschließend gleich stehenbleiben, um die Randalierer aus dem Park fernzuhalten. Nichts dauert bekanntlich länger als ein Provisorium.

Für die Stadtoberen – und im Schlepptau der CDU auch die PDS-Baudezernentin, eine ausgewiesene Immobilienmaklerin – ist die Entfernung der Schweriner aus ihrem Garten etwas völlig Normales: Hauptsache, Touristen bringen Geld! Für die Stadtoberen – und im Schlepptau der CDU auch die PDS-Baudezernentin, eine ausgewiesene Immobilienmaklerin – ist die Entfernung der Schweriner aus ihrem Garten etwas völlig Normales: Hauptsache, Touristen bringen Geld! Was nicht einmal der Großherzog seinen Untertanen zugemutet hat, ist für die rosa-rosa Landesregierung die einzige Rettung. Sie stimmte den kühnen Plänen der Stadtväter zu. Lautstarke Befürworterin dieser grandiosen und bevölkerungsnahen Idee ist übrigens die PDS-Fraktionschefin. Solcherlei Subordination hat hierzulande Geschichte. Bereits 1907 beklagte das „Neue Wochenblatt“ in seiner Ausgabe Nr. 7: „Wie selten ein anderes Gemeinwesen ist die Residenzstadt des Schweriner Fürstenhauses durch ihre (landschaftliche) Lage begünstigt, und langsamer als bei einer anderen Stadt schreitet ihre Entwicklung fort ... Mancher Mann der Stadtverwaltung fragt sich schließlich nicht mehr: Was dient dem Wohl der Stadt, sondern: Was sagt der Hof dazu ...? Auch als Residenz- und Beamtenstadt ist Schwerin heute nicht mehr mustergültig. Man bezahlt seine Steuern für die schöne Umgebung, und die müßte eine Gratisbei-

gabe sein ... Nun aber beging die Stadtverwaltung den Fehler, daß sie glaubte sparsam zu sein, wenn sie kein Geld ausgäbe. Eine ganze Reihe von Einrichtungen, bei einer Residenzstadt vorausgesetzt, fehlt daher heute noch in Schwerin.“ Geschrieben am 19. Oktober 1907!

Das will nun unsere untertänigste Stadthoheit ab 2004, also 100 Jahre später, nachholen, und die Bundesgartenschau soll es richten. Wenn es wirklich um eine Gartenschau ginge, wäre ja alles in Ordnung, und sicher hätten die Schweriner auch einen Nutzen davon. Aber alle „Planungen“ beweisen: Darum geht es ja gar nicht. Der Chef der „christlichen“ Partei läßt die Katze aus dem Sack: „Die Bundesgartenschau bringt Aufträge für die Unternehmer.“ Und da wird das Steuergeld der Bürger in die privaten Taschen von Hamburger Planern und Firmenbesitzern umgeschaufelt. So kommt es nicht auf Blumen an, sondern auf „Events“ und „Attraktionen“, so teuer wie irgend möglich. Daher treibt die Bundesgartenschau schon jetzt gar wundersame Blüten.

Rosa-rosa Blüte: Für den von allen Reiseführern als romantisch gepriesenen Pfaffenteich, ein städtebauliches Kleinod mitten in Schwerin, gibt es tolle Überlegungen: Einrichtung einer Super-Wasserski-Anlage, einer schwimmenden Gaststätte, einer Hubbrücke, durch die „Hochseedampfer“ direkt in die Stadt hineinfahren können und andere Abenteuerlichkeiten. Dabei kann man nicht einmal den Betrieb der beliebten Fontäne im Teich bezahlen.

Grüne Blüte: Der Abfluß des Schweriner Sees nach Wismar in die Ostsee (30 km) ist mit seiner Umgebung ein Naturparadies. Was wollen die Landesplaner aber mit einem schönen Flecken? Vermarkten – zu Geld machen, indem sie dieses idyllische Gewässer zu einem motorschiffbaren Monstrum von der Ostsee nach Schwerin umfunktionieren. Kostenpunkt: 120 Millionen Euro. Auch 20 Millionen Profit sind im Kalkül. Schwerin wird Seehafenstadt! Das war schon ein Traum des Großherzogs Albrecht anno 1550.

Schwarze Blüte: Der „Hopfenbruchgarten“ sollte zur zentralen Bugafläche gestaltet werden. Die Unternehmer leckten sich schon die Finger, und mehrere hunderttausend Euro flossen bereits in diese Richtung für „Planungen“. Nun stellten die weisen Stadtoberen plötzlich fest, daß das Gelände gar nicht Schwerin gehört. Also hektische Suche nach neuen Flächen. Und schon erhält eine private Grundstücks-GmbH, die unerwartet erbbauberechtigt ist, von der Stadtverwaltung das Angebot, Millionen in einen morastigen baugrundtauglichen Boden zu versenken und 180 Kleingärten zu vertreiben. Selbst der FDP ist das zu viel: „Jahre wurde unüberlegt geplant, jetzt soll ohne Rücksicht auf die Menschen, die die

Kleingärten nutzen, gehandelt werden. Das ist Buga unsozial“, schreibt der Kreisvorsitzende dieser Partei.

Blaue Blüten: Weil Schwerin so wenig Seen (nur 15) hat, soll ein neues Gewässer mit einer Buga-Insel her. Auch die Idee, einen Kanal um den großherzoglichen Marstall herumzulegen, betrachten die Bürger als Witz. Geht es vielleicht um das Sicherheitsbedürfnis der darin sitzenden Regierer? Als fixer Gedanke erweist sich auch der neue „Stadthafen“ für die Gartenschau, weil er mehr Grün zerstört als schafft. So jagt ein Einfall den nächsten. Die „Schweriner Volkszeitung“ bringt fast täglich Briefe von empörten Lesern. SPD, PDS, CDU und FDP werfen sich gegenseitig Buga-Dilemma und Planungschaos vor. Ein politischer Kindergarten. Der Skandal: Sämtliche Parteien sitzen in den verschiedenen Vorbereitungsgremien und sind selbst für diese Zustände mit verantwortlich. Aber durch das ganze Getue sieht alles so fürchterlich „demokratisch“ aus. Ein SVZ-Leser charakterisiert das richtig: Es geht gar nicht um eine Gartenbauausstellung, sondern allein ums Geld. Die Unternehmer drängeln, die Industrie- und Handelskammer fördert jeden noch so phantastischen Vorschlag. Klar, städtische Aufträge sind attraktiv. So eine Stadtkasse zahlt im Prinzip alles, sie geht nicht wirklich pleite. Schuldenmachen ist „in“, auch für die Fraktionschefin der PDS, die sich für immer neue Kredite erwärmt. Die Kapitalisten nehmen kein Risiko auf sich. Für 20 % Profit lohnt es sich, den städtischen Kleinkrieg anzufachen. Hauptsache, die „Fördermittel“ werden alle. Nur die Bürger haben von alledem nichts. Aber das stört unsere Muster-„Demokraten“ wenig oder gar nicht, auch wenn sie immer vom „Wohl der Allgemeinheit“ schwadronieren.

Als der Großherzog verflossener Zeiten Schwerin satt hatte, verlegte er seine Residenz kurzerhand nach Ludwigslust. Und seit 1990 sind dank der Sorge der „Demokraten“ auch 20 000 Schweriner ausgerissen. Soll das so weitergehen?

Nachdem der Rostocker Bürgermeister wegen der IGA-Geldverschwendung seinen Hut nehmen mußte, wurden die Schweriner Abgeordneten wach und fragten den zugereisten Verfassungsschützer und jetzigen Oberbürgermeister nach dem Konzept der Buga. Trockene Antwort: „Es gibt noch keins.“ Und das nach fünf Jahren „Planung“. Aber, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, soll auf dem künftigen Ausstellungsgelände im denkmalgeschützten Schloßgarten vorher ein Autorennen à la Monaco stattfinden!

Lebhaft erinnere ich mich des Geschreis der Bürgerbewegten von 1989, sie wollten endlich kompetente Leute in Verwaltung und Regierung sehen. Jetzt haben sie die Inkompetenz im Dutzend. Glückwunsch!

Dr. Norbert Pauligk

Zwei 70jährigen aus dem Norden gilt unsere Gratulation

Manfred Manteuffel

(13. November) und

Harald Holtz

(25. November) aus Rostock



bringen wir
die feste
Verbundenheit
des RF-Kollektivs
zum Ausdruck.

*Herr General und
brüderlicher Freund!*

Empfangen Sie einen brüderlichen und revolutionären Gruß! Seitdem ich Ihre schöne und solidarische Botschaft an das 2. Welttreffen der Solidarität mit der Bolivarianischen Revolution gelesen habe, drängt mich die Pflicht, Ihnen

vergangen, zu deren grundlegenden Führern Sie gehörten. So wie am 13. April 2002 die Einheit von Zivilisten und Militärs einer äußerst kurzen Unternehmdiktatur in Venezuela ein Ende bereitete, hat das Bündnis zwischen Volk und Streitkräften Portugals am 25. April die Szenerie des

der überwältigenden Mehrheit der Portugiesen stattfand. Am 13. April 2002 beabsichtigte man, den Prozeß abzutöten, in dem die Heimat von Simon Bolívar unter maßgeblicher Beteiligung des Volkes auf den Weg zur zweiten nationalen Unabhängigkeit gelangte.

Identifikation mit der Sache des Volkes.

Ich möchte einige Ihrer Worte anführen, die mit Klarheit und Deutlichkeit das zusammenfassen, was jene echte revolutionäre Erfahrung war, die Portugal zwischen 1974 und 1975 durchlebte. Es handelt sich um Worte, die ein unschätzbare Zeugnis sind, weil sie beweisen, wie Sie in jener Zeit die höchste Verantwortung als Premierminister wahrnahmen:

„Die Aprilrevolution war die tiefste und volksverbundenste der portugiesischen Revolutionen. Sie brachte dem portugiesischen Volk, den am meisten benachteiligten Klassen die größten Errungenschaften ihrer Geschichte von mehr als acht Jahrhunderten.“

Die Aprilrevolution lebt im Sieg der Bolivarianischen Revolution weiter, weil sie einen Präzedenzfall dafür darstellte, was das Volk und seine Soldaten zuwege bringen, wenn sie sich einig sind. Daraus erwächst ein Beispiel für die Welt.

Abschließend möchte ich, General Vasco Gonçalves, daß Sie wissen, daß es eine Ehre wäre, wenn Sie uns in Kürze besuchten. Das Vaterland von Bolívar wird immer Ihr Haus sein. Empfangen Sie eine starke Umarmung, die von revolutionärem Geist durchdrungen ist. *Brüderlich, mit einem tiefen Gefühl der revolutionären Solidarität, mein General*

**Hugo Chávez Frias,
Präsident der
Bolivarianischen Republik
Venezuela**

***Präsident Hugo Chávez
an General Vasco Gonçalves***

Portugals Nelkenrevolution lebt im Sieg der Bolivarianischen Revolution Venezuelas weiter

einige Zeilen zu schreiben, um für diese Geste zu danken. Ich bin deshalb bewegt, weil ich selbst ein Soldat der Würde und ein konsequenter Revolutionär bin, wie Sie es immer waren und sind.

Am 25. April waren 30 Jahre seit der Nelkenrevolution

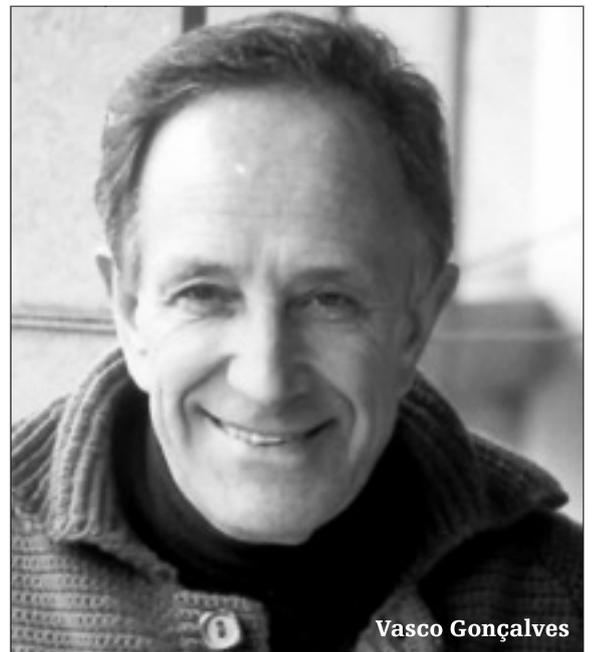
Salazar-Regimes hinweggefegt, der am längsten währenden Diktatur in Europa. Dadurch wurde nicht nur so vielen Jahren der Unterdrückung ein Ende gesetzt, sondern auch dem ebenfalls lange Jahre währenden Kolonialkrieg in Afrika, der gegen den Willen

Der ruhmreiche 13. April ist ein Kind des nicht weniger ruhmreichen 25. April. An diesen beiden historischen Daten wandten sich die wahren Soldaten unserer beiden Vaterländer dem Volke zu und wurden zu seinen Befreiern.

Niemand kann aus seinem Gedächtnis jene Bilder der Soldaten löschen, die durch die Straßen Lissabons marschierten und Nelken in die Gewehrläufe steckten als Symbol ihrer Weigerung, am Kolonialkrieg teilzunehmen, sowie als schönster Ausdruck ihrer



Hugo Chávez



Vasco Gonçalves

Staatsterrorismus – Wesen des „amerikanischen Jahrhunderts“

An der Ostküste der heutigen USA hatte alles begonnen. Hier entstanden im 17. Jahrhundert die 13 englischen Kolonien, die sich später vereinigten und langsam zu einer neuen Nation wurden. Die nationale Befreiungsbewegung wurde ihr Geburtshelfer.

Der Nationalkongreß erklärte alle seit 1764 erlassenen und von den Kolonien mißbilligten Akte für gesetzwidrig. England antwortete mit Gewalt und verstärkte die in Amerika stationierten Truppen auf 50 000 Mann, wovon die gute Hälfte deutsche Kontingente waren. Die Briten wurden besiegt und Nordamerika konsolidierte sich zur eigenen Wirtschaftsmacht. Noch waren die Freiheitsideen im Volk und der Verfassung verwurzelt, als die sich formierende Bourgeoisie damit begann, die „ungezügelter Demokratie“ in Ketten zu legen.

Mit der Bill of Rights (Charta der Bürgerrechte) von 1791 erhielt die Verfassung ein wichtiges Instrument, womit das amerikanische Volk für seine immer wieder eingeschränkten Freiheiten kämpfen konnte. Dieser Dauerkampf um Demokratie wurde zu einem Wesensbestandteil der öffentlichen Ordnung in den Vereinigten Staaten. Von daher kommt es, daß in den USA – anders als in Europa – ein steter Zusammenhang zwischen Geschichtsablauf, Geschichtsschreibung und aktueller Regierungspolitik besteht. So liegt in der historischen Entwicklung des Landes ein schier unversiegbare Quell von Selbstgerechtigkeit.

Es entwickelte sich eine ständige Wechselwirkung zwischen bestimmten geschichtlich-politischen Konzepten und Regierungsstrategien, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte.

Ekkehart Krippendorff machte in seinem 1970 erschienenen Buch über die amerikanische Strategie darauf aufmerksam, daß bereits aus der Interpretation des „Sicherheitsbedürfnisses“ der USA, wie sie vom Großkapital vorgenommen wird, die Gefahr des Staatsterrorismus hervorgeht. Seine Studie beginnt mit „Am Anfang war die Revolution“ und endet mit dem Schluß, „daß die politische Klasse der Vereinigten Staaten offensichtlich bereit ist, zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur nicht nur den Preis einer notwendig werdenden Repression – nämlich der Transformation der Demokratie – zu zahlen, sondern auch den der Totalzerstörung menschlichen Lebens“. Dieser verderbliche Prozeß ist in vollem Gange.

Der Staatsterrorismus ist zum Wesen des proklamierten „amerikanischen Jahrhunderts“ geworden. Die durchaus auch glorreiche eigene Geschichte wird zum Vorwand eines militärischen Sicherheitsbedürfnisses genommen und damit von den Machtinteressen des Großkapitals entwürdigt.

Seit Mitte der 70er Jahre werden Wirtschaft und Außenpolitik in ständig zunehmendem Maße durch forcierte Militarisierung bestimmt. Die materielle Absicherung des aggressiven Kurses der Hochrüstung führte in den USA zur Schwächung fast aller Bereiche der zivilen Produktion und logischerweise zu einer Verschärfung der ökonomischen und sozialen Konflikte. Die vielgepriesene amerikanische Demokratie leidet unter chronischer Schwindsucht. Die aus dem Vietnamkrieg erwachsene Friedensbewegung wird platt gemacht. Das Establishment war und ist darin geübt, die Widersprüche zum Vorteil des Kapitals auszulegen. Der Feind stand folglich immer jenseits der Ozeane und hieß zunächst „Weltkommunismus“.

Es gelang den Politikern der herrschenden Klasse der USA nicht nur, den bestehenden Antagonismus gegenüber dem sozialistischen Weltsystem zugunsten der Hochrüstung zu nutzen, sondern mit der Einbindung ihrer Paktpartner in die globale antikommunistische Strategie zugleich auch Voraussetzungen für die nachfolgende Ära der alleinbestimmenden Supermacht zu schaffen. Es gibt eine neue Polarität: arm und reich. Die Dritte Welt, jetzt vergrößert durch die Länder Osteuropas, wird nach Öl- und Gasvorkommen taxiert und gegebenenfalls unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung militärisch angegriffen und besetzt. Doch dem von Washington geforderten Konsens

der internationalen Monopolbourgeoisie zur sogenannten Globalisierung unter amerikanischer Führung liegt eine strategische Fehlkalkulation zugrunde: Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten lassen sich auf Dauer nicht beherrschen.

Wenn auch die geistige Bewegung der Neuzeit noch vom Schock der angeblichen „Zeitenwende“ gelähmt ist, die Ende des vorigen Jahrhunderts mit dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus eingeleitet schien, so begann diese nicht mit einer Revolution, sondern mit dem Anspruch der reaktionären Supermacht USA auf die Weltgendarmenrolle. Die Vereinigten Staaten haben indes den Zenit ihrer besten Jahre längst überschritten und sich von den Idealen ihrer Pionierzeit verabschiedet. Daher reflektiert die Politik der USA nicht mehr ein wirkliches, sondern ein vermeintliches Interesse der Menschheit. Früher oder später wird der tatsächliche Verlauf der Geschichte die geistige und politische Bewegung der Menschen zum Widerstand führen. Die linken Parteien sind gut beraten, sich rechtzeitig darauf einzustellen. Die Zeit wird heranreifen, in der dieses Widerstandspotential dem Kapitalismus Paroli zu bieten vermag.

Horst Joachimi
Unser Autor war Resident der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS in den USA und arbeitete mit diplomatischem Status in der DDR-Vertretung bei den Vereinten Nationen.

KP der USA: Bush, Kerry oder keiner?

Die KP der USA hat eine Erklärung zu den Präsidentschafts- und Kongreßwahlen 2004 veröffentlicht, mit der sie sich scharf von verleumderischen Äußerungen über den angeblichen Standpunkt der amerikanischen Kommunisten abgrenzt. So wurde u. a. behauptet, die Partei habe sich für eine Unterstützung der Kandidatur des Bewerbers der Demokratischen Partei John Kerry ausgesprochen. Hier der Wortlaut:

1. Die KP der USA wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um zu einer Niederlage von Bush beizutragen. Wir sind – wie die Mehrheit im Lande und in der Welt sowie alle größeren fortschrittlichen Organisationen – tief besorgt über die großen Gefahren einer zweiten Amtsperiode Bushs. Zu einem weiten Spektrum von Schlüsselfragen (soziale Sicherheit, Gesundheitsfürsorge, Bezahlung von Überstunden, Mindestlöhne usw.) gibt es reale, inhaltliche Unterschiede zwischen Bush und Kerry.

2. Die KP der USA empfiehlt keinen Kandidaten für die Präsidentschaft zu den Wahlen des Jahres 2004. Wir unterstützen nicht die Kandidaten anderer politischer Parteien. Wir haben davon Abstand genommen, unseren eigenen Kandidaten aufzustellen, um nicht von der Hauptanstrengung Kräfte abzuziehen, die darin bestehen muß, Bush und seiner ultra-rechtsextremistischen Agenda eine Niederlage zu bereiten.

3. Die KP der USA besitzt ihre eigene unabhängige politische Plattform für die Wahlen im Jahre 2004. Obwohl diese im Hinblick auf volle soziale Gerechtigkeit viel weiter geht als die Kerrys, bedarf es einer Niederlage Bushs, um irgend etwas davon umsetzen zu können. Eine Bewegung, die den republikanischen Würgegriff auf die Regierung bricht, könnte sozialen Fortschritt an vielen Fronten erleichtern.

Aus „The Guardian“, Sydney

Warum sich der Westen auf Belorußland eingeschossen hat

Anfang September erfolgte die Ansetzung einer von der Verfassung vorgesehenen Volksbefragung in der Republik Belarus. Das rief im Westen und in proimperialistischen Kreisen des Landes sowie in Rußland eine regelrechte Hysterie hervor. Dabei wurde nur die Frage gestellt, ob es dem Präsidenten der Republik Alexandr Lukaschenko gestattet werden solle, neben den anderen Kandidaten und auf



gleicher Grundlage an den nächsten Wahlen des Staatsoberhauptes teilzunehmen. Sie werden 2006 stattfinden.

Ein Referendum ist in den Verfassungen vieler Staaten, die überdies – wie in den USA – zahlreiche Ergänzungen (Amendments) erlebt haben, vorgesehen. Es handelt sich in Belarus nicht um irgendeine „Verlängerung der Vollmachten“ des jetzigen Staatsoberhauptes, wie Gegner der belorussischen Volksmacht behaupten, sondern um die gleichberechtigte Teilnahme an den Wahlen.

Es ging darum, ob der Präsident sich dem demokratischen Votum des Volkes ein weiteres Mal stellen darf, und nicht um die schönen Augen Lukaschenkos oder seine „sportliche Erscheinung“. Zur Debatte stand die Entscheidung für die Fortsetzung einer Politik, die der Republik Belarus die beeindruckendsten Kennziffern auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung in der ganzen GUS und ihrem Volk ein ruhiges Leben gewährleistet, in dem die Worte „Terrorismus“ und „Banditentum“ wie Äußerungen von Wesen ferner Planeten wahrgenommen werden. So wie das in der Sowjetunion der Fall war, von der alles Gute im heutigen Belorußland dank der Volksmacht unter Präsident A. Lukaschenko erhalten geblieben ist. Nicht zufällig haben im August auf die vom soziologischen Informationsdienst ÄKO-OM gestellte Frage „Wie schätzen Sie die politische Situation in Belorußland ein?“ 54% der Angesprochenen gesagt, daß die „Situation ruhig und stabil“ sei; 32% nannten sie „fast ruhig“.

Nicht zufällig rief die Ansetzung des Referendums erhebliche Unruhe bei jenen hervor, die auf Belorußland die Sitten des heutigen „demokratischen“ Rußland ausdehnen möchten, das im Ergebnis einer 13jährigen Leitung durch „Demokraten“ und „Reformer“ in einem blutigen Sumpf endloser Terrorakte und krimineller Ausschreitungen versinkt. Im Fernsehen hat Lukaschenko diesen Leuten jegliche Hoffnung genommen, daß die Banditensitten, die im Nachbarstaat herrschen, auf belorussischen Boden übergreifen. In der Erkenntnis, daß sich ihre Vorhaben offensichtlich nicht erfüllen, daß die Volksmacht der Republik Belarus die Absicht hat, auch weiter die stabile, vorwärtsweisende Entwicklung des Staates und der Gesellschaft zu garantieren und sich dabei ausschließlich auf verfassungsmäßige und demokratische Methoden zu stützen, stimmten die Feinde dieses Kurses in Zeitungen und über die Sender ein wildes Geschrei an. Die Vorbereitungen auf das Referendum liefen an. Am 17. Oktober fanden das Referendum und die Wahlen zum Parlament der Republik Belarus statt. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes hatte die Frage der Entwicklungstendenzen der belorussischen Gesellschaft gestanden. Das war eine Antwort auf die verleumderischen Behauptungen aus Washington

oder Moskau, das Regime in Minsk trage einen „nichtdemokratischen Charakter“. Nach offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission Belorußlands gehörten den Bezirkswahlkommissionen auch Vertreter in Opposition zur Volksmacht stehender Kräfte an. Man muß wissen, daß in den Washingtoner Korridoren der Macht wie im Moskauer Fernsehen Gruppierungen wie die Vereinigte Bürgerpartei, die Sozialdemokratische Partei, die Belorussische Volksfront, die sogenannte Partei der Kommunisten Belorußlands (PKB) u. a. besonders geschätzt werden. Sie alle stehen gegen Lukaschenko. Doch niemand verbot sie oder schickte sich an, sie aus den Wahlkommissionen zu verbannen.

Übrigens, in Belorußland gibt es nur eine kommunistische Partei, die wirklich die Interessen des werktätigen Volkes vertritt, und die aktiv den sozial-ökonomischen Kurs des Präsidenten unterstützt, der den Wünschen der Mehrheit des Volkes entspricht: Das ist die kommunistische Partei Belorußlands (KPB), deren Vertreter an der Arbeit der Bezirkswahlkommissionen sowie an der Vorbereitung des Referendums aktiv teilnahmen. Sie trägt zur Stärkung der Volksmacht in der Republik Belarus bei.

R. F., gestützt auf „Prawda“, Moskau

Lukaschenko wurde 50

Reichlich zehn Jahre ist es her, daß der junge Direktor des Sowchos „Gorodjez“, Mitglied der Deputiertenfraktion „Kommunisten Belorußlands – für Demokratie!“ zum ersten Mal in den Kampf um den Posten des Präsidenten der Republik eingriff. Die klare, eindringliche Rede von Lukaschenko gegen Korruption und Willkür jener, die im Lande zusammen mit der Regierung der damals die Macht ausübenden Pseudodemokraten Einzug gehalten hatten, brachte ihm eine außerordentlich starke Unterstützung durch das Volk ein. Im zweiten Wahlgang erhielt Lukaschenko mehr als 80 % der Stimmen.

Wie es heißt, ist in diesen Jahren viel Wasser den Bach hinabgeflossen, aber unverändert bleibt der Kurs, nach dem der zielstrebige Präsident, der sich den Ausfällen des Westens und den Provokationen der inneren Opposition nicht ergeben hat, Belorußland führt.

Dieser Kurs heißt: gegen die der Republik von außen aufgezwungenen ruinierenden „Reformen“, gegen die Ausplünderung des Volkes durch eine Handvoll ausländischer und „hausgemachter“ Gauner. Er zielt auf die Einheit mit Rußland und letztendlich auf die Wiedergründung der großen und mächtigen Union der Brudervölker.

Die bourgeoise Welt hat sich fast einmütig auf das „ungehorsame“ Staatsoberhaupt Belorußlands eingeschossen. Was für Anschuldigungen sind schon auf sein Haupt herabgeprasselt! „Autoritarismus“ wird ihm vorgeworfen und behauptet, er trete „die demokratischen Freiheiten mit Füßen“! Das erklingt aus dem Munde von Leuten, welche offen die unmenschlichsten, blutigsten Diktaturen unterstützen und „verhätscheln“, die dem Westen zu Diensten sind.

Aber trotz allem bleibt die Hauptsache: Auf der Seite von Alexandr Lukaschenko steht die Mehrheit des belorussischen Volkes und die Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Zu seinem 50. Geburtstag erhielt der Jubilar deshalb viele Glückwünsche aus dem In- und Ausland.

Aus „Prawda“, Moskau

Beide Materialien übersetzte Eberhard Bock.

In der Ukraine ist die Präsidentschaftswahlkampagne auf dem Höhepunkt. Auf den Posten des Staatsoberhauptes präbendieren die verschiedensten Leute, darunter auch Kandidaten aus linken Parteien. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine, Alexandr Moros, hat schon 1999 am Kampf um den Posten des Präsidenten teilgenommen und dabei den dritten Platz belegt. Er ließ den jetzigen Präsidenten der Ukraine, Leonid Kutschma, und den Führer der ukrainischen Kommunisten, Pjotr Simonenko, damals vor sich. Moros stellt sich wieder zur Wahl. Aber mit welchem Ziel?

Heute gibt es in der Ukraine ein halbes Dutzend Parteien, die sich „linke“ nennen. Dies sind sowohl die Sozialdemokratische

Fernsehen Alexandr Moros so ins Bild, daß er der Häufigkeit des Erscheinens nach nur von dem Kandidaten der „Partei der Macht“, dem Premierminister Viktor Janukowitsch, überholt wird.

Dabei brandmarkt Moros natürlich unablässig das herrschende Regime und insbesondere Janukowitsch. Aber wozu brauchen dies Medwedtschuk und seine regierenden Kollegen? Die Antwort ist offensichtlich. Die Resultate der vergangenen Präsidentschaftswahl und der Parlamentswahlen haben gezeigt, daß die Popularität von P. Simonenko und der KPU um mehr als zweimal höher ist als die von A. Moros und seiner SPU. Und wenn man die Aufmerksamkeit der Wähler auf Moros richtet und damit von Simonenko

Und was ist nun die KPU (o)? Die Sonne bringt es an den Tag: Die KP der Ukraine (Vereinigte) wird faktisch von der Umgebung eines gewissen Viktor Pintschuk verwaltet. Er ist der Chef des Dnjeprpetrowsker Oligarchenklans und Schwiegersonn des jetzigen Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma. Weiß Alexandr Moros von diesen Flugblättern? Er weiß es nicht nur, er begrüßt sogar eine solche Unterstützung. Er ist auf dem Kongreß und in der Presse der KPU (o) aufgetreten. Seine Sozialistische Partei beabsichtigt nicht, gegen die Kommunisten als Partei zu kämpfen. „Uns interessieren nur die Menschen, die die KPU und Pjotr Simonenko wählen wollen“, erklärte Moros kürzlich in einem Interview mit der „Lwower Zeitung“. Offensichtlich ist er davon überzeugt, daß im Wahlkampf alle Mittel recht sind. Dabei hatte doch Moros erst im Sommer mit Simonenko eine Vereinbarung über faire Wahlen unterzeichnet. Allerdings unterschrieb er ein ähnliches Papier auch mit Justschenko. Um ihn herum scharwenzeln die Nationalisten und die Oligarchen, die die Ergebnisse der Privatisierung zu ihrem Nutzen revidieren möchten. Der USA-Kongreß fördert fast offen die Kandidatur Justschenkos für den Posten des Präsidenten der Ukraine. Nach gewissen Informationen werden auf dem Territorium Polens bereits Abteilungen von „Kämpfern“ für die Destabilisierung der Lage im Falle einer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen vorbereitet. An die Macht drängt ein Räuber, der sogar noch gefährlicher ist als sein Vorgänger Kutschma. Und mit einem solchen Mann hat A. Moros eine Vereinbarung über faire Wahlen abgeschlossen!

Die KP der Ukraine und ihr Führer Pjotr Simonenko haben diesmal eine Chance, den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen zu erringen. Sie besitzen den Willen zum Sieg, die Unterstützung durch breite Wählerschichten, ein solides und begründetes Aktionsprogramm. Es gibt nur ein Übel: Gleichzeitig mit Pjotr Simonenko tritt der Kandidat einer politisch verwandten und durch die Kommunisten geachteten Partei – Alexandr Moros – an. Aber dieses Mal verfolgt er keine solidarischen Absichten, sondern nur ein Ziel: den Sieg des kommunistischen Kandidaten zu verhindern.

R. F., gestützt auf „Prawda“, Moskau

Übersetzt von Eberhard Bock

Ukraine: Welches Spiel betreibt Alexandr Moros?

Partei der Ukraine (Vereinigte), die in Wirklichkeit eine Partei des Großkapitals ist, als auch weitere Parteien, deren Auftrag darin besteht, den wahrhaft linken Kräften Stimmen abzuziehen.

Aber es gibt auch zwei richtige linke Parteien: die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), geleitet von Pjotr Simonenko, und die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) unter Führung von Alexandr Moros. Die Programme dieser beiden Parteien sind sehr ähnlich: Wahl des sozialistischen Weges der Entwicklung, Kampf für die Rechte der Werktätigen, die Forderung, dem Staat das allgemeine Volkseigentum zurückzugeben, Unterstützung von Wissenschaft und Bildung, Kampf gegen Korruption.

Es entsteht die logische Frage: Warum gehen beide Bruderparteien nicht bei den Präsidentschaftswahlen zusammen, warum stellen sie keinen gemeinsamen Kandidaten auf? Die Vereinigung der Anstrengungen von Kommunisten und Sozialisten würde die Chancen auf einen Sieg vergrößern. Vielleicht will A. Moros einfach nicht den Sieg des linken Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine? Dieser Vorwurf ist ernst, aber es gibt auch Gründe, Moros gerade dessen zu verdächtigen.

Ebenso wie in Rußland ist das Fernsehen das Haupttransportmittel der offiziellen Staatspropaganda. Aber es besteht ein Unterschied: Während in Rußland die Telekanäle unmittelbar vom Kreml aus geleitet werden, steuert den nationalen Hauptkanal ein gewisser Viktor Medwedtschuk – der Anführer des oligarchischen Klans von Kiew und Spitzenmann der „Sozialdemokraten“. Auf dem Höhepunkt der Wahlkampagne setzt das

auch nur ein Prozent der Stimmen abzieht, könnte im entscheidenden Handgemenge mit den Kandidaten der Macht und der Oligarchien herauskommen, daß Pjotr Simonenko beim Nachzählen gerade dieses eine Prozent fehlt. Moros kann nach seinen Umfragewerten selbst nicht siegen.

Unlängst erschienen an den Schwarzen Brettern und an den Mauern der Häuser der Städte der Ukraine Flugblätter, in denen die KPU (o) – die Kommunistische Partei der Ukraine (Vereinigte) – dazu aufruft, für Alexandr Moros zu stimmen. Dabei muß man wissen, daß die KPU (o) keinerlei Beziehungen zu Simonenkos kommunistischer Partei der Ukraine unterhält. Aber von der Abkürzung KPU unterscheidet sie nur der kleine Buchstabe „o“ in Klammern, und alles übrige – sowohl rote Farbe als auch Hammer und Sichel – gleicht der Symbolik der tatsächlichen KP aufs Haar. Doch viele kennen den Unterschied nicht. So kann es kommen, daß Wähler, die für Simonenko votieren wollen, annehmen, die KP rufe ja selbst dazu auf, A. Moros zu unterstützen.

Verdiente Genossen besitzen unseren Respekt

Der „RotFuchs“ grüßt

Egon Eismann aus Wernigerode (**1. November**) zum **75.**,

Horst Franzkowiak aus Hoyerswerda (**9. November**) zum **70.**

und die beiden **65jährigen** Berliner Nachwuchsveteranen

Manfred Kurka (**4. November**) und

Dr. Carl-Bernd Uhlmann (**21. November**).

Herzlichen Glückwunsch!

Präsidium des ZK der KPRF zu den Ereignissen in Beslan

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation äußert Zorn und Empörung über die neue Welle des Terrorismus und der Gewalt, die gegen Rußland gerichtet ist. Die russischen Kommunisten trauern zutiefst über den Tod von Menschen, die in keiner Weise schuldig sind, und bringen ihr aufrichtiges Beileid gegenüber Verwandten und Freunden der Getöteten zum Ausdruck. Alle an dem Massenmord Schuldigen – von den Auftraggebern und Initiatoren bis zu den Ausführenden und Helfershelfern dieser blutigen Verbrechen – müssen harter Bestrafung zugeführt werden.

Das ZK der KPRF ist der Meinung, daß es unmöglich ist, den Frieden wiederherzustellen und den Bürgern Ruhe und Sicherheit zu garantieren, ohne die Grundursachen des Geschehens aufzudecken. Die Macht ist nicht daran interessiert und zu einer solchen Analyse auch gar nicht fähig. Davon zeugt der Aufruf Präsident Putins. Die Wurzeln der Tragödie muß man nicht nur im „internationalen Terrorismus“ suchen, der ein bequemer Vorwand ist, die wahren Ursachen der Vorfälle zu bemänteln, sondern vor allem innerhalb unseres Landes.

Der Zerfall der Ökonomie, die angesammelte Last von Problemen sozialer Art, Arbeitslosigkeit, Armut, die Entfesselung der Kriminalität, die Korruption in den Macht- und Rechtsschutzorganen, die endlose und sinnlose Reformiererei der Gewaltstrukturen, die Vernachlässigung der internationalen Probleme, die Schwächung der kulturellen Bande zwischen den Völkern Rußlands, die Fehler, die in Tschetschenien begangen wurden – hier liegen die wahren Ursachen, die die tragischen Ereignisse hervorgebracht haben.

Die jetzige Macht, die all diese Probleme erzeugt hat, ist außerstande, mit ihnen zurechtzukommen und nur darum besorgt, ihren Bestand zu sichern. Das Putin-Regime hat seine Anstrengungen auf den Kampf gegen die Opposition, auf die Unterdrückung der Massenmedien, auf den Aufbau einer harten Vertikale der Macht gerichtet, die sich in dieser Situation jedoch als ohnmächtig erwiesen hat. Die Rechtsschutzorgane sind in

Instrumente zur Ausführung politischer Aufträge der Macht verwandelt worden. Der Willkür der Verbrechen und dem Terror kann nur die unverzügliche Änderung des sozial-ökonomischen und politischen Kurses ein Ende setzen. Notwendig ist, in kürzester Zeit überall die ökonomische Basis des Verbrechens aufzudecken und zu zerschlagen, die Kanäle der finanziellen und personellen Unterstützung der „Kämpfer“ zu verschließen.

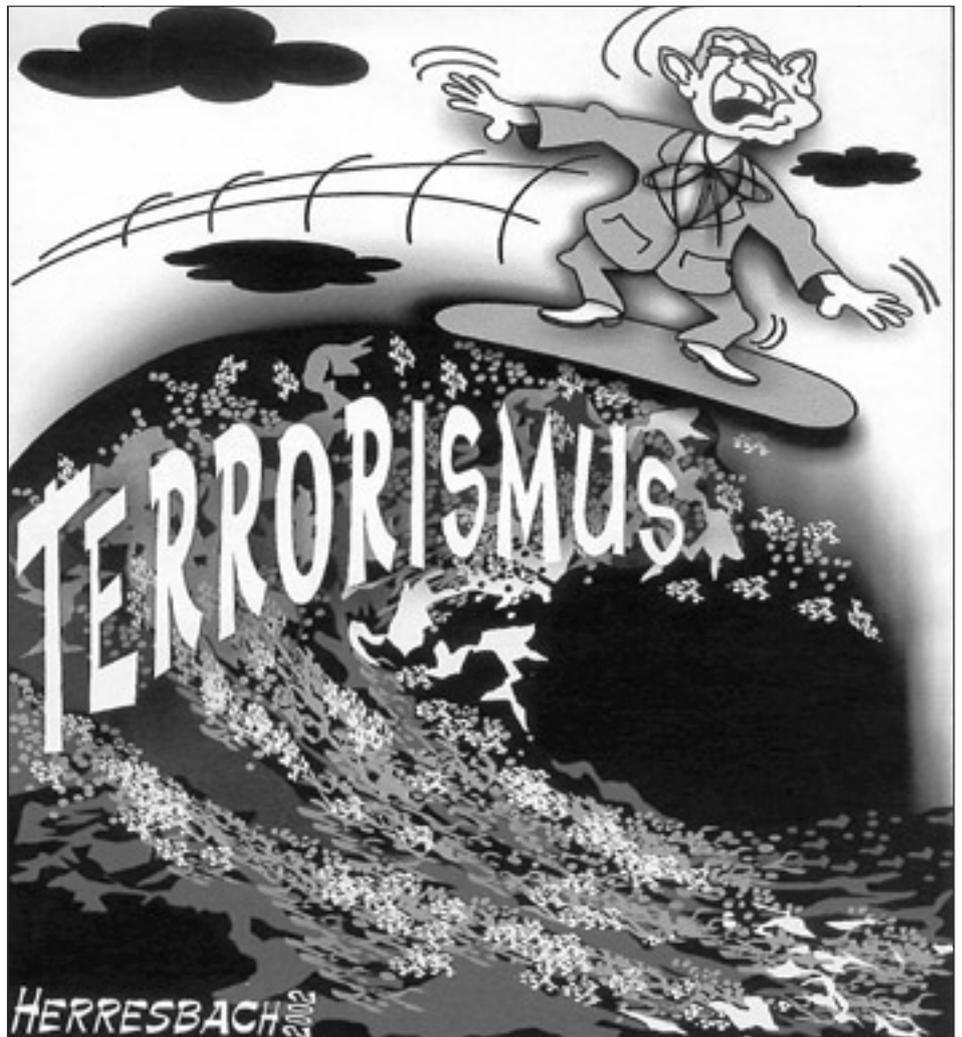
Sogar in diesen tragischen Tagen hat sich Präsident Putin wieder einmal negativ über die Sowjetunion geäußert. Aber gera-

de die Sowjetmacht war es, die wiederholt ihr Vermögen und ihre Fähigkeit bewies, den Frieden auf dem Boden unseres multinationalen Staates zu bewahren und den Schutz seiner Bürger zu gewährleisten.

Wir sind überzeugt, daß die Gesellschaft nach der Serie schrecklicher Tragödien, die sich ereignet haben, endlich das wahre Antlitz der jetzigen Macht erkennen und einen Wechsel der Führung des Landes durchsetzen wird.

Aus „Prawda Rossiji“, 8.–14. 9. 2004

Übersetzung: Eberhard Bock



In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, dank Eurer wärmenden Solidarität hat der „RotFuchs“ schwierige Zeiten überstanden und auch dieses Jahr regelmäßig erscheinen können. Wie Ihr wißt, seid Ihr unser einziges Hinterland. Es gibt sonst niemanden, der uns finanziell stützt. Über diese Unabhängigkeit sind wir froh, aber sie birgt auch Risiken. Wir haben das Solidarprinzip konsequent durchgehalten: Wer von unseren inzwischen 11 000 Lesern dazu in der Lage ist, unterstützt den RF von Zeit zu Zeit mit Spenden. Wer das nicht kann, bleibt dennoch auf unserer Bezieherliste. Diesmal legen wir der Zeitschrift einen Überweisungsschein für alle diejenigen bei, die imstande sind, unserem Fuchs ein kleines Weihnachtsgäschen zu rupfen.

Herzlichen Dank!

Eure Redaktion

AFGHANISTAN:

Wahlfarce am Hindukusch

Wie CIA-Mann Karsai an die Staatsspitze gehievt wurde

Am 9. Oktober fanden in Afghanistan Präsidentschaftswahlen statt. Auf der Petersberger Konferenz im Dezember 2001 war beschlossen worden, im Juni 2004 gleichzeitig Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Dies wurde nochmals im Art. 160 der Verfassung vom 26. 2. 2004 bekräftigt. Somit war die Amtszeit von Interimspräsident Hamid Karsai eigentlich bereits abgelaufen; er regierte mehrere Monate lang ohne Mandat und Legitimation. Statt sein Amt niederzulegen, verschob er zweimal eigenmächtig den Termin. Zunächst sollten die Wahlen in den September verlegt werden, dann in den Oktober. Dieses Taktieren Karsais erinnert an den zweiten islamischen Präsidenten, Burhanudin Rabani, der zu Beginn seiner Regierungszeit 1992/93 einen Krieg unter den Regierungsparteien auslöste, der die Zerstörung Kabuls zur Folge hatte und den Einmarsch der Taleban provozierte. Stunden hinter Karsai nicht die USA, wäre ein erneuter Bürgerkrieg schon längst im Gange. Der Interimspräsident trennte also die Parlaments- von den Präsidentschaftswahlen. Hätte er beide gleichzeitig stattfinden lassen, wäre es kaum möglich gewesen, den Überblick zu bewahren. Eine allumfassende Kontrolle, Beeinflussung oder gar Manipulation der Wahlen wäre wesentlich erschwert worden. Eine Niederlage Karsais war aber für die USA – auch aus Gründen des Wahlkampfes von George W. Bush – nicht hinnehmbar. Daher mußte zunächst Karsai als Präsident gewählt werden, um dann, aus einer Position der Stärke, die Parlamentswahlen durchzuführen.

Der Beschluß zur Verschiebung der Wahlen fiel nicht in Kabul, sondern im Weißen Haus. Als der innerafghanische Druck auf Karsai zunahm, sagte dieser zu, daß die Wahlen wie geplant stattfinden würden. Doch damit hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Er wurde nach Washington einbestellt. Noch in den USA verkündete er, der Wahltermin in Afghanistan müsse aus Sicherheits- und organisatorischen Gründen verschoben werden. Wesentlich für die Verlegung des Datums war auch, daß sich zunächst wenig Wähler in die Listen eingetragen hatten; obwohl den Menschen schon bei ihrer Registrierung für jede Stimme eine Summe zwischen 100 und 110 Dollar geboten wurde, wie man mir während meines Afghanistan-Aufenthaltes im Frühjahr 2004 glaubhaft versicherte. Anfang Juli, also genau einen Monat nach Ablauf des ursprünglichen Wahltermins, war mit etwa 5,2 Millionen erst die Hälfte aller Wahlberechtigten erfaßt.

Im Juni ging man von 10 bzw. etwa 10,4 Millionen Wahlberechtigten aus; die UNO gab deren Zahl mit nur 9,8 Millionen an. Unter den verantwortlichen Wahlgremien entbrannte ein regelrechter Wettkampf um eine möglichst hohe Anzahl registrierter. Eine Personalausweiskontrolle wurde nicht überall durchgeführt, so daß sich nicht nur Afghanen, sondern auch pakistanische Taxi- und Busfahrer problemlos mit Wahlkarten versorgen konnten. Ohne Alterskontrolle wurden ganze Schulklassen in die Wählerlisten eingetragen. Viele Menschen ließen sich gleich mehrfach registrieren. „Der mir bekannte Rekord liegt bei 30 Wahlkarten“, bestätigte Sanjar Sohail, Mitglied des Demokratischen Studentenzentrums in Kabul. Kein Wunder, daß die Zahl der Wahlberechtigten immer weiter nach oben angepaßt werden mußte. Wohlhabende Warlords kauften massiv Karten auf, wofür sie pro Stück zwischen 50 und 100 Dollar zahlten.

Auch über die Zahl der Kandidaten für das Präsidentenamt gab es die unterschiedlichsten Angaben. Sie schwankten zwischen 18 und 23. Nach UNO-Angaben sollten bis Mitte August Frauen knapp 42 % der 9,9 Millionen ausgestellten Wählerausweise erhalten haben. Beachtlich, daß überhaupt eine Frau für das Präsidentenamt zu kandidieren wagte. Monika Hauser, Geschäftsführerin der Frauenhilfsorganisation Medica Mondiale, stellte nämlich nüchtern fest: „Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß für die meisten Frauen ganz Afghanistan ein großes Gefängnis ist.“ Aber die Eintragung in die Wählerlisten bedeutete noch keine Stimmabgabe, insbesondere bei den Frauen. Es ist nicht auszuschließen, daß viele von ihnen am Wahltag durch ihre Männer daran gehindert worden sind.

Auch in Afghanistan geht es in der Politik nicht ohne Kungelei ab. Schon am 23. Mai hatte sich Karsai mit den hundert mächtigsten Miliz- und Modjahedinführern getroffen. Unter ihnen befanden sich Mohammad Ismael Chan aus Herat, die Ultra-Islamisten Abdul Rasul Sayaf und Burhanudin Rabani, Verteidigungsminister Marschall Mohammad Qasim Fahim, General Abdul Raschid Dostum und dessen Rivale Milizführer Atta Mohammad aus dem Norden des Landes. Dieses Treffen gab dem Verdacht weitere Nahrung, daß der USA-Strohmann Karsai eher mit den Warlords die Macht teilt, als an Reformkurs, Recht und Gesetz zu denken. Diese Koalition stimmt insofern mit Washingtons regionaler Strategie überein, als eine Allianz aus Karsai, Warlords

und Modjahedinführern die Amerikaner in Irak entlasten würde. „Hamid Karzai muß seine Herrschaft mit vielen teilen, um an der Macht zu bleiben, mit Zalmay Khalilzad, dem amerikanischen Botschafter in Kabul, mit Verteidigungsminister Mohammad Fahim, mit Finanzminister Aschraf Ghani, mit den Königstreuen und selbst mit einem Teil der Taleban. Was bleibt ihm am Ende? Nichts als ein bloßer Titel!“, schrieb „Pyame Mudjahed“ (Die Botschaft des Modjahed).

Als CIA-Mann ist Karsai mit allen Wassern gewaschen und kennt keine Skrupel. Auch auf der Suche nach „guten Taleban“ und „guten Kommunisten“ ist er erfolgreich gewesen. Der ehemalige Minister für Erziehung der Demokratischen Republik Afghanistan, Abdul Raschid Jalili, rief seine Anhänger vor der Wahl auf, für Karsai zu stimmen. Zugleich hatte dieser 700 Kämpfer und den Religionsminister der Taleban aus der Haft entlassen. Damit verbesserten sich seine Aussichten, schon im ersten Wahlgang die nötige absolute Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die internationale Gemeinschaft nicht die Absicht hatte, Wahlbeobachter nach Afghanistan zu entsenden. Die ganze Wahlprozedur soll übrigens 130 Millionen Dollar gekostet haben. Berlin war daran mit 5,1 Millionen Euro beteiligt. Wie viele Schulen hätte man mit diesem Geld wohl bauen können?

Die Probleme Afghanistans sind mit der Wahlfarce nicht gelöst. Die Warlords, zugleich Heroinbarone und allesamt Verbündete der USA, die die von Karsai geführte Zentralregierung an den Rand drängen, bleiben mächtig wie eh und je. Der Opiumertrag soll in diesem Jahr 3600 Tonnen erreicht haben, das entspricht 75% des weltweiten Heroinverbrauchs. Davon profitieren beachtliche Teile der hochrangigen Funktionäre des afghanischen Staatsapparats. Selbst der Kabuler Finanzminister Aschraf Ghani sprach von einem „Drogenmafia-Staat“. Aber auch die Taleban und Al Qaeda finanzieren sich durch Drogenhandel, da sie etwa 35% des Landes im Süden und Osten, wo im großen Stil Mohnanbau betrieben wird, kontrollieren.

„Noch ist Afghanistan von einer Demokratie weit entfernt“, lautet das Urteil der FAZ. Das entspricht den von mir vor Ort gesammelten Erfahrungen. Und der Weg zu einer „Normalisierung“ wird immer länger.

Dr. Matin Baraki

Seit Beginn der Okkupation Iraks reißen die den Amerikanern versetzten Schläge nicht ab. Allein im August waren 2600 Angriffe des irakischen Widerstandes gegen sie gerichtet. Andrew Terrill, Professor am Army War College und Spezialist für Irak-Fragen, erklärte: „Ich sehe keinerlei Licht am Horizont. Ich glaube nicht, daß man den Aufstand niederschlagen kann. Wir beobachten immerzu größere und stärker koordinierte militärische Attacken gegen uns. Die Erhebung hat die Fähigkeit gezeigt, sich zu regenerieren und jene zu ersetzen, die getötet worden sind. Das politische Klima in bezug auf die amerikanische Anwesenheit wird ständig feindseliger.“ Prof. Jeffrey Record vom Air War College der US-Luftwaffe gab zu: „Ich sehe keinen Ausweg. Wir haben das ja schon vorher gewußt. Man könnte den Vorgang auch als Vietnamisierung bezeichnen.“ Hören wir noch die Meinung des US-Generals Odom: „Diese Region ist viel schwerer zu kontrollieren als Vietnam, und wir haben überdies große Schwierigkeiten mit unseren traditionellen Verbündeten.“

Für die Zeit unmittelbar nach den USA-Präsidentenwahlen kündigte General Hoare eine extrem gewalttätige Offensive gegen Aufstandszentren der Widerstandsbewegung, vor allem Falludja, an. Seit April 2003 wurden mehr als 12 000 irakische Zivilisten getötet, überwiegend durch die Okkupanten.

Um die Resistance-Kämpfer zu diskreditieren, behauptet die Presse der imperialistischen Länder, die für ihre Geiselnahmen berühmte Gruppe des Bin-Laden-Adjutanten Al-Tawhid d' Al-Zarqaoui stehe hinter den meisten Aktionen gegen die Amerikaner. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Operationen dieser Gruppe sind eher Randerscheinungen, erhalten aber in den amerikanischen Medien eine überdimensionierte Publizität. Das Ziel ist klar. Man will den antikolonialen Charakter des irakischen Befreiungskrieges verschleiern. In Wirklichkeit sind die extremistischen Terroristen und Fanatiker weitgehend isoliert. Der Nahostspezialist Alain Lallemand vom Pariser „Le Soir“ stellte fest: „Obwohl Al-Tawhid einige der dramatischsten Seiten in der jüngsten Geschichte Iraks geschrieben hat, ist er für den Aufstand nicht repräsentativ.“ Er sei innerhalb der Resistance, deren Sprecher die Enthauptungen ausdrücklich verurteilt habe, keine Hauptfigur.

Am 2. September veröffentlichte der irakische Widerstand sein Programm. Khair-el-Din Haseeb, Generaldirektor des Zentrums für Studien der arabischen Einheit in Beirut, stellte es in seiner Zeitung „Al-Arabia“ vor. Das Dokument weist jegliche ethnische und religiöse Spaltung der Iraker zurück. Unter Punkt 1 wird die „totale Verurteilung der Okkupation und aller Organisationen, die – wie die interimistische Regierung – von

Wer mit den Okkupanten zusammenarbeitet, ist ein Kollaborateur

Programm des irakischen Widerstandes

den Okkupanten geschaffen worden sind“, proklamiert. Punkt 2 befaßt sich mit dem Widerstand an allen Fronten: „... der Front des bewaffneten Kampfes wie der Front der Manifestationen und Handlungen des zivilen Ungehorsams und der Front des Boykotts von durch die Okku-

panten geschaffenen Institutionen“. Jede Zusammenarbeit mit den Besatzern wird für strafbar erklärt.

Man muß wissen, daß es gegenwärtig bereits mehr als 50 000 von den Amerikanern angeheuerte Söldner gibt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß von ihnen die Attentate gegen Moscheen und Märkte in Szene gesetzt werden, um den nationalen Widerstand in Verruf zu bringen.

Punkt 3 des Programms regelt „die Rückgewinnung der Souveränität Iraks, die Wiederaufstellung einer traditionellen Armee und die Re-Nationalisierung der privatisierten oder ans Ausland verkauften Industrien“. Der 4. Punkt sieht die Installierung einer Regierung der irakischen nationalen Einheit vor, die innerhalb von zwei Jahren Parlamentswahlen abhalten soll. Abgeordnete können alle Iraker, ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten, werden, wenn sie eine Bedingung erfüllen: Sie dürfen nicht mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben. Das Programm gipfelt in der Ankündigung einer neuen Verfassung und dem Bekenntnis zur Einheit des Landes als Teil der arabischen Welt.

Bagdad-Ballade

GI
dein Vater tötete in Vietnam
Frauen
und Kinder
Du
wolltest nicht ohne Arbeit sein
wurdtest marine
hast im Schlamm
deinen Willen brechen lassen
deine Menschenwürde verloren
Jetzt
tötest du
in fremden Ländern
Frauen und Kinder
deinen letzten Funken
Menschlichkeit

Hans-Dieter Hesse

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Bagdader Idylle

Aus „Solidaire“, Brüssel

Die Sache klingt wie ein Witz, sie ist aber sehr ernst. Die Regierung von Israel erkennt die israelische Nation nicht an. So etwas gebe es nicht. Könnte es für die Regierung Frankreichs möglich sein, die Existenz der französischen Nation zu leugnen? Oder für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die amerikanische Nation in Abrede zu stellen?

Jede Person in Israel ist im Einwohnerverzeichnis des Innenministeriums registriert. Das Verzeichnis schließt den Punkt „Nation“ ein. Er erscheint auch auf der Identitätskarte, die jeder immer bei sich tragen muß. Wer das nicht tut,

Um sich mit einer derart tiefeschürfenden Frage zu befassen – so sagten die Richter des Zivilsenats, der sich gewöhnlich mit Verwaltungsangelegenheiten beschäftigt – seien sie nicht genügend gerüstet. Er riet den Antragstellern, zum Distriktsgericht zu gehen, wo eine ausführliche Diskussion möglich wäre und Experten gehört werden könnten. Die Recht Begehrenden nahmen den Rat an. Und so wurde die Debatte zu einem anderen juristischen Forum umgeleitet, das sich mit vielen Anhörungen wird abgeben müssen.

Warum weigert sich die Regierung, die israelische Nation anzuerkennen? Nach

Gemeinschaft wurde einfach als Nation definiert, und so kam eine Nation zustande, die gleichzeitig eine Religion war. Das war natürlich eine Fiktion, aber eine notwendige: Der Zionismus beanspruchte Palästina für die jüdische „Nation“. Um einen nationalen Kampf zu führen, mußte es eine Nation geben.

Zwei Generationen später jedoch wurde die Fiktion Realität. In Palästina entwickelte sich eine reale Nation mit nationaler Wirklichkeit und nationaler Kultur. Es war klar, daß die Mitglieder dieser Nation Juden waren, aber Juden, die in vielen Hinsichten anders als Juden in der Welt waren. Jeder Israeli, der im Ausland nach seiner nationalen Zugehörigkeit gefragt wird, antwortet automatisch: „Ich bin Israeli“. Es kommt ihm gar nicht in den Sinn zu sagen: „Ich bin Jude“, es sei denn, er wird nach seiner Religion gefragt.

Es gibt keinen Widerspruch zwischen Israeli-sein und Jude-sein. Ein moderner Mensch besteht aus verschiedenen „Schichten“, die einander nicht ausschließen. Eine Person kann dem Geschlecht nach männlich sein, der Vorliebe nach Vegetarier, der Religion nach Jude und ein Israeli nach seiner Nation. In vielen Sprachen bedeutet Nationalität Staatsangehörigkeit. Jeder US-Bürger hat die amerikanische Staatsangehörigkeit, ob er schottischen, mexikanischen, afrikanischen oder jüdischen Ursprungs ist. Der Religion nach kann ein US-Amerikaner katholisch, jüdisch, buddhistisch oder evangelisch sein. Das hat keinen Einfluß auf seine Zugehörigkeit zu einer Nation, die ein politisches Kollektiv ist. Auch europäische Nationen gleichen sich langsam diesen Normen an. Nur Faschisten verlangen eine totale Übereinstimmung von Rasse, Nation und Sprache.

Warum ist das so wichtig? Die Zugehörigkeit zu einer Nation ist Sache der eigenen persönlichen Entscheidung. Hunderttausende Russen, die – als nahe Verwandte von Juden – legal nach Israel kamen, in der israelischen Armee gedient haben und israelische Steuern zahlen, falls sie zur israelischen Nation gehören wollen, zählen tatsächlich dazu. Arabische Bürger, die sich zur israelischen Nation rechnen möchten, sind in der Tat Israelis – ohne daß sie ihre palästinensische Identität und ihre muslimische, christliche oder drusische Religion aufgeben.

Für viele Leute ist es schwierig, sich von den zionistischen Mythen, mit denen sie aufgewachsen sind, loszusagen. Sie versuchen, jeder Diskussion darüber auszuweichen, und auch die Medien sprechen nicht darüber. Unsere Petition an das Gericht zielt darauf ab, eine solche Debatte anzustoßen.

Vor mehr als zweitausend Jahren befand sich der Prophet Jona auf einem Schiff, das im Sturm unterzugehen drohte. Die verängstigten Matrosen suchten nach dem Schuldigen und fragten ihn: „... Aus welchem Lande und von welchem Volke bist du?“ Jona erwiderte: „Ich bin ein Hebräer!“ Heute sagen wir, so gefragt: „Wir sind Israelis!“

Uri Avnery

Israel:

Eine Nation? Was für eine Nation?

riskiert strafrechtliche Verfolgung. Das Innenministerium hat eine Liste von 140 anerkannten Nationen, die der Beamte registrieren kann. Es handelt sich dabei nicht nur um wohlbekannte Nationen (wie „russisch“, „deutsch“, „französisch“ usw.) sondern auch um „christlich“, „muslimisch“, „drusisch“ und andere. Die „Nation“ des arabischen Bürgers in Israel kann z. B. „arabisch“, „christlich“, „katholisch“ – aber nicht „palästinensisch“ – sein. Das Innenministerium hat noch nichts von der Existenz einer solchen Nation gehört. Die meisten israelischen Einwohner tragen eine Identitätskarte bei sich, auf der natürlich unter Nation „jüdisch“ steht. Dies wurde nun zum Thema einer Debatte.

Eine Gruppe von 38 Israelis hat darum gebeten, die Eintragung „jüdisch“ zu streichen und durch „israelisch“ zu ersetzen. Das Innenministerium weigerte sich und behauptete, daß eine solche Nation nicht auf seiner Liste erscheine. Diese Gruppe hat beim Obersten Zivilgericht einen Antrag gestellt und darum gebeten, das Innenministerium zu informieren, man möge sie, da sie sich zur „israelischen“ Nation gehörig fühle, auch als solche registrieren. Jetzt kam dieser Fall vor Gericht.

Zu den 38 gehören die berühmtesten Professoren Israels (Historiker, Philosophen, Soziologen und andere) sowie bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Auch ich zähle dazu. Die Initiatoren stammen keineswegs nur aus einem politischen Lager – unter ihnen sind Linke und Rechte. Das Oberste Gericht behandelte den Fall wie eine heiße Kartoffel.

ihrer offiziellen Doktrin gibt es eine „jüdische“ Nation, und der Staat gehört ihr. Nach allem ist es doch ein „jüdischer“ Staat oder mit den Worten eines der Gesetze: „Es ist der Staat des jüdischen Volkes.“ Nach derselben Doktrin ist es auch ein demokratischer Staat, und alle seine Bürger werden als gleichberechtigt angesehen, ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit. Aber grundsätzlich ist der Staat „jüdisch“. Nach dieser Doktrin ist das Judentum beides: eine Nation und eine Religion. In den ersten Jahren Israels war es üblich, wenn jemand – auf Treu und Glauben – erklärte, er oder sie seien jüdisch, dann wurde der oder die Befragte registriert. Aber als das religiöse Lager mehr Macht erhielt, wurde das Gesetz geändert: Nun wurde eine Person nur dann registriert, wenn sie eine jüdische Mutter hatte oder zum jüdischen Glauben konvertiert war und keine andere Religion besaß. Dies ist natürlich eine rein religiöse Definition. (Nach dem jüdisch-religiösen Gesetz ist eine Person jüdisch, wenn die Mutter jüdisch ist – der Vater ist hier irrelevant.)

Die Ursprünge dieses Durcheinanders gehen bis in die Anfänge der zionistischen Bewegung zurück. Bis dahin waren Juden in aller Welt eine religiös-ethnische Gemeinschaft. Aber als sich in Europa die modernen Nationalbewegungen entwickelten und es so aussah, daß die Juden in ihnen keinen Platz hätten, entschieden die „Väter“ der zionistischen Bewegung, daß sich die Juden als unabhängige Nation konstituieren und einen eigenen Staat gründen sollten. Die religiös-ethnische

Wir dokumentieren auf dieser Seite einen Briefwechsel zwischen „Rot-Fuchs“-Leser Horst Mette aus Palingen in Mecklenburg-Vorpommern und den Beeskower „Betreuern“ der durch die Annexion der DDR an die Bundesrepublik gefallenen Beutekunst. Die Korrespondenz ist aussagekräftig genug und bedarf keines redaktionellen Kommentars.

**23 000 zusammengeraffte
Objekte lagern auf einem
Ex-Getreidespeicher in
Seelow**



Beutekunst aus der DDR

HORST METTE
Hauptstr. 19
23923 Palingen

Palingen, 30.08.2004

An die Betreuer der
Sammlung „Kunst der DDR“ in der
Burg Beeskow
Frankfurter Str. 23
15848 Beeskow

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ostseezeitung vom 19. August entnehme ich, daß in Beeskow („in einem ehemaligen Getreidespeicher“) eine umfangreiche Sammlung von Büsten der Klassiker des Kommunismus (Marx, Engels, Lenin) und anderer Persönlichkeiten – mit zahlreichen Duplikaten – zusammengetragen worden ist.

Ihnen ist sicher nicht entgangen, daß nach einer Umfrage hier in Ostdeutschland Karl Marx als der bedeutendste Deutsche gilt.

Das ist auch meine Überzeugung, und ich suche seit längerem nach einer Möglichkeit, eine Büste von Karl Marx zu erwerben – bisher ohne Erfolg.

Ich bitte Sie um Auskunft, ob die Möglichkeit besteht, Sie aufzusuchen und ein oder zwei der bei Ihnen gelagerten zahlreichen Duplikate zu erwerben.

Ich hoffe auf eine positive Antwort und verbleibe mit freundlichen Grüßen

gez. Horst Mette

KUNSTARCHIV BEESKOW
ARCHIVIERTE SAMMLUNG VON DDR-KUNST

Frankfurter Straße 23, 15848 Beeskow, Tel. (03366) 3527 13, Fax (03366) 3527 24
kunstarchiv.beeskow@l-os.de

Herrn
Horst Mette
Hauptstraße 19, 23923 Palingen

Erwerb einer Büste von Karl Marx

Sehr geehrter Herr Mette,

das Kunstarchiv Beeskow betreut im Auftrag der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Kunstwerke, die von Betrieben, Massenorganisationen und Parteien der DDR angekauft bzw. in Auftrag gegeben wurden.

Diese Kunstgegenstände sind Eigentum der genannten Bundesländer und werden durch das Kunstarchiv Beeskow treuhänderisch verwaltet.

Unter den ca. 23 000 Kunstobjekten befinden sich u. a. auch Büsten von Karl Marx. Dabei handelt es sich jedoch immer um Unikate.

Duplikate liegen fast ausschließlich im Bereich des Graphikbestandes vor.

Ein Verkauf von Kunstgegenständen aus dem Fundus des Kunstarchivs erfolgt generell nicht. Somit ist es mir leider nicht möglich, Ihren Wunsch, eine Büste von Karl Marx käuflich zu erwerben, zu erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Marina Aurich
Leiterin Kunstarchiv

Steinerne Zeugen der Geschichte

In Berlin verdingte sich ein Denkmal in Zeiten von Popcorn und Coca-Cola sogar als Kinostar. In „Good bye, Lenin!“ flog Lenin durch die Luft und lockte Millionen Menschen vor die Leinwände. Das Original liegt verscharrt in einer Kiesgrube in Köpenick. Umschlossen von einem Betonsarkophag, als wäre ein Lenin aus Stein so gefährlich wie ein geborstener Atommeiler. Am Platz der Vereinten Nationen, wo das 17 Meter hohe Lenin-Monument einst stand, sprudelt jetzt ein tristes Wasserspiel.

Ein paar Kilometer weiter, in Beeskow, fanden ausrangierte Helden von einst Asyl in einem ehemaligen Getreidespeicher. In einer Ecke steht Lenin. Er hebt die Faust Richtung Wand, zu seinen Füßen liegt Wilhelm Pieck. Wofür hebt man sie eigentlich noch auf?

Der letzte Kulturminister der DDR, Herbert Schirmer, hat hier Tausende Objekte aus Parteibüros, FDGB-Ferienheimen und Kulturhäusern der DDR zusammengetragen. Unter den Stromverteilungskästen im Keller steht eine unsortierte Reihe kommunistischer Staatschefs, wie Grabbeigaben für eine aufgebahrte Republik. Viele davon kennen die Leute heute nicht mehr. Eine ABM-Kraft sagt: „Die mit Bart sind einfach, das sind meist Marx oder Lenin.“

(Aus „Ostseezeitung“, 19. 8. 2004)

Die Dichterin und Übersetzerin Klara Blum wurde am 27. November 1904 geboren. Ihr 100. Geburtstag veranlaßt uns, an die ungewöhnliche Tragik der jüdisch-chinesischen Schriftstellerin zu erinnern. Klara Blum – im rumänisch-österreichischen Czernowitzer geboren – floh später mit ihrer Mutter vor dem despotischen Vater nach Wien, wo sie das Abitur ablegte. Bei dem ehemaligen Freud-Schüler Alfred Adler studierte sie Individualpsychologie. Zunächst war sie Anhängerin der österreichischen Sozialdemokratie, trat aus dieser aus und sympathisierte mit den Kommunisten. Ihre ersten Gedichte wurden in jüdischen Zeitschriften publiziert. Bei einem Literaturwettbewerb prämiert, folgte sie 1934 einer Einladung in die Sowjetunion. Als Auszeichnung durfte

Diese habe zurückgezogen gelebt und behauptet, „einen chinesischen Freund zu haben, aber keiner kannte ihn, keiner hatte ihn je gesehen. Sie erfand Gedichte von ihm, von denen sie versicherte, sie übersetzt zu haben.“

Seit 1952 führte Klara Blum den chinesischen Namen. Sie lehrte als Germanistikprofessorin an der Sun-Yatsen-Universität in Kanton. Die Autorin publizierte im Greifenverlag zu Rudolstadt, unter anderem drei Texte in dessen Almanach 1959. Sie bekannte, 1947 in Paris von Friedrich Wolf die Adresse des Verlages erhalten zu haben. „Ich schickte Nachdichtungen aus der Negerliteratur“, schrieb die Blum 1959. Die Briefe aus Rudolstadt „haben mich ermutigt, ein neues Werk zu schreiben, ‚Das Lied von Hongkong‘, fünf

dem Bändchen 24 der Lyrik-Reihe „Antwortet uns!“ Kostproben Blumscher Lyrik vor. Mitte der fünfziger Jahre lernte der Schriftsteller Harry Thürk Klara Blum in China kennen. Sie war für ihn „eine geistig mit dem Bürgertum, aus dem sie ja auch kam, eng verbundene Linke. Ihr Linkssein war echt. Ihre Tragödie bestand darin, daß sie in ihrem deutschen Sprachgebiet trotz einiger späterer Veröffentlichungen nie einen Leserkreis fand. Dort, wo sie hin emigrierte, hatte sie auch keinen. Sie hing also – als ich sie traf – zwischen allen Stühlen“, schrieb Thürk. Ferner bemerkte er, daß ihr Deutsch „die Spuren einer jahrzehntelangen Entfremdung, einer Nichtbenutzung aufwies“. Die Blum habe damals die Mao-Ballade „Ashnia“ ins Deutsche übertragen. Ein Kollege meinte, die Übersetzung klinge etwa so, als habe man den georgischen „Recken im Tigerfell“ von der „Trotzköpfchen“-Autorin ins Deutsche übertragen lassen. Thürk konstatiert in dem Brief (1989), Ausländer hätten sich in China in jeder Weise anpassen müssen, auch wenn sie die chinesische Staatsbürgerschaft besäßen. Thürk bündelte seine Ansichten über Klara Blum: „Ich halte sie für eine jener Gestalten in der deutschsprachigen Literatur, deren möglicherweise vorhandenes Talent sich durch historisch bedingte Gründe nie so recht entfalten konnte. Den Roman ‚Der Hirte und die Weberin‘ betrachte ich als ihr aussagekräftigstes und zugleich künstlerisch bedeutendstes Werk. Dafür allein verdiente sie schon, als Schriftstellerin der deutschen Sprache bezeichnet zu werden“. 1991 schrieb der Publizist Frank Quilitzsch, der 1989/90 als Lektor an der Nanking-Universität in China war, in der „Thüringischen Landeszeitung“ über die „Tragik der jüdisch-chinesischen Schriftstellerin Klara Blum“. Er verwies darauf, daß sich diese in China auffällig angepaßt habe. Sie übersetzte Mao Zedongs Gedichte, verfocht glühend seine Lehren und setzte sich zunächst für die „Kulturrevolution“ ein. Sie habe spartanisch gelebt, aus ihrem letzten Jahrzehnt sei wenig bekannt.

Klara Blum starb nach längerem Leiden am 4. Mai 1971 in China. Für ihr 1961 beendetes Romanmanuskript „Schicksalsüberwinder“, in dem sie ihren „ausländischen Lesern die großartigen und liebenswerten Schicksalsüberwinder des neuen China vor Augen“ führen wollte, fand sie keinen Verlag. Die in Klagenfurt tätige Wissenschaftlerin Zhidong Yang veröffentlichte 1996 „Klara Blum – Zhu Bailan (1904–1971)“ in einem Frankfurter Verlag. Die Autorin teilte mit, daß sie bei ihrer Suche nach Spuren der Dichterin auf dem Speicher der Sun-Yat-Sen-Universität einen Koffer mit Manuskripten, Briefen und Fotos entdeckt habe. Sie beklagte, daß man ihr diesen anderntags vorenthalten habe. Das Material sei nicht mehr zugänglich gewesen. Dennoch konnte die Wissenschaftlerin das konfliktreiche Leben der Schriftstellerin Klara Blum auf beachtliche Weise erhellen.

Dieter Fechner

Eng mit China verbunden: Zum 100. Geburtstag Klara Blums (Zhu Bailan)

sie sich zwei Monate dort aufhalten. In Moskau war sie ständige Mitarbeiterin der Zeitschriften „Das Wort“ und „Internationale Literatur“. Klara Blum bestritt ihren Lebensunterhalt als Lehrerin, Übersetzerin und Mitarbeiterin der Bibliothek. In der UdSSR erschienen ihre fünf Gedichtbände in deutscher Sprache. Der ungarische Literaturhistoriker und Philosoph Georg Lukacs unterstützte ihre Aufnahme in den sowjetischen Schriftstellerverband und lobte sie als „eine der allerbegabtesten Schriftstellerinnen in der jungen Generation der deutschen antifaschistischen Literatur“. Johannes R. Becher sprach von einem „echten poetischen Talent“. Klara Blum verbrachte, sie habe ein knappes Jahr mit dem chinesischen Theaterregisseur und Journalisten Zhu Xiang-cheng gelebt, der am 18. April 1938 spurlos verschwand. Ihre beharrlichen Nachforschungen brachten nichts an den Tag. Im Schriftstellerverband wurde ihr plötzlich „Disziplinlosigkeit und Hysterie“ vorgeworfen. 1947 fuhr sie nach China, hoffend, hier etwas über den Lebensgefährten zu erfahren. Er war am 17. Januar 1943 in einem sibirischen Lager verstorben.

Von den Moskauer Zeitzeugen der Blum schreibt der österreichische Schriftsteller Hugo Huppert in seinem Memoirenband „Schach dem Doppelgänger“ (1979) über die „Bukowiner Poetesse Klara Blum“. Er sei in ihrer schweren Zeit der einzige Kollege gewesen, „der die Unglückliche ernst nahm, sich ihrer annahm und sie schließlich bewog, als Propagandistin und Übersetzerin in den Dienst der Sowjetarmee einzutreten“. Er habe versucht, sie abzuhalten, dem verlorenen Freund nach China nachzureisen. Die Schriftstellerin Hedda Zinner schreibt in ihrem Erinnerungsbuch „Selbstbefragung“ (1989) über jene dreißiger Jahre in Moskau. Sie habe Klara Blum als Lyrikerin sehr geschätzt.

Novellen aus Chinas jüngster Geschichte und Gegenwart“. Das Buch rezensierte Mira Lask im „Sonntag“ (5/1960). „Die Europäerin Klara Blum ist völlig im chinesischen Leben aufgegangen“, bemerkte sie. Als echte Humanistin habe sie sich „ganz auf die Seite des Volkes gestellt“. Das Buch sei „ein wertvolles Kunstwerk, ein Hohelied des proletarischen Humanismus“. 1951 wurde in dem Rudolstädter Verlag Klara Blums Roman „Der Hirte und die Weberin“ gedruckt, der an eine chinesische Saga angelehnt war. Man zog ihn zurück, da die Moskauer Emigration zu negativ gestaltet sei. Nachdem Wilhelm Pieck interveniert hatte, gelangte eine Auflage wieder in den Handel.

Die Literaturkritik schwieg das Buch tot. Willi Bredel und Friedrich Wolf waren nicht geneigt, sich öffentlich zu äußern, obwohl sie vom Verlagsleiter angeschrieben worden waren. Erst als sich Lion Feuchtwanger Jahre später in zwei Briefen lobend über den Roman der Blum äußerte, erfolgte eine gewisse Rehabilitierung. Der Verlag Volk und Welt Berlin stellte 1961 in

Die Regionalgruppe Dresden

lädt für den **13. November 2004 um 10.00 Uhr** zu einer Veranstaltung in die Drogenmühle Heidenau ein.

Prof. Dr. Werner Rob spricht über das Thema:

Zum revolutionären Erbe der DDR

Ein Fernsehfilm aus dem Jahre 1973: „Rotfuchs“

Eva Kolinauke heißt die junge Frau, 28 Jahre, hübsch und temperamentvoll, freundlich und zuverlässig. Eva sagen einfach viele zu ihr. „Rotfuchs“ nennen sie manche, vor allem die Männer; denn sie hat herrlich echtes rotes Haar. Peter Abraham, der Autor dieser Eva, charakterisiert sie noch so: „In ihrem Dorf an der Havel hat sie die wichtige Aufgabe, Briefe, Zeitungen und Geldsendungen an die richtigen Empfänger zu leiten. Nebenbei schlachtet sie bei Leuten mal ein Kaninchen, gibt Rezepte in der Kreisapotheke ab und kennt alle Neuigkeiten der näheren Umgebung. Manchmal tauscht sie die Postmütze gegen die weiße Mütze eines Schleusenmeisters aus, der ihr Vater ist, und sorgt dafür, daß die Binnenschiffahrt nicht zum Erliegen kommt. Sie hat einen Sohn, der schon zur Schule geht. Die Männer behaupten, bei ihr wäre irgendwie Pfeffer dahinter. Aber Eva hat keinen Mann. Es mangelt nicht an Bewerbern, aber die glauben, mit Eva ein leichtes Spiel zu haben, ohne sich binden zu müssen. Es gibt auch einen, der es ernst meint. Aber jeden nimmt sie nun mal nicht. Und mit dem einen, den sie unbedingt will, gibt es Probleme. Wieder steht also eine Eva im Mittelpunkt eines Fernsehfilms.“

Manfred Mosblech, der Regisseur des Films, sagt zum Grundanliegen: „Wir behandeln das vielschichtige Problem des Rechtes auf Selbstverwirklichung der Frau, das auch verbunden ist mit Pflichten an sich selbst. Wir zeigen eine junge Frau, die versucht, alles zu erleben, was das Leben bietet, und den starken Willen hat, mit dem Leben fertig zu werden – und sich zu der Konsequenz durchringt, alles ganz zu machen. Eva ist ein Mensch, dem die anderen sehr wichtig sind, der sich verantwortlich fühlt für seinen Nächsten und Anspruch erhebt auf das eigene Glück. Und für einen solchen Menschen, der aktiv ist, der mitten im Leben, in unserem Leben, steht, gibt es bei der Lösung seiner Probleme immer eine Alternative. Solange er sich selbst nicht aufgibt, ist ihm auch die Möglichkeit gegeben, glücklich zu sein. Das ist vielleicht die wichtigste Aussage unserer kleinen Alltagsgeschichte.“

Beide, Peter Abraham und Manfred Mosblech, engagieren sich stark für Gegenwartsthemen, interessieren sich für Stoffe, die aus dem realen Leben in der DDR berichten, für Geschichten über Menschen, die in diesem Lande leben, für Menschen, die ihr eigenes Gesicht, ihren unverwechselbaren Charakter haben und deren individuelle Probleme und Schicksale oft von der Landschaft beeinflusst werden, in der sie leben. Das wird auch bei „Rotfuchs“ deutlich. Die Havellandschaft mit ihrem eigenen Reiz, die Beziehungen der Menschen zu ihr, spielen eine große Rolle. Beide, Autor und Regisseur, schätzen die Kollektivarbeit sehr – das ist ihr Arbeitsprinzip, von der ersten Überlegung für einen Film bis zum letzten Handgriff. Als sie gemeinsam den Fernsehfilm „Standesamt – Eintritt frei“ beendet hatten, waren sie sich einig: Wir bleiben zusammen. Und gemeinsam fanden sie bei einem Zuschauerforum zu diesem Film die Idee

für ihre nächste Arbeit, für „Rotfuchs“. Und beide treten dafür ein, eine realistische, wirklichkeitsgetreue Geschichte auch filmisch real einzufangen, d. h., sie verzichten auf Modernismen, geben keine Bilderrätsel auf. Die Kameraführung von Günter Eisinger bemüht sich, den Inhalt so wiederzugeben, wie er ist, d. h., die Kamera schaut den Menschen ins Gesicht, beobachtet sie in ihrer natürlichen Umwelt, zeigt, wie sie leben, sich bewegen. Und das nicht ohne Humor.

Angelika Waller spielt den „Rotfuchs“, Jürgen Zartmann den Binnenschiffer Jon, jenen Mann, den Eva liebt. Weiter sind u. a. Norbert Christian, Ruth Kommerell, Karin Schröder, Günter Naumann dabei. Alle waren mit großer Freude bei der Sache. Es ist zu hoffen, daß diese poetische Geschichte vom „Rotfuchs“, daß dieser Fernsehfilm den Zuschauern innerhalb des Festtagsprogramms sehr willkommen ist. **H. M. in „Film Spiegel“ Nr. 26/1973**



¡Presente!

Anton S. Makarenko starb vor 65 Jahren

■ Am 1. April jährte sich der Todestag des sowjetischen Pädagogen Anton Semjonowitsch Makarenko, des Pioniers einer Sozialisierung straffälliger Jugendlicher durch sinnvolle Tätigkeit, der mit seinen pädagogischen Romanen wie „Der Weg ins Leben“ neue Dimensionen in eine sich von der Wirklichkeit wegtheoretisierende Erziehungslehre brachte. Nicht zuletzt trug er aber durch sein Vorbild und durch seine Schriften zur Erziehung vieler Kommunistinnen und Kommunisten Entscheidendes bei. Darum soll in diesem „RotFuchs“ an ihn erinnert werden – auch wenn das eigentliche Gedenkdatum schon etwas zurückliegt.

Anton Semjonowitsch Makarenko wurde am 1. März 1888 (nach dem damaligen Julianischen Kalender, am 13. März nach westlicher Datierung) in der ukrainischen Stadt Belopolje geboren. Er stammte aus einer Eisenbahnerfamilie und besuchte ab 1895 die vierklassige Elementarschule in Krementschug, die er 1904 als Klassenbesten abschloß. Nach erfolgreicher Absolvierung eines einjährigen pädagogischen Ausbildungskurses zum Volksschullehrer trat Makarenko im Herbst 1905 seine erste Lehrstelle an der Zwei-Klassen-Schule der Eisenbahnwerkstätten in Krjukow an. Makarenko nahm sich seiner Schüler auch an, nachdem die Schulstunden vorüber waren. Nach dem Mittagessen kamen die Kinder in die Schule zurück, wo sie unter der Leitung Makarenkos Theaterstücke einstudierten, lasen, lernten oder spielten.

Von 1905 bis 1911 war er Lehrer an der höheren Elementarschule für Eisenbahnerkinder in Krjukow, dann folgte eine Lehrer- und Erzieherstelle an der Eisenbahnerschule in Dolinskaja. Außerdem nahm er die Stelle eines „Aufsehers“ an, mit der er seine eigene Pädagogik umzusetzen versuchte. Die Stelle beinhaltete, daß er 100 Kinder nicht nur zu unterrichten hatte, sondern mit ihnen gemeinsam lebte und ihnen tagelang die Eltern ersetzte. Schon damals wurde ihm bewußt, daß eine Gemeinschaft heranwachsender Jugendlicher nicht planlos in den Tag hineinleben sollte. Ihr Tagesablauf mußte organisiert werden. Die Einhaltung dieses Ablaufes wurde von Schülern überwacht, so daß nicht der Lehrer und „Aufseher“, also A. S. Makarenko, die führende und regelnde Kraft war. Er blieb im Hintergrund, wobei er aber seiner vollen Verantwortung gerecht wurde. Dies kann bereits als Vorform seiner späteren Kollektivpädagogik in der Arbeiterkolonie angesehen werden. In der alltäglichen Umsetzung seiner

Ideen wurde ihm bewußt, daß es ihm an einem soliden wissenschaftlichen Fundament fehlte. Daher vervollständigte Makarenko seine pädagogische Ausbildung von 1914 bis 1917 durch den Besuch des Lehrerbildungsinstituts in Poltawa. Aufgrund der Kriegsjahre wurde er während seines Studiums im Herbst 1916 als Soldat der „Landwehr zweiten Aufgebots“ nach Kiew eingezogen. In dieser Zeit wurde der Drang in ihm immer größer, seine Gedanken in Worte zu fassen und diese der Welt mitzuteilen. Daher begann Makarenko, Tagebücher sowie Gedichte zu schreiben. 1917 wurde er wegen starker Kurzsichtigkeit aus dem Heeresdienst entlassen. Danach setzte er sein Studium in Poltawa fort. Am 15. Juni legte er seine Abschlußprüfung mit der Goldenen Medaille ab. Im Jahr 1920 wurde Makarenko Leiter der städtischen Elementarschule in Poltawa. Zusätzlich beteiligte er sich an der Neuorganisation der Schulen als Arbeitsschulen im Gouvernement Poltawa. Vorher wurde er Mitglied des Gouvernementsvorstandes der Lehrgewerkschaft. Vor der Übernahme seiner neuen Aufgabe, der Fürsorgeerziehung in der Arbeitskolonie, entwickelte er an zwei weiteren Schulen experimentelle Formen der inner- und außerschulischen Erziehung. Diejenigen Merkmale, die später die Aufmerksamkeit Außenstehender auf die Gorki-Kolonie lenkten, verbanden sich dabei mit einer pädagogischen Einwirkung auf die Eltern.

1920 wurde die Arbeitskolonie (Gorki-Kolonie) für straffällig gewordene, verwahrloste Jugendliche aufgebaut, der Makarenko bis 1928 als Leiter vorstand. In dieser Zeit heiratete er Galina Stachiewna Salko. Den Aufbau der Kolonie, das dortige Leben und seine pädagogischen Erfahrungen hielt er in seinem Hauptwerk „Der Weg ins Leben“ (Das pädagogische Poem) fest, das 1935 erschien (der gleichnamige Film von Nikolai Ekk von 1931 muß als Vorläufer des Makarenko-Werks gesehen werden). Während der Zeit in der Gorki-Kolonie war Gorki für Makarenkos kulturelle und politische Entwicklung von großer Bedeutung.

Nebenbei studierte Makarenko vom 14. Oktober bis 27. November 1922 am Zentralinstitut für die Organisation der Volksbildung. Dies mußte er aufgrund der geforderten sofortigen Rückkehr unterbrechen, um den Zusammenbruch der Kolonie zu verhindern. Die Kolonie wurde dem Volkskommissariat für das Bildungswesen der Ukraine unterstellt. Makarenko mußte sich mit Bürokraten auseinandersetzen, die seinen pädagogischen Ideen und Praktiken ablehnend gegenüberstanden. Ab 8. Juli 1925 begann Makarenko einen Briefwechsel mit Maxim Gorki, der bis zum Tod des Schriftstellers fortgeführt wurde. Makarenko begeisterte seine Zöglinge für das Werk Gorkis, das

er ihnen auf Leseabenden vermittelte. Die Kolonisten traten ebenfalls in einen Briefwechsel mit dem Dichter, der den Zöglingen Makarenkos antwortete, sie anspornte und weiterhin mit ihnen und der Kolonie in Verbindung blieb. Am 6. Juli 1928 besuchte Maxim Gorki die nach ihm benannte Arbeitskolonie. Im Laufe der Zeit kamen auch immer mehr Delegationen aus verschiedenen Ländern in die Kommune, die in der ganzen Welt bekannt wurde. Im Anschluß an die Gorki-Kolonie wurde er 1929 Gesamtleiter der Dzierzynski-Jugendarbeitskommune in Charkow, die er bis zum 1. Juli 1935 leitete. Für diesen Posten mußte er jedoch die Leitung der Gorki-Kolonie abgeben.

1930 begann Makarenko, das Leben der Dzierzynski-Kommune in der Erzählung „Der Marsch des Jahres dreißig“ niederzuschreiben. Außerdem arbeitete er an seinem Plan „Versuch einer Methodik für die Arbeit in einer Arbeitskolonie für Kinder“, der zu einem Buch ausgearbeitet werden sollte. Vom Herbst 1931 bis zum 1. Juli 1935 war er verantwortlicher Leiter für den pädagogischen Bereich.

Mit der Veröffentlichung des ersten Teils von „Weg ins Leben“ 1933 und dem Einreichen des Schauspiels „Dur“ beim Allunionswettbewerb wurde Makarenko am 1. Juni 1934 in den Schriftstellerverband aufgenommen. 1935 wurde er als Deputierter in den Sowjet des Dzierzynski-Stadtbezirks von Charkow gewählt. Am 1. Juli nahm er eine Tätigkeit in Kiew als stellvertretender Leiter der Arbeitskommunen des Innenkommissariats der Ukrainischen SSR an. Als Schriftsteller stellte er zu dieser Zeit den zweiten und dritten Teil von „Weg ins Leben“ fertig. Gorki schrieb ihm zum dritten Teil, daß dieser ihm noch wertvoller als die beiden ersten Teile erscheine.

Von Oktober 1936 bis Januar 1937 leitete Makarenko neben der Tätigkeit im Innenkommissariat und seiner schriftstellerischen Arbeit eine Kolonie in Brovary. Von Februar 1937 an lebte er als freier Schriftsteller in Moskau. Von Anfang 1937 bis zu seinem Tod schrieb und veröffentlichte er über 60 sozialpolitische, pädagogische, publizistische, kritische Beiträge, Studien, Skizzen und Drehbücher – darunter „Ein Buch für Eltern“ (1937) und das Jugendbuch „Flaggen auf den Türmen“ (1938; von Arkadi Naroditzki 1958 verfilmt), das die Entwicklung der Dzierzynski-Kommune darstellt.

1939 wurde ihm am 1. Februar der Rotbannerorden verliehen. Neben anderen Vorträgen hielt er am 1. März noch eine Vorlesung an der Moskauer Staatsuniversität zum Thema „Kommunistische Erziehung und kommunistisches Verhalten“. Am 1. April starb er an einem Herzanfall.

Leserbriefe an RotFuchs



Zum 7. Oktober Dank an alle Verantwortlichen unserer DDR, die mir – dem Proletariersohn einer Scheuerfrau und eines Steinsetzers – Bildung, Erfolg in einem erfüllten Berufsleben, soziale Sicherheit und Geborgenheit ermöglichten. Und dies ohne Protektion, Filz oder Andienerei, sondern einzig und allein durch die von ihnen geschaffenen und beschützten Möglichkeiten eines Staatswesens, für das sie heute zu Verbrechern gestempelt werden.

Joachim Loeb, Berlin

Allen Genossinnen und Genossen, allen Freunden und Kampfgefährten herzliche Glückwünsche zum 55. Gründungstag der DDR!

Der Sieg der Konterrevolution wird nicht ewig währen! „Nichts auf der Welt ist beständig. Alles fließt, und jede Erscheinung wandelt sich im Laufe der Zeit.“ (Ovid)

Die maßlose Gier des Kapitals werden die Volksmassen nicht ewig ertragen. Der große jüdische Schriftsteller Erich Fried schrieb seinerzeit den Herrschenden ins Stammbuch: „Bekämpfe nie einen Menschen, der nichts mehr zu verlieren hat.“

Adolf Eduard Krista, Worbis

Unser Leser hat unter dem Autorennamen Eduard v. Wosilovsky bemerkenswerte Bücher zur Jagdgeschichte der DDR geschrieben, unter ihnen die Erfolgstitel „Mit Hirschruf und Passion“ (1999) und „Der Sohn des St. Hubertus“ (2003).

Einige Bemerkungen zum Beitrag von Willi Gerns über die Neukonstituierung der DKP in Nr. 79. Meines Erachtens fehlte in dem wichtigen Material die Beantwortung der Frage, warum die Gründung der Partei gerade im September 1968 notwendig war. Es geht mir um die Beleuchtung der konkreten historischen Umstände. Damals hatte sich in der Bundesrepublik eine brisante Situation herausgebildet. Die Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg wurden immer heftiger. Die Hamburger Studenten entrollten bei einer Vollversammlung ein Transparent mit der Aufschrift „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“, das für große Aufregung sorgte. Hinzu kamen die Willensbekundungen der seinerzeitigen IG Druck und Papier gegen Springer. 1968 erfolgte die Gründung der SDAJ, die rasch an Einfluß gewann. Der DGB rief zu einer Großkundgebung in die Dortmunder Westfalenhalle gegen die Notstandsgesetze auf. Große Teile der IG Metall und vor allem die IG Druck und Papier beschlossen, statt nach Dortmund in die Halle nach Bonn auf die Straße zu gehen. Mit großem Beifall wurden dort die Busse mit den Gewerkschaftern empfangen. Hunderttausend kamen nach Bonn. Von der Stimmung konnte sich der damalige Vorsitzende der IG Metall Georg Benz überzeugen. In seiner Rede machte er eine kurze Pause. Er sagte: „Wir fordern ...“ und die Hunderttausend antworteten: „Generalstreik!“

Nach dieser großartigen Demo gab es fast überall Diskussionen, das könne doch nicht alles gewesen sein. Auf der politischen Ebene kam es zu einem „Betriebsunfall“: Gustav Heinemann wurde Bundespräsident. Die Genossen sprachen mit ihm darüber, ob die KPD nicht wieder zugelassen werden könnte. Im Prinzip hatte der Präsident nichts dagegen, gab aber zu bedenken, daß der Widerstand groß sein werde. Wenn nämlich das Bundesverfassungsgericht das Verbot aufhobe, hätte das erhebliche materielle Folgen für den Staat, da Entschädigungen in Millionenhöhe gezahlt werden müßten. So kam man zu der Überlegung, die Partei als DKP neu zu konstituieren. (...)

Manfred Bohle, Düsseldorf

(...) In der Urteilsbegründung beim letzten Politbüroprozess heißt es, die Schuld von Hans-Joachim

Böhme und Siegfried Lorenz habe darin bestanden, daß sie es unterlassen hätten, auf eine Humanisierung des Grenzregimes hinzuwirken.

Am 23. Februar 1964 wurde ein Mopedfahrer, der 750 g Kaffee, 100 g Tee und 20 Eier in Belgien eingekauft hatte, das Erworbenes jedoch nicht verzollen wollte, an der deutsch-belgischen Grenze bei Aachen von hinten erschossen. Dieser Todesfall wurde heftig diskutiert und führte schließlich zu einer Fragestunde im Deutschen Bundestag. Der Abgeordnete Günther (CDU/CSU) stellte die Frage: „Sowohl auf deutscher als auch auf belgischer Seite wurden in der Presse Äußerungen belgischer Zollbeamter wiedergegeben, die gesagt haben sollen: ‚Bei uns passiert so etwas nicht, daß auf Menschen geschossen wird.‘ Ist unser Gesetz strenger als das belgische?“ Der damalige Finanzminister Dr. Dahlgren (FDP) antwortete: „Die Grenzen Deutschlands sehen anders aus als die Grenzen Belgiens. Wir haben sehr schwierige Grenzen! Denken Sie einmal an die Alpen, an den Bayerischen Wald, denken sie an die Zonengrenze! ... Ich darf Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß dieses Gesetz erst im Jahre 1961 (!) vom Bundestag einstimmig beschlossen worden ist. Wir müssen das Anhalterrecht an der Grenze aufrechterhalten!“

Und was sagten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu? Dr. Mende (FDP) meinte: „Die sollen aufhören zu schmuggeln!“ Dr. Wuermeling (CDU): „Kein Wort gegen den Schmuggel? ... Fehlt nur noch ein Antrag auf Schmugglerfürsorge!“

Als gebürtiger Aachener, mit dem bereits im Kinderwagen Kaffee und Schokolade geschmuggelt wurde, weiß ich, was es bedeutet, daß der Todesschuß auf Schmuggler damit gutgeheißen wurde. Es gab bei den armen Leuten im Grenzgebiet in den 30er Jahren wohl keinen, der nicht schmuggelte.

Im Organ des Bundes der Deutschen Zollbeamten konnte man 1964 sogar folgendes lesen: „Was aber soll das große Geschrei, besonders in der Presse? Dieser Schmuggler ist nicht wegen des geringfügigen Schmuggelgutes erschossen worden. Der Zollbeamte ist doch kein Hellsäher. ... Konnte dieser Mann nicht vielmehr staatsgefährdendes Material bei sich führen, Rauschgifte, konnte er nicht ein langgesuchter Verbrecher sein? Er war ein Kleinschmuggler, aber wußte man das vorher?“

Ich kann mich nicht erinnern, daß solche oder ähnliche Überlegungen bei den Prozessen gegen Bürger der DDR irgendeine Rolle gespielt hätten. (...)

Hubert Bachhofen, Weilburg

Dr. Adolf Eser setzt sich in seinem Beitrag im RF Nr. 80 nach meiner Meinung zu Recht mit der Besprechung des Buches „Prägung aus acht Jahrzehnten – Bitterfelder Weg eines Generaldirektors“ durch Prof. Dr. Alfred Barth auseinander. Mit Kompetenz und Sachlichkeit widerlegt er Aussagen des Rezensenten, die dieser auf der Grundlage des Buches von Heinz Schwarz getroffen hat. Das findet meine volle Zustimmung.

Daß unsere wirtschaftliche Entwicklung infolge des Zweiten Weltkrieges schwierig war, und daß sie auch nicht fehlerfrei verlaufen ist, bleibt unbestritten. Um so höher ist es zu bewerten, daß es der DDR gelang, in historisch kurzer Zeit eine Volkswirtschaft zu entwickeln, die Vollbeschäftigung gewährleistete, Arbeitslosigkeit verbannte und allen Werktätigen ein Einkommen garantierte, mit dem der Lebensunterhalt bestritten werden konnte. Die chemische Industrie nahm dabei einen besonderen Platz ein.

Das veranlaßte mich, in Leuna, wo die Verhältnisse ähnlich gelagert waren wie in Bitterfeld, mit einem Kollektiv eine Untersuchung zum Thema „Die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit der Frau im Industriebetrieb, dargestellt am VEB Leunawerke Walter Ulbricht“, durchzuführen. Wir

wählten dafür die Hauptabteilung Düngemittel aus.

Vielfach werden die Leistungen der DDR in der Frauenpolitik auf sozialpolitische Maßnahmen bzw. Förderung und Qualifizierung beschränkt. Zu wenig wird der Schaffung von Arbeitsplätzen, die die Gleichberechtigung mit dem Manne gewährleisten, berücksichtigt. Die Hauptabteilung Düngemittel (bis 1967 als Abteilung Salz bekannt) entstand in der Zeit des Ersten Weltkrieges. Daß es sich in diesem Betrieb um schwere körperliche und gesundheitsschädliche Arbeit handelte, kann u. a. an der geringen Zahl weiblicher Beschäftigter in der Zeit seines Entstehens gemessen werden. Von den 363 dort zum Zeitpunkt der Untersuchung (1965/1967) tätigen Frauen waren vor 1945 lediglich vier hier beschäftigt gewesen. In der Zeit von 1955 bis 1959 waren es bereits 120, von 1960 bis 1963 kamen weitere 107 hinzu. 62,6 % der Frauen hatten im Zeitraum von 1955 bis 1963 die Arbeit in dieser Abteilung aufgenommen. 54,8 % gehörten nicht zu den sozialen und bürotechnischen Bereichen. Das war der Tatsache geschuldet, daß die Arbeit ständig weiter mechanisiert, modernisiert und erleichtert wurde. 83,2 % waren mit ihrer Tätigkeit zufrieden, die Fluktuation lag bei ca. 8 %. Keine Frage, daß die Entwicklung nicht überall auf gleicher Ebene verlief. Die Ergebnisse unterstreichen jedoch, wozu eine von Ausbeutung befreite Gesellschaft in der Lage ist.

Dr. Marianne Blankenhagen, Berlin

Meines Erachtens hat J. Dreßler in seinem Beitrag „Der springende Punkt: die Konsumideologie“ (RF 81) Engels zu eng aufgefaßt. Die wachsenden Bedürfnisse werden sich auf die Verwirklichung des menschlichen Wesens beziehen und nicht auf das Wesen des Spießbürgers, der den Nachbarn ausstechen muß und dazu „Tapeten in der Garage“ braucht. In „Zur Wohnungsfrage“ schreibt Engels von der „Möglichkeit ... bei verständiger Verteilung der Arbeit unter alle, nicht nur genug für die reichliche Konsumtion aller Gesellschaftsglieder ... hervorzubringen, sondern auch jedem einzelnen hinreichend Muße zu lassen, damit ... Wissenschaft, Kunst, Umgangsformen ... in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft verwandelt und weiter fortgebildet werden“. Wohlgemerkt: Die Muße verschlingt gar keine Ressourcen, die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft nur geringe.

Dies scheint vielleicht utopisch nach den Erfahrungen mit dem Bewußtsein vieler DDR-Bürger, aber zum einen waren diese der Konsumpropaganda aus dem Westen eher noch stärker ausgesetzt als die BRD-Bürger selbst, und zum anderen liegt vor dem Kommunismus noch die erste Phase, der Sozialismus, in dem das Prinzip der Verteilung sein sollte „Jedem nach seiner Leistung“. Ist dieses Prinzip konsequent verwirklicht, werden nur Idioten auf Dauer länger arbeiten und auf „schöpferische Muße“ verzichten, um sich Tapeten in der Garage zu leisten.

(...) Ich teile Dreßlers Sorgen über die globalen Perspektiven nach der Erschöpfung der fossilen Energiereserven. Es ist hohe Zeit, alternative Konzepte zu entwickeln. Nur: Unter den Bedingungen der Kapitalherrschaft sehe ich eher kommen, daß die letzten Reserven verbraucht werden, ehe das Problem auch nur zur Kenntnis genommen wird. Auch deshalb laßt uns mit aller Kraft daran arbeiten, daß dieses System rechtzeitig abgelöst wird!

Friedrich Dittmar, Hamburg

Dank an Genossen Johannes Dreßler für seinen klugen Artikel im Oktober-„RotFuchs“.

Die Menschheit steuert unter imperialistischen Verhältnissen unaufhaltsam in die Barbarei, in die Naturkatastrophe, wenn der Konsumterror in der Welt so weitergeht. Danach gibt es keine positiven Bedingungen mehr für den Aufbau des Sozialismus, weil alle Ressourcen aufgebraucht sind und um die wenigen noch vorhandenen brutale Kriege geführt werden. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, daß sich das Konsumverhalten der Menschen

verändert. Dies muß auf der materiellen und auf der geistigen Ebene geschehen.

Der künftige sozialistische Staat und die kommunistische Partei müssen die Bevölkerung zu mehr Achtsamkeit im täglichen Umgang mit Konsumgütern veranlassen. Hier muß das Prinzip „Weniger ist mehr“ angewandt und den Menschen verständlich gemacht werden. (...) Konsumgüter, die nicht unbedingt zum Leben notwendig, aber darüber hinaus vorhanden sind, erzeugen beim Konsumenten langfristige Leid, weil er immer genußunfähiger wird, wie Genosse Dreßler richtig schreibt. Die logische Folge ist, daß die Bürger mit den gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden werden, weil der sozialistische Staat ihre nimmersatten Gelüste nicht erfüllen kann.

Die Menschen sollten nicht nur den Marxismus-Leninismus studieren, um Klassenbewußtsein zu erlangen, sondern auch im „Menschsein“ geschult werden, denn jahrzehntelange kapitalistische Erziehung bzw. Unerziehung haben ihre Spuren hinterlassen. (...)

Die sozialistische Gesellschaft muß, um sich vom unmenschlichen kapitalistischen System deutlich zu unterscheiden, als moralische Instanz auf die Menschen wirken und positiv besetzte Ideale vermitteln können. **Hans-Michael Henk, Bremen**

J. Dreßler geht einer wichtigen Frage nach: dem Einfluß einer Konsumideologie auf den Drang vieler DDR-Bürger in den Westen. Er unterliegt jedoch einem wesentlichen Irrtum. Auch die individuellen Bedürfnisse entspringen (soweit nicht natürlichen Ursprungs) keineswegs aus dem Individuum, sondern sind eine gesellschaftliche und historische Kategorie. So produziert der Kapitalismus aus Profitgründen täglich neue, häufig völlig unsinnige „Bedürfnisse“. Sie schlagen sich in einem ungläubigen Kulturverfall und auch in einer Bedürfnisbefriedigung auf niedrigstem geistigem und kulturellem Niveau nieder. Die Profitbestimmtheit der Bedürfnisentwicklung beweist ihre gesellschaftliche Natur und nicht ihre Unabhängigkeit von der Gesellschaftsordnung. Das Konsumtrommelfeuer aus dem Westen auf die DDR war ein Moment des Klassenkampfes und nicht ein Problem des Individuums. Das Bild des halbverhungerten Mannes in Lumpen mit einem Handy am Ohr zeigt doch die Verbiegung der Psyche des Menschen, der angeblich nichts Wichtigeres braucht als „Information“, mehr als Wasser und Brot. Diese Unmenschlichkeit ist ein Charakteristikum der kapitalistischen Gesellschaft.

Wir hatten in der DDR durchaus eine heftige Debatte zur Bedürfnisfrage, und uns war klar, daß Bedürfnisse im Sozialismus niemals identisch sein können mit Bedürfnissen im Kapitalismus. Heißt das Bedürfnis „Auto“ oder richtiger „schnell, billig und bequem befördert zu werden“? Das hört sich primitiv an, kennzeichnet aber das Problem, das wir in der DDR unter dem Druck kapitalistischer Konsumpropaganda nicht bewältigen konnten. Bedürfnisse im Sozialismus heißt doch nicht weniger oder simpler oder zurück zur Natur, sondern Bedürfnisse auf immer höherem (!) Niveau.

Die Konsumideologie ist eine spezifisch imperialistische Ideologie, die viele DDR-Bürger in die Falle gelockt hat. Der Sozialismus sollte durchaus an seinen Thesen der höheren Genußentwicklung festhalten, wo nicht vom Profit bestimmt wird, was zu konsumieren ist.

bleiben wir doch bei unserer Weltanschauung, dem dialektischen Materialismus: Der Springpunkt ist nicht eine Ideologie, sondern sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen sich Ideologien ableiten.

Dr. Norbert Pauligk, Schwerin

Natürlich war die 1989 eingeleitete gesellschaftliche Rückwende in der DDR vom Wesen und vom Verlauf her eine Konterrevolution. Es ist aber 15 Jahre danach müßig, darüber zu debattieren und das damals zu Recht verärgerte, aber auch durch Illusionen verleitete Volk zu beschimpfen. Die Konterrevolution ging damals weniger vom

Klassenfeind als von Verrätern an der Spitze des Krenl aus.

Heute geht es darum, mit geeigneten Mitteln gegen das kapitalistische System zu kämpfen, im Interesse der breiten Masse der Werktätigen den „Rechtsstaat“ immer wieder als Unrechtsstaat zu entlarven und die Tribüne, die sich uns bietet, zu nutzen, ohne uns bei den herrschenden Kräften anzubiedern.

Deshalb halte ich von wiederholten Diffamierungen der PDS im „RotFuchs“ gar nichts. Besser ist es, in die aktuellen Befindlichkeiten einzugreifen und eine eindeutige Position zu diesen Fragen zu beziehen. (...)

Der Bundeskanzler hat im Gespräch mit der Zeitschrift „Guter Rat“ die „Mitnahmentalität“ vieler Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen in Deutschland beklagt. Offensichtlich geschah das im Zusammenhang mit dem Titel der Zeitschrift „Holen Sie sich alles, was Ihnen zusteht“. Damit ist die legale Möglichkeit der Rückforderung von Steuern gemeint. Nicht gemeint sind die überhöhten Bezüge von Ex-Ministern, Ex-Staatssekretären, Ex-Bundeskanzlern usw. Schröder meinte auch nicht jene, die unversteuerte Gelder am Fiskus vorbei ins Ausland schleusen, die Parteispender dort lagern, jene Bosse, die für ihre miserable Wirtschaftsführung wahnsinnige Abfindungen kassieren, jene, die in Ostdeutschland nach der Rückwende die volkseigenen Betriebe für einen Appel und ein Ei zur Ausschachtung erwarben. Er meinte ganz offensichtlich jene, die nicht mehr dank der Hilfe der Zeitschrift „Guter Rat“ ihre Ansprüche in Millionenhöhe verfallen lassen wollen. Zum Hartz-IV-Schaden auch noch der Hohn!

Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich alle Beiträge zu der Frage „Wende oder Konterrevolution“ gelesen. Jede Zeitschrift enthält kluge Bemerkungen. Alle zusammengefaßt ergeben den Grundstein für eine Analyse. (...)

Die Situation 1989 war schwierig, die Führung der SED nicht imstande, auf die neue Lage zu reagieren. Wo waren die vielen „Berufsrevolutionäre“? Wo war die straff organisierte Partei mit ihren über 2 Millionen Mitgliedern? Als abzusehen war, daß wir verlieren würden, konnte man nichts von einem geordneten Rückzug spüren. Wo waren die Leute, die jeden Tag ihre Treueschwüre auf den Sozialismus abgaben? Wir wirkten wie gelähmt. Die Konterrevolution hat die großen Schwächen nicht nur der Parteiführung ausgenutzt und uns besiegt. (...)

Jetzt kann es nur darum gehen, umgehend die richtigen Lehren zu ziehen. Schluß mit den Grabenkämpfen zwischen den verschiedenen linken Parteien! Wir müssen uns zusammenraufen, gemeinsam handeln und wieder eine marxistisch-leninistische Kampfpartei schaffen.

In der „Einheit“, dem theoretischen Organ der SED, erschien in den 70er Jahren ein Artikel, aus dem ich zitiere: „In einer italienischen Zeitung schrieb vor nicht allzu langer Zeit ein der DDR keinesfalls freundlich gesinnter bürgerlicher Journalist: „Wenn ein Goethe oder ein Heine, ein Thomas Mann oder ein Stefan Zweig zu den Lebenden zurückkehren könnte und gefragt würde: In welchem der beiden Deutschlands erkennst du dich wieder?, würde er sicher antworten: im östlichen.“

Jetzt wissen wir, welche Chance wir vertan haben und warum unsere DDR beseitigt werden mußte.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Meines Erachtens hat die politische Führung der DDR, insbesondere seit der Funktionsübernahme durch Erich Honecker, die Bindung zum Volk, für das die SED einst angetreten war, immer mehr verloren. Die Politik der Anpassung, des Überholens, der Zulassung von Westwaren und der D-Mark in den Intershops führten direkt zur Spaltung der DDR-Bevölkerung und öffneten der Konterrevolution die Tore. Spätestens beim Erfurter Treffen, auf dem die Menschen Brandt jubelten und Stoph nur noch eine unbedeutende

Nebenrolle zufiel, hätten die Alarmglocken läuten und hätte die Gefahr erkannt werden müssen, daß der Klassengegner mit dieser falschen Politik direkt zum Angriff eingeladen worden war. (...)

Bei offener Darstellung der Gefahren, der Tatsache, daß das Volk alles verlieren würde, was es sich in den vielen Jahren erfolgreich erarbeitet hat, und daß nun alle zusammenstehen müssen, um dem Feind Paroli zu bieten, wäre eine Abwehr möglich gewesen. Die Masse des Volkes war zu gewinnen, und sie wäre, wie die Kubaner, bereit gewesen, die erreichten Erfolge auch unter spürbaren Einbußen zu verteidigen.

Alfred Krajewski, Berlin

Mit großem Interesse habe ich die Ausgabe 81 gelesen und es als sehr wohlthuend empfunden, daß eine breite Leserdebatte zum Thema „Wende oder Konterrevolution“ stattfand. Was meiner Meinung nach den „RotFuchs“ auszeichnet, ist, die Meinungsvielfalt deutlich zu machen und zugleich eine sachliche Diskussion über die Geschichte zu führen. Es entspricht meiner Auffassung, wenn viele Zuschriften die verschiedensten Aspekte der Konterrevolution 1989/90 darstellen. Sie führte letztlich dazu, daß sich der Kapitalismus mit all seinen schlimmen Erscheinungen bei uns wieder ausbreiten konnte. Dennoch bin ich mir mit Genossin Elsa Schmidt aus Hamburg einig: Der Sozialismus ist nicht am Ende. (...)

Bitte schicken den „RotFuchs“ an folgende fünf Adressen ...

Herbert Flegel, Asproklisi, Griechenland

Die Veränderung 1989/90 habe ich vor dem Fernseher bestaunt. Wie H. Kohl sich vor der Menschenmenge feierte und wie sich dann die Politiker einer nach dem anderen mit patriotischen Worten auf der Bühne aufspielten. Das geht nicht gut aus, war damals mein Gefühl. Ich erinnere mich an die Worte Rudolf Augsteins, der etwa sagte, nun sei der Zug abgefahren, und man könne, bezogen auf eine gesamtdeutsche Veränderung, nichts mehr tun. Gunter Grass nannte das Verfassungsbruch, was Kohl und die Regierung da eingeleitet hatten. Heute müssen wir zuschauen, wie der Rest des „Sozialstaats“ auf die Müllhalde der Geschichte geschoben wird. Ist das auch eine „nachholende Revolution“?

Andreas Rösler, Hamburg

Der „RotFuchs“ braucht auch zum Sport in dieser rosa-grünen Diktatur der Bosse, Banker und Börsianer eine verwendbare Standortbestimmung. (...)

15 Jahre Bildungsverbot für die DHfK in Leipzig, 15 Jahre subjektivistische Auswahl sportlicher Talente oder Genies nach dem Grundsatz, wer kann es bezahlen – herje – und kein geschlossenes Sichtung- und Förderungssystem im Nachwuchs! Die Leute da oben im Sport werden alles so machen, wie es diesem Staatssystem entspricht. Alles andere wäre systemfremd – oder profitfremd! Und die Beteuerungen, Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit zu pflegen, kann nur derjenige ernst nehmen, für den Ostern und Weihnachten auf einen Tag fallen. Auch im Sport war es eindeutig eine Konterrevolution.

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Kohl ging es 1990 nicht, wie er immer beteuerte, darum, „die lieben Brüder und Schwestern“ aus dem Osten „heim ins Reich zu holen“, sondern nur um die schnellstmögliche Liquidierung des verhaßten Staates DDR. (...)

Kürzlich wurde ich unfreiwilliger Zeuge eines Disputs auf dem Leipziger Markt. Einer der Beteiligten äußerte: „Gegen das, was uns dieser Staat seit 1990 zugemutet hat und jetzt weiter aufbürdet, hatten wir in der DDR direkt goldene Zeiten. Und ich war bis 1989 nicht unbedingt ein Freund der DDR!“ Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Justizvollzugsanstalt Torgau im Jahre 2004. Erhöhte Sicherheitsstufe im sächsischen Strafvollzug. Antifaschistische Gedenkstätte. Gefangene mit tätowierten Hakenkreuzen, schwarz-weiß-rote Flag-

gen auf Papier gemalt, aus der Hitlerbiographie abgezeichnete Porträts des „Führers“. Ein T-Shirt mit dem Bildnis von Rudolf Heß und der Aufschrift „Märtyrer für Deutschland“. Aus Tonwiedergabegegeräten dröhnt das Gegröle faschistoider Texte der Bands „Landser“ und „Böhse Onkelz“. Alles unter den Augen und Ohren Deiner Diener, Justitia. (...) Rassistischer Sprachgebrauch von Bediensteten gegenüber ausländischen Mitgefangenen ist an der Tagesordnung. Protestierern wird stereotyp geantwortet, es wäre doch nur Spaß, um die angespannte Atmosphäre aufzulockern.

Von verschärften Sicherheitsvorschriften scheinen nur „Linksextreme“ betroffen zu sein. Wie sonst läßt sich erklären, daß es selbst bei PDS-Schriften erhebliche Bezugsprobleme gibt, aber zeitgleich NPD-Werbematerial ungehindert ausgehändigt wird.

Marco Roitzsch, JVA Torgau

In einer bekannten Tageszeitung Mecklenburg-Vorpommerns (SVZ) erschien am 6. Oktober 2004 auf S. 1 folgende Nachricht: „Im Minenfeld getötet. Athen (dpa). Ein illegaler Einwanderer ist in der Nacht zu gestern in ein Minenfeld an der griechisch-türkischen Grenze geraten und dabei ums Leben gekommen. Wie der griechische Rundfunk berichtete, ist der Mann das 88. Opfer seit 1990.“ Folgende unbequeme Fragen sollten erlaubt sein: Da es sich um einen „illegalen Einwanderer“ handelt, muß es sich ja andererseits auch um einen illegalen Auswanderer handeln. Könnte es sich bei dem „illegalen“ Ein- bzw. Auswanderer gar um einen Grenzverletzer gehandelt haben, der gegen innerstaatliches Recht der Türkei oder (und) Griechenlands verstieß? Die Türkei und Griechenland sind doch NATO-Staaten und haben trotzdem eine verminte gemeinsame Staatsgrenze?

Es ist völkerrechtlich legitim, daß Staaten ihre (gemeinsamen) Staatsgrenzen so sichern, wie sie es für richtig und angebracht halten. Nur dem „Unrechtsstaat DDR“ wurde und wird dieses Recht abgesprochen. Die für die Verminton der Staatsgrenze DDR/BRD indirekt tätigen Grenzsoldaten wurden und werden „lediglich“ mittels eigens konstruierter Rechtsetzung der Sieger strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Ich bin gespannt, wann und auf welcher Rechtsgrundlage die ersten Prozesse gegen türkisch-griechische Grenzer und Politiker wegen der Verminton und den 88 Opfern im Zeitraum 1990 bis 2004 stattfinden. Mich würde auch interessieren, welche Position die griechischen bzw. türkischen Mitstreiter des RF zu dieser Problematik einnehmen.

RA Dr. Klaus Emmerich, Crivitz

Als ausgewiesener Nichtökonom möchte ich zu dem Aufsatz von Prof. H. Wachowitz (RF 80) und den hierzu veröffentlichten Leserbriefen (RF 81) einige Bemerkungen machen. Im Unterschied zu den Verfassern der Leserbriefe gehe ich davon aus, daß Prof. Wachowitz zur Problematik des Nichterreichens ökonomischer Überlegenheit durch die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft Wesentliches und Zutreffendes, wenn auch noch nicht Erschöpfendes herausgearbeitet hat.

Freunde und Sympathisanten des RF bedürfen keiner Beweisführung darüber, daß die Sowjetunion und die nach dem Zweiten Weltkrieg im Wege revolutionärer Umwälzungen entstandenen sozialistischen Länder dank der Planwirtschaft bedeutende, um nicht zu sagen historische Ergebnisse aufzuweisen haben. Trotz aller Erfolge des praktizierten sozialistischen Wirtschaftssystems, trotz eines z. T. höheren Wachstumstempos und erheblicher Produktivitätssteigerung ist es weder der Sowjetunion noch der DDR und den anderen sozialistischen Ländern zu irgendeinem Zeitpunkt gelungen, ökonomische Überlegenheit über die Staaten der kapitalistischen Welt zu erlangen. (...) Der entscheidende Vergleichsmaßstab ist nicht die Zuwachsrate, sondern vor allem der erreichte Stand der Produktion, insbesondere der Arbeitsproduktivität. Und der war trotz aller Fortschritte in der Sowjetunion erheblich niedriger als in den USA. Ebenso verhält es sich bei einem Vergleich

Chinas mit den Vereinigten Staaten. China hat z. Z. ein jährliches Wachstumstempo von ca. 10 % und die USA von etwa 3 %. Höhere Arbeitsproduktivität und ökonomische Überlegenheit besitzen noch immer die USA. Deren Nichterreichens kann folglich als der wichtigste und tiefste Grund dafür angesehen werden, daß nach und nach Verhältnisse entstanden sind, die der Konterrevolution den Sieg über uns ermöglichten. Noch immer gilt für Marxisten die Praxis, d. h. die unverfälschte Realität, als Kriterium für die Wahrheit.

Stellen wir uns vor: Die sozialistische Welt hätte tatsächlich ökonomische Überlegenheit über die fortgeschrittenen kapitalistischen Industriestaaten erzielt, dann wäre der Wettbewerb der beiden Weltsysteme zu unseren Gunsten ausgegangen und die BRD-Regierung hätte den Generalsekretär der SED dringend er sucht, den antifaschistischen Schutzwall, d. h. die Mauer, aus Angst vor Massenflichten der eigenen westdeutschen Bevölkerung nicht abzubauen.

Natürlich teile ich die Meinung der Verfasser der Leserbriefe, daß die Suche nach den alles entscheidenden Ursachen für das Nichterreichens ökonomischer Überlegenheit und das Verschwinden unserer DDR von der Bühne der Weltgeschichte noch längst nicht abgeschlossen ist.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Meine Meinung zu dem Artikel „Charles de Gaulle – ein Feind von Format“ von Dr. Bernhard Majorow:

Leute, die der USA-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind, glauben oft, daß Frankreich eine Politik der Unabhängigkeit bzw. eine europaorientierte Politik betreibt. Daß es sich dabei um imperialistische Sonderinteressen bzw. innerimperialistische Widersprüche handelt, wird meistens übersehen. De Gaulle setzte sich für die Ergänzung der wirtschaftlichen durch eine politische Union Westeuropas ein. Die Überwindung der Teilung des Kontinents, die scheinbar systemneutrale Zusammenarbeit zwischen ost- und westeuropäischen Ländern, die These, der Kalte Krieg und die Blockkonfrontation seien überholt – all das förderte die Kräfte in den sozialistischen Ländern, die opportunistisch eingestellt waren. Die allmähliche Eingliederung der osteuropäischen Staaten in ein gesamteuropäisches Gefüge sollte so ideologisch abgesichert werden. Wesentliche Elemente der gaullistischen Propaganda wurden von den kommunistischen Parteien als offizielle Argumentation übernommen, weil sie USA-kritisch waren.

Als einer der ersten imperialistischen Politiker erkannte de Gaulle, daß der Zerfall der alten Kolonialsysteme unaufhaltsam geworden war. Er stellte die französische Politik konsequent auf neokolonialistische Methoden um. So konnte er sich mit ganzer Kraft auf seine neue Rolle in der europäischen Politik konzentrieren.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Ich bin Helga Möller aus Jena sehr dankbar für ihren Leserbrief im Oktober-„RotFuchs“, in dem sie an die großzügige Ferienbetreuung unserer Kinder in der DDR erinnert und sie den haarsträubenden finanziellen Forderungen gegenüberstellt, die den Eltern heutzutage für einen Aufenthalt ihrer Kinder in einem Ferienobjekt aberlangt werden. Auch meine drei Kinder verlebten in der DDR jedes Jahr erholsame, unbeschwerte Ferien in einem Heim meines Betriebes an der Ostsee. Meine Frau schilderte das in einem Brief an ihre Schwester im hessischen Wetzlar. Prompt kam die Antwort, 12 Mark pro Tag seien wirklich großzügig. Nein, meine Frau hatte nicht angenommen, daß sie mißverstanden würde. Insgesamt 12 Mark kosteten uns zwei Ferienwochen inklusive beaufsichtigte An- und Abreise mit der Bahn, Unterkunft, Vollverpflegung und pädagogische sowie medizinische Betreuung. (...)

Rudolf Janert, Berlin

Voller Erwartungen folgten wir vier Mitglieder der Internationalen Gruppe „Spurensucher“ der

Einladung zum Sommertreffen der Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik nach Berlin. Delegierte aus Spanien, Frankreich, Schweden, England und der Tschechischen Republik bereicherten die Aussprache. Wertvoll war der Beitrag von Fritz Teppich, ehemaliger Stabsoffizier der Spanischen Volksarmee, der den Kampf in Spanien nicht nur als Bürgerkrieg, sondern auch als Beitrag zur Verhinderung des Zweiten Weltkrieges verstand. Ich informierte über unsere Wien-Exkursion „Auf den Spuren der Spanienkämpfer“, und der Kongreß unterbrach meine Rede mit lebhaftem Beifall, als ich sagte, Alfred Möbius, Unteroffizier einer Interbrigade, sei ein Sebnitzer Zimmermann gewesen, und sein Sohn, der auch Alfred heißt, habe das Erbe des Vaters übernommen und grüße das Treffen. Der Vater war im März 1945 auf jugoslawischem Territorium ermordet worden, nachdem er in Griechenland als ELAS-Partisan zur Niederlage der deutschen Wehrmacht beigetragen hatte.

Lars Schubert, Sebnitz

Erfreut fanden wir gestern die Oktober-Ausgabe des RF im Briefkasten. Was dann folgte? Es blieb alles noch Lesbare (ND, Leipzigs Neue und PDS-Literatur) liegen, selbst notwendige Hausarbeit kam zu kurz!

Ergo, herzlichen Dank dem Autorenkreis um Dr. Steiniger sowie allen Mitarbeitern und Mitstreitern.

Fritz und Irene Bach, Schwarzenberg

Erfreulich das Abschneiden der PDS bei der Wahl in Sachsen und Brandenburg, erschreckend die Hinwendung junger Menschen zu rechtsextremistischen Parteien, die ihre Legalität der Tatsache verdanken, in der Person des Innenministers Schily einen Mann gefunden zu haben, dem die deutsche Geschichte in der Zeit des tausendjährigen Reiches verlorengegangen zu sein scheint. Nicht anders kann ich seine moderate Haltung gegenüber diesen Gruppierungen deuten.

Als Zeitzeuge des Hitlerstaates, dem ich im Vertrauen auf das Wissen der Eltern, der Lehrerschaft und aller öffentlichen Institutionen blind folgte, kann ich mich in die heute reagierenden Jugendlichen, Arbeitslosen und Unzufriedenen hineinversetzen, zumal gewisse Parallelen unverkennbar sind. Damals wie heute geistert die „Grundtorheit des 20. Jahrhundert“ wie Thomas Mann den Antikommunismus nannte, durch die Gesellschaft, obwohl selbst das Grundgesetz der BRD in Art. 15 eine „Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln durch Überführung in Gemeineigentum“ ausdrücklich zuläßt.

Hans R. Müller, Hamburg

Unlängst hat der Vorsitzende des Bundes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, gegenüber der Chemnitzer „Freien Presse“ mit Blick auf die rechtsextremen Parteien DVU und NPD die Katze aus dem Sack gelassen. Er erklärte unumwunden, daß ihm die Zugehörigkeit dieser Parteien zu den Landtagen in Brandenburg und Sachsen weniger Sorgen bereite als die verstärkte Anwesenheit der PDS. Es steckt doch etwas dahinter, wenn der Spitzenvertreter dieser Kreise Nazistrukturen bewußt verharmlost. Man muß das im Zusammenhang mit dem ND-Kommentar vom 20. 9. (Auch die Weimarer Republik ist einmal beendet) betrachten. (...) Eine geeinte und aktionsfähige linke Kraft in der BRD tut dringend not.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Der Papst hat Kaiser Karl I. von Österreich selig gesprochen – eine Vorstufe zur Heiligsprechung. Dieser Karl hat Mitte des Ersten Weltkrieges das Zepter ergriffen. Seine erste Amtshandlung war die brutale Ausweitung des Krieges. Er befahl den Einsatz von Giftgas gegen italienische Truppen. Für den Pontifex aber war er „ein Freund des Friedens“. In diesem Zusammenhang weise ich auf den RF vom November 2002 hin. Hier wurde eine Heiligsprechung behandelt. Der „Auserwählte“ war der Gründer der berühmten Seilschaft Opus Dei, Escriva de Balaguer. **Dieter Bartsch, Berlin**



Frei nach „Hans Guck-in-die-Luft“

Grafik: Klaus Parche

Prof. Dr. Hans Heinz Holz erstmals in Rostock.
Der angesehene Philosoph aus San Abbondio (Schweiz) spricht am **30. November, um 16.00 Uhr**, im Saal der Tanzgaststätte „Am Scharren“ in Rostock-Evershagen, Bertolt-Brecht-Straße, zum Thema

Ist der Marxismus überholt?

Veranstalter ist die Regionalgruppe Rostock des „RotFuchs“-Fördervereins

Am **19. Nov., 16.30 Uhr**, stellen der Chef der DDR-Grenztruppen, **Generaloberst a. D. Klaus-Dieter Baumgarten**, und der Direktor des Instituts der Zollverwaltung der DDR, **Prof. Dr. sc. Horst Bischoff**, in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203–205, auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin das Buch

Die Grenzen der DDR

vor.

Öffentliche Leserversammlung in Potsdam!

RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger präsentiert am 26. November, um 18.00 Uhr, in der Begegnungsstätte Sternzeichen, Galileistraße 37, sein neues Buch

Bei Winston und Cunhal

und stellt sich gemeinsam mit **RF-Vertriebsleiter Armin Neumann** der Diskussion.

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Verwand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759